

Ercheint täglich außer Montags. Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetrogen in der Post-Bestellungs-Verzeichnisse für 1896 unter Nr. 277.

# Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Dienstag, den 17. November 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

### Der Zeugniszwang gegen Redakteure als Preßnebel.

Für die Freigabe und Rückgratlosigkeit unserer bürgerlichen Parteien in all' den Dingen, wo es sich um einen Kampf auch nur für ein Atomchen Freiheit handelt, legt die Kompromißneigung der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Nationalliberalen und des Zentrums, der Justiznovelle gegenüber abermals ein bereites Zeugnis ab. Der nächste zur Beratung im Plenum des Reichstags stehende Punkt der Novelle betrifft die Forderung auf endliche Beseitigung des Zeugniszwangs gegen Redakteure, Verleger, Drucker und das zur Herstellung einer Zeitung erforderliche Hilfspersonal.

Ein Zeugniszwang gegen die Presse hat den Zweck, den Redakteur, Verleger, Drucker oder das Hilfspersonal zu Angaben über den Ursprung einer Mitteilung zu nötigen, die der Zeitung im Vertrauen auf ihre Verschwiegenheit zugegangen ist. Wer Zeugnis unter solchen Umständen als Redakteur u. s. w. ablegt, handelt unanständig und ehrlos, mag das Gesetz ihn zur Ablegung des Zeugnisses zwingen oder nicht. Eine Bestimmung, die zu solchem ehrlosen Vertrauensbruch zu nötigen versucht, hat darum auch keinerlei Erfolg, da es keinen anständigen Redakteur giebt, der trotz aller Zeugniszwangs-Bestimmungen nicht lieber sich einsperren läßt, als das ihm geschenkte Vertrauen bricht. Der Zeugniszwang in Preßsachen enthält den Zwang zu der unehrenhaften Handlung, den Einsender zu denunzieren.

Ein Schutz gegen den Zeugniszwang durch dessen Beseitigung ist in eminent öffentlichem Interesse notwendig. Die Presse kann ohne solchen Schutz ihren wichtigen Beruf nicht voll erfüllen, das Unrecht öffentlich zu brandmarken, Schäden in der Gesellschaftsordnung an die Öffentlichkeit zu ziehen und für ihre Abstellung mitzuwirken. Der Zeugniszwang tritt dem Zweck einer anständigen Presse feindlich entgegen, die Wahrheit aufzudecken, in alle Winkel des Staats- und Gesellschaftslebens hineinzulichten. Er leistet aber der Heuchelei und Niedertracht, der Korruption und Reaktion und dem schlimmsten Rückschritt Vorschub. Das Land, wo man die Anonymität der Presse aufhob, war das Frankreich des zweiten Kaiserreichs, die Heimath der ärgsten moralischen und politischen Verwahrlosung. Je korrupter, je heuchlerischer, je hüllofer gegen ihre Pflichten eine Gesellschaftsordnung sich fühlt, desto eifriger verlangt sie unter allerlei Scheingründen das Recht zugehandelt, den Namen des Einsenders durch Zeugniszwang zu erlangen, der wahre Thatsachen zur Veröffentlichung gebracht hat. Man denke an die vom „Vorwärts“ veröffentlichten Erlasse über Mißhandlungen im Deere. Die Veröffentlichung hat zwar noch nicht jene blöden Versuche der selbstnamigen „Patrioten“ beseitigt, das Vorkommen brutaler Mißhandlungen im Deere zu leugnen. Sie hat aber jedem Denker den zweifelsohnen Margelegt, daß thatsächlich ungeheure Mißhandlungen im Deere verübt sind, und hat mehr als alles zu einer Beschränkung derselben angeregt. Man denke an andere, von sozialdemokratischer Seite veröffentlichte geheime, amtliche und außeramtliche Verfügungen, deren Inhalt nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, deren Veröffentlichung

aber im allgemeinen Interesse lag. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn wir noch besondere Gründe für die Beseitigung des Zeugniszwangs gegen die Presse anföhren wollten. Ein Schutz gegen den Zeugniszwang der Presse ist in öffentlichem Interesse absolut erforderlich. Hat doch selbst Friedrich Wilhelm III. von Preußen verfügt, „daß eine anständige Publizität auf jede Weise gefördert werden muß, da sonst die Beamten eine bedenkliche Eigenmacht erhielten“ und vorhandene Mißstände nicht abgestellt werden könnten.

Der Reichstag verschloß sich der Nothwendigkeit einer Beseitigung des Zeugniszwangs, und zwar sowohl für Strafsachen wie für Disziplinarsachen, früher nicht. Bei Gelegenheit der Beratung des Prozeßverfahrens — im Jahre 1874 — und bei der Beratung der Strafprozeß-Ordnung — im Jahre 1876 — verlangte seine große Mehrheit, der auch die nationalliberale Partei und Konservative angehörten: Beseitigung des Zeugniszwangs. Getreu dem Grundsatz: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant“ nahm der Reichstag im Jahre 1876 einen von Nationalliberalen eingebrachten Antrag auf Beseitigung des Zeugniszwangs an, der folgenden Wortlaut hatte:

„Wird der Gegenstand einer Strafverfolgung durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift gebildet, für welche nach § 20 Absatz 2 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 der verantwortliche Redakteur als Thäter haftet, so sind Verleger, Redakteure und Drucker sowie deren zur Herstellung der Druckschrift verwendetes Hilfspersonal berechtigt, das Zeugnis über die Person des Verfassers und Einsenders zu verweigern.“

Die berichtigten Schadenersatzverhandlungen, die zwischen zweiter und dritter Lesung stattfanden, brachten auf Wunsch der Regierung diese Vorschrift jedoch in gleicher Weise wie im Jahre 1874 bei Gelegenheit der Preßgesetz-Verhandlungen einen ähnlichen Beschluß zu Fall.

Seit dem Inkrafttreten der Strafprozeß-Ordnung ist es daher für Strafsachen zweifellos geltendes Recht, daß ein Redakteur in einer Strafsache zum Zeugnis oder im Fall der Weigerung zu 6 Monaten Haft gezwungen werden kann, falls er nicht selbst der Mitthäterhaft verdächtig ist. Da die Rechtsprechung des Reichsgerichts aus dem verantwortlichen Redakteur eine in Strafsachen fast stets „verdächtige“ Person gemacht hat, so ist der Zeugniszwang in Strafsachen für den Redakteur fast bedeutungslos.

Anderes ist die Rechtslage in Disziplinarsachen. In Disziplinarsachen kann nur der Beamte strafbar, der Redakteur also nicht der Mitthäterhaft verdächtig sein. In Disziplinarsachen giebt es aber andererseits in Preußen zweifellos keinen Zeugniszwang und weil es keinen Zeugniszwang giebt, verfährt der Versuch eines Richters oder eines Beamten, einen Redakteur zur Ablegung des Zeugnisses zu zwingen, gegen die von ihm beschworene Verfassung und gegen das klare Recht. Dies war früher allgemeine Ansicht und so haben die Landgerichte zu Graubünden und Frankfurt am Main und die Ober-Landesgerichte zu Marienwerder und Frankfurt a. M. wiederholt ansangs der achtziger Jahre

entschieden. Die Verwaltung drängte aber immer wieder dahin, in entgegengekehrtem Sinne zu entscheiden. Dem fortdauernden Drängen der Verwaltungsbehörden hat noch nie ein Richterkolleg, dessen Mitglieder ja auf Vorschlag der Verwaltung ernannt werden, auf die Dauer widerstanden. Dieselben Gerichte, und natürlich auch das Kammergericht, erkannten wenige Jahre später dahin, daß das Zeugniszwangsverfahren in Disziplinarsachen zulässig sei, wiewohl Artikel 8 der Verfassung vorschreibt: „Strafen können nur in Gemäßheit des Gesetzes angedroht oder verhängt werden,“ und wiewohl zweifellos das Disziplinalgeseh die Androhung der Verhängung einer Strafe zwecks Erzwingung eines Zeugnisses nicht zuläßt. Von dieser Entwicklung der Rechtsprechung machen reaktionäre Verwaltungsorgane ausgiebigen Gebrauch bis in die neueste Zeit hinein. Es ist ja das Schema für solche Fälle bekannt: Ein Aktendeckel wird seitens eines Verwaltungsbeamten genommen, darauf geschrieben „Disziplinarsache wider Unbekannt“, und nun der Amtsrichter, vor dem der Redakteur in Strafsachen Zeugnis abzulegen nicht gezwungen werden kann, ersucht, den Redakteur in der Disziplinarsache zum Zeugnis zu zwingen eventuell ihm Haft bis sechs Monaten angedeihen zu lassen.

Je mehr diese Versuche sich noch mehren, Redakteure zu der unanständigen und ehrlosen Handlung zu zwingen, die Namen von nur der Redaktion bekannten Mitarbeitern zu nennen, desto klarer wird die Nothwendigkeit, den Zeugniszwang für Disziplinarsachen zu beseitigen. Was hat die Kommission nach dieser Richtung hin gethan? Sie nahm zunächst einen Antrag an, der dem oben wörtlich mitgetheilten inhaltlich gleich, lehnte aber einen Antrag unserer Genossen, hinter dem Wort „haftet“ einzuschalten: „oder handelt es sich um Ermittlung der Person des Einsenders oder Verfassers einer Druckschrift oder eines Theils derselben“, ab. Damit lehnte sie die Ausdehnung der Beseitigung des Zeugniszwangs auf Disziplinarsachen ab. Aber selbst ihren schwächlichen Beschluß ließ die Kommission in dritter Lesung fallen, nachdem die Regierung ihr „unannehmbar“ daherbekannt hatte.

Für die Plenarberatung hat Abg. Mundel die Aufnahme des Kommissions-Antrages beantragt. Es soll danach als § 55a der Strafprozeß-Ordnung eingeschaltet werden:

„Begründet der Inhalt einer periodischen Druckschrift den Thatsbestand einer strafbaren Handlung, für welche nach § 20 Absatz 2 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 der verantwortliche Redakteur als Thäter haftet, so sind Verleger, Redakteure und Drucker sowie das zur Herstellung der Druckschrift verwendete Hilfspersonal berechtigt, das Zeugnis über die Person des Verfassers und Einsenders zu verweigern.“

Würde dieser Antrag angenommen, so würde — wohl gegen die Absicht des Antragstellers selbst — die Beseitigung des Zeugniszwangs nicht auf Disziplinarsachen erstreckt werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat selbstverständlich die Ausdehnung auf Disziplinarsachen beantragt. Es bleibt abzuwarten, ob der Reichstag zu der Skandale sich hergeben wird, einen scheinbaren Schutz gegen Zeugniszwang durch

### 212] Rienz. Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

#### Aktes Buch: Die große Kompagnie.

#### Erstes Kapitel.

#### Das Lager.

Es war einer der lieblichsten Tage in der schönsten Zeit des italienischen Sommers, als eine kleine Gesellschaft Reiter einen Hügel hinanritt, von dem man die Aussicht auf eine der schönsten Landschaften Toskana's hatte. An der Spitze des Zuges sah man einen Ritter in vollkommener Panzerrüstung, deren Ringe so fein waren, daß sie einem zarten Netzwerk glichen, und zugleich so eng verbunden, daß sie der Lanze oder dem Schwert eben so erfolgreich Widerstand leisten konnten, als der schwerste Kürass, während sie sich jeder Bewegung des Reiters leicht und genau angeschlossen. Auf seinem Haupte trug er einen Hut von dunkelgrünem Sammet, über den lange kostbare Federn herabwallten, während von zwei Schildknappen, die ihm zu Pferde folgten, der eine seinen Helm und seine Lanze trug, der andere ein kräftiges Streitross führte, das ebenfalls ganz bezpannert war, dadurch aber in seinen feurigen Bewegungen nicht im geringsten gehindert wurde. Die Hügel des Ritters waren sehr einnehmend, seine Gesichtsfarbe gebräunt durch die Sonne mancher Klimate, denen er ausgesetzt gewesen. Einige schwarze Locken drangen unter seinem Hut hervor. Der Ausdruck seiner Züge war ernst, selbst traurig, und die Lieblichkeit der unvergleichlichen Landschaft, die sich vor ihm ausdehnte, konnte die stille Schwermuth seines Blickes nicht aufheitern. Außer den Schildknappen begleiteten den Ritter noch zehn, von Kopf bis zu Fuß bewaffnete Reiter, und die leise Unterhaltung, welche sie in Zwischenräumen führten, sowie ihr langes, schönes Paar, ihre stattliche Größe, die dichten kurzen Bärte und der vollkommene Zustand ihrer Waffen und Pferde, ließen sie als einem kriegerischeren Geschlecht angehörig erkennen, als die Kinder des Südens. Der Zug wurde durch zwei Männer von fast riesenhafter Größe geschlossen, deren jeder ein reich gezieres Banner trug, auf welchem eine

Säule mit der Aufschrift: „Allein unter Ruinen“ gestielt war. Die Aussicht, die mit jedem Schritte ihre mannigfaltige Schönheit mehr entwickelte, war in der That bezaubernd. Im Vordergrund dehnte sich ein langes Thal aus, in welchem dichter Wald mit grünen Wiesen abwechselte, und das durch Hügel begrenzt wurde, auf denen wilde Kräuter und Blumen Wohlgerüche verbreiteten, während ein breiter silberner Strom — in häufigen Zwischenräumen durch Wald und Hügel dem Auge verdeckt, um desto überraschender ihm plötzlich wieder zu erscheinen, in der Sonne erglänzte. Die gegenüberliegenden Berge, sowie die, von denen der Zug jetzt hinabritt, waren mit Weingärten bedeckt, welche in Alleen und Arkaden angelegt waren, und die Traube winkte so üppig unter dem dichten Laube hervor, als hätten die Faune einen Feiertag im Schatten gehalten. Die Blicke des Ritters schwärmten über dieser bezaubernden Landschaft, durch das rosige Licht des toskanischen Himmels beleuchtet, und wendeten sich dann mit ernster Aufmerksamkeit auf die grauen Mauern eines entfernten Castells, das hoch von dem steilsten der gegenüber liegenden Berge herab das Thal beherrschte.

„Sieh“, murmelte er bei sich selbst, „wie jedes Eden in Italien seinen Fluch hat! Wo die Landschaft am schönsten ist, da kann man sicher sein, das Zelt des Freibeuters und das Kastell des Tyrannen zu finden.“

Als ihn diese Gedanken noch beschäftigten, ertönte plötzlich der helle Klang eines Waldhornes in den Weinbergen dicht neben dem Wege. Der Zug machte gleich Halt. Der Anführer desselben gab dem Schildknappen, der sein Streitross führte, ein Zeichen. Das edle und gut abgerichtete Thier verhielt sich ganz ruhig, nagte jedoch an seinem Gebiß und bewegte das Ohr schnell hin und her, als stehe eine Gefahr bevor, während der Schildknappe, in leichterer Rüstung als die der Deutschen, in das Dickicht sprang und verschwand. Er lehnte nach wenigen Minuten erholt und athemlos zurück.

„Wir müssen auf unserer Hut sein“, flüsterte er, „ich sah Stahl durch das Weinlaub schimmern.“

„Wir sind hier auf keiner vortheilhaften Stelle“, sagte der Ritter, indem er schnell seinen Helm festmachte und

auf sein Streitross sprang. Er winkte mit der Hand nach einer breiteren Stelle im Wege, wo die Reiter sich freier bewegen konnten, und eilte schnell mit seinem kleinen Zuge nach diesem Punkte, indem die Rüstung der Soldaten rasch erklimmte, als sie zu zweien hinter ihrem Führer einherprengten.

Der Ort, wo sie sich aufstellten, war ein grüner Halbkreis, hinter dem dichtes Gebüsch den Abhang bis zum Thale hinunter bedeckte. Sie erreichten diesen Punkt unangefochten und stellten sich in einer Reihe nebeneinander auf. Jedes Visir war geschlossen, außer dem des Ritters, der sich besorg und spähend in der Gegend umsah.

„Hast Du gehört, Giulio?“ sagte er zu seinem Lieblings-Schildknappen (dem einzigen Italiener in der Gesellschaft) „ob seit kurzem Freibeuter hier gesehen worden sind?“

„Nein, edler Herr, im Gegentheil, man sagte mir, jeder Soldner habe die Gegend verlassen, um zu der großen Kompagnie des Fra Monreale zu stoßen. Der hohe Sold, den er giebt, und die Lust am Plündern haben die Soldner aller andern toskanischen Herren zu ihm geführt.“

Kaum hatte er diese Worte gesagt, als das Waldhorn, fast von demselben Punkte wie vorher, wieder ertönte und eine Erwidrerung in einem kurzen kriegerischen Tone im Rücken der Reiter erfolgte. In demselben Augenblicke drachen aus dem Dickicht hinter ihnen blanke Rüstungen und Speere hervor. Sie sahen einander folgend, ein Glied nach dem andern, kamen Bewaffnete aus dem Gebüsch, während eine noch größere Anzahl aus den Weinbergen vordrang.

„Für Gott, für den Kaiser und die Colonna!“ rief der Ritter, sein Visir schließend, und der kleine fest geschlossene Zug sprengte mit eingelegten Lanzen dem Feinde entgegen. Einige Duzend durch den heftigen Angriff Niedergeworfener machten den Weg für die Reiter frei, und der Ritter wendete sein Ross und führte seinen Zug trotz des steilen Abhanges fast in vollem Galopp den Hügel hinunter. Eine Anzahl von Pfeilen, die ihnen nachgeschickt wurden, prallten unschädlich von ihren eisernen Rüstungen ab.

(Fortsetzung folgt.)

Annahme lediglich des Antrages Mündel zu schaffen, während jedermann weiß, daß sein Inhalt fast ausschließlich die Presse vor allem Schutz gegen Zeugniszwang in sogenannten Disziplinarsachen verlangen muß. Sollte aber auch der Zeugniszwang gegen Redakteure bleiben — nun so liegt eben ein fruchtloser Versuch mehr vor, einen Preßzettel zu schaffen. Der Redakteur einer Zeitung, der Prinzipien vertritt, wird sich zum Zeugnis trotzdem nicht zwingen, sondern lieber 6 Monate einsperren lassen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, 16. November.

**Aus dem Reichstage.** Der erste große Tag nach Wiederaufnahme der Arbeiten. Die Gallerien sind überfüllt und besonders die Diplomaten- und Hoflogen schillern von Uniformen. Im Saale unten dagegen ist trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung mancher Platz unbesetzt. So fehlt Bennigsen, der nationalliberale Hinterfrontmarschall, dafür aber ist Herbert Bismarck anwesend und haben damit diejenigen einen Vorsprung gewonnen, welche auf „interessante Zwischenfälle“ hoffen. Der Bundesrath ist unter Führung des Reichskanzlers vollständig vertreten.

Zur Begründung der Interpellation über den Verrath von Staatsgeheimnissen nahm der Führer des Zentrums, Graf v. Hoppe, das Wort. Der Redner hielt, was die Zentrumspresse in den letzten Tagen zugesagt hat: er nannte den Namen des Fürsten Bismarck nicht; sonst hielt er sich knapp an den Wortlaut der Interpellation, welche unsere Leser kennen.

Der Reichskanzler beschränkte sich darauf, daß er ablehnte, zu beantworten, ob bis zum Jahre 1890 ein Geheimbund mit Rußland bestanden habe; was die Regierung aber sonst noch zu sagen hatte, das überließ der wortfahige Kanzler dem wortgeläufigeren Staatssekretär v. Marschall. Dieser erging sich dann auch in längeren Ausführungen über die auswärtige Politik, in denen es an scharfen Wendungen und verdeckten Spitzeln gegen die Bismarck-Anhänger nicht fehlte. Freilich waren dieselben mit Ausdrücken der höchsten Bewunderung für den „Schöpfer des Reiches“ verbunden, aber über die wirkliche Stimmung, die im auswärtigen Amte über den ersten Kanzler des Reiches herrscht, läßt sich die gestreuten Rosen nicht hinweg. Dr. Lieber beantragte die Diskussion der Interpellation und nahm dann als erster Redner selbst das Wort. Es war recht wenig was er zu sagen hatte, das beste waren seine Schlussworte, worin er kräftig betonte, daß es mit der Vertrauensgegen die Dreibundsgenossen unvereinbar sei, in der Weise, wie es im Versicherungsvertrag geschehen ist, hinter dem Rücken der ersteren zu gehen.

Den Kartellparteien war die Interpellation ersichtlich sehr unangenehm. Sie hatten beschlossen, sich auf Erklärungen zu beschränken, aber nur die Reichspartei blieb dem Vorleser treu und auch aus ihren Reihen sprach später Kardorff noch.

Was im übrigen die Redner dieser Parteien zu sagen hatten, wurde treffend dahin zusammengefaßt: wir wissen zwar nicht, was Bismarck veranlaßt hat, unter Bruch von Staatsgeheimnissen den Vertrag bekannt zu geben, aber wir billigen seine That, denn was Bismarck thut ist wohlgethan.

In einzelnen Partien recht scharf und treffend war die Rede Richter's. Direkt warf er dem Einsiedler in Friedrichstuh groben Vertrauensbruch vor, demgegenüber man aber um seiner früheren Verdienste willen wohl Gnade für Recht ergehen lassen könne. Röstlich war die Schilderung des Redners, wo er von dem Hausmeierthum des gewesenen Kanzlers sprach, der in seinen Nachfolgern nur Fremdherrschaft und Eingriff in den Familienbesitz erblicke. Richter provozierte auch den Grafen Herbert Bismarck scharf und verlangte von ihm besonders eine Erklärung darüber, was man in Friedrichstuh unter den „englischen Einflüssen“ verstehe, die von dort aus fortgesetzt in einer Weise als vorhanden geschildert werden, daß Regierung und Krone als Marionetten erscheinen müssen.

Nach einer vollständig gleichgültigen Plauderei des Grafen Mirbach erhielt unser Liebling das Wort. Derselbe konstatierte zunächst, daß unsere Partei wohl am wenigsten von allen von den Enthüllungen überrascht worden sei. Es sei die alte Politik des Fürsten Bismarck, welche sich auch hier zeige. Treulosigkeit nach allen Seiten. Diese Treulosigkeit sei aber der Diplomatie der alten Schule überhaupt eigen und Bismarck habe nur gethan, was er im Dienste seiner, der herrschenden Klasse thun mußte. Diese kann ohne gegenseitige Uebertheilung und Treubruch nicht auskommen und da Bismarck in diesen Uebungen eine besondere Virtuosität entwickelte, deshalb verziehe ihm die Bourgeoisie seine Junkenröckelien und feierte ihn als den größten Staatsmann des Jahrhunderts. Nach einem geschichtlichen Ueberblick über die Aera Bismarck, welche ihre größten Triumphe darin feierte, ehemalige Freunde hinter Licht zu führen, sprach sich Liebling für die Politik der Offenheit und Ehrlichkeit aus, die aber erst platzgreifen werde, wenn die Arbeiter maßgebenden Einfluß gewonnen haben werden. Erst dann werde die Spitzbuben- und Räuberpolitik verschwinden.

Es folgten noch diverse Redner, von denen nur die Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg sowie der Demokrat Hausmann und Ridert Erwähnung verdienen. Liebermann bewährte sich auch heute wieder als der Klown der Rechten, der, wie Richter ganz richtig bemerkte, die Späße zu machen hat, welche die Herren der Rechten zwar aus vollem Halse belachen, die sie aber selbst zu machen sich für zu gut halten. Hausmann griff Bismarck noch scharf an, während Ridert nachwies, daß es mit der deutschen Einheit schlecht stünde, wenn Bismarck die Politik der „Kreuz-Zeitung“, das heißt der Rechten, befolgt hätte.

In einer persönlichen Bemerkung suchte Graf Bismarck sein Schweigen zu rechtfertigen. Bei seiner „Vergangenheit“ konnte er sich an einer Debatte nicht beteiligen, der thatsächliche Unterlagen fehlten. Der Herr Graf hat recht, seine Vergangenheit ließ nichts anderes erwarten, als daß er sich mit der Vorsicht des Ritters Falstaff aus der Schußlinie drückte. Morgen Duelldebatte.

**Zur Reform des Militär-Strafprozesses.** Die Naumann'sche „Zeit“ brachte in ihren letzten Nummern eine Artikelreihe: Erfahrungen aus dem Amtleben eines ehemaligen Militärgeistlichen. Die Artikel stammen aus der Feder des Pfarrers Hermann Camillo Graefe, der noch im vorigen Jahre in Dresden als Divisionsprediger thätig war. Als solcher kam er in Konflikt mit der Militärbehörde. Es

wurde ihm der Prozeß gemacht. Wie es dabei zugeht, darüber berichtet Pfarrer Graefe folgendes:

Es war der 18. Dezember 1895. Ein sächsischer evangelischer Militärgeistlicher saß auf der Anklagebank eines sächsischen Militärgerichts. Als Beisitzer fungirten ein Major und ein Hauptmann. In die zwischen dem Auditor und dem Angeklagten stattfindenden Auseinandersetzungen greift der beisitzende Major etliche Male ein, sodas der Angeklagte schließlich an den Auditor die Frage richtet, wer eigentlich hier Untersuchungsrichter sei. Infolgedessen entspinnt sich ein ziemlich erregtes Rededuell zwischen dem beisitzenden Major und dem Angeklagten, in dessen Verlauf der letztere den ersten auf §§ 88, 84 der M.-Str.-O. verweisen muß, wonach dieser während der Verhandlung lediglich die Aufgabe habe, auf Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung bedacht zu sein, nicht aber in den Gang der Untersuchung eingzugreifen.

Darauf hat der Angeklagte sich zu den Aussagen des einige Tage zuvor vernommenen Zeugen Lei... zu äußern. Angeklagter hat ausdrücklich beantragt gehabt, Lei... einen in Chemnitz wohnenden Tischler, durch das zuständige Amtsgericht vernommen zu lassen. Trotzdem hat der Auditor denselben persönlich in Chemnitz vernommen, und zwar hat er Lei... durch das Chemnitzer Bezirkskommando vorladen lassen, wofür letzteres dem Lei... eine Bestallungsordre ohne Angabe des Sachbetriffs hat zugehen lassen. Der Angeklagte erklärt, daß Zeuge Lei... auf unzulässige Weise für den betreffenden Tag zum Soldaten gemacht worden sei, da derselbe weder direkt durch das Militärgericht noch auch — dies ist das allein Richtige — durch Vermittelung des zuständigen Zivilgerichts, sondern mittels dienstlichen Befehls durch das Bezirkskommando vorgeladen worden sei. Der Auditor erwidert, daß er dies „immer so mache“. Worauf der Angeklagte antwortet, daß ihm völlig gleichgültig sei, wie der Auditor dies sonst mache; jedenfalls lasse er in seinem Prozesse derartige Ungleichheiten nicht zu; ob Lei... an dem betreffenden Tage Abmühsung erhalten habe? Auditor: Nein; er hat doch Zeugengebühren erhalten! Angell.: Dadurch ist bewiesen, daß Lei... an dem betreffenden Tage nicht Militär, sondern Zivilperson war, da Militärpersonen nach M.-Str.-O. § 279 keinen Anspruch auf Zeugengebühren haben. Ich bitte Sie also, zu Protokoll zu nehmen, daß ich diese ganze Angelegenheit für ungeschicklich erkläre. Der Auditor muß dies thun. In diesem Augenblicke läßt jedoch der beisitzende Hauptmann es sich in den Sinn kommen, laut zu lachen! Da niemand dergleichen einschreit, so stellt der Angeklagte selbst den Offizier zur Rede. Letzterer erwidert jedoch, daß es den Angeklagten nichts angehe, wenn er lache; er könne lachen, wann er wolle! Natürlich erklärt der Angeklagte, daß er dem betreffenden Herrn noch beweisen werde, ob dieser vor Gericht lachen dürfe, wenn es ihm beliebt, oder ob nicht.

Am nächsten Verhandlungstage lehnte der Angeklagte den betreffenden Hauptmann für die Zukunft als Beisitzer ab, und der Beschwerde wurde auch Folge gegeben. — Wer traut sich zu glauben, daß ein Unteroffizier oder gar ein einfacher Soldat, wenn er auf der Anklagebank hinter verschlossenen Thüren gesessen hätte, ebenso energig seine Sache vertreten hätte, wie dieser Divisionspfarrer? Und andererseits: Wenn sich schon ein Geistlicher so fest auf die Beine stellen mußte, welche Umstände mögen da manchmal mit dem gemeinen Mann gemacht werden? Zum Schlusse mag noch bemerkt werden, daß, nach der „Zeit“, Pfarrer Graefe „der Politik gänzlich fern steht“.

**Vierter Stand und Klassenkampf.** Vor einigen Tagen berichteten wir über einen Artikel des national-sozialen Herrn Pastors Göhre, in dem er erklärte, daß die „National-Sozialen“ ausschließlich für den vierten Stand arbeiten wollten, wozu vor allen Dingen gehören sollte, daß die für das national-soziale Programm gewonnenen Arbeiter den sozialdemokratischen Genossenschaften zugeführt würden. — Wenn irgendwo, dann wird natürlich in unseren Genossenschaften der Klassenkampf geführt und man konnte also annehmen, daß Herr Göhre diesen Klassenkampf für etwas sehr nothwendiges ansehe. — Wir schrieben zu diesen Erörterungen, daß jemand, der mit diesen Dingen Ernst machen wolle, in der bürgerlichen Gesellschaft bald recht vereinsamt sein und keine Segen finden werde. Etwas ähnliches scheint Herrn Göhre mittlerweile auch aus eben diesen bürgerlichen Kreisen heraus klar gemacht worden zu sein; denn in der heutigen Nummer der „Zeit“ findet er bereits, daß der Klassenkampf doch eigentlich etwas sehr nebensächliches sei, und daß er unter „vierten Stand“ nicht nur die beschlossenen Arbeiter, sondern auch die kleinen Handwerker, Bauern, Beamten, Kaufleute, Volksschullehrer, die Frauen und endlich alle „Gebildeten und Besessenen“ verstehe, „deren Herzen aufrichtig und ehrlich mit dem Volke schlagen“. Und dann schreibt er:

„Schon scheint die Sozialdemokratie mit ihrer ganzen inneren Entwicklung auf das todt Geleise geraten. Wir nationalen Sozialisten stehen schon als Erben vor ihrer Thür. Wir müssen den größeren und reinen Sozialismus der Zukunft herbei- und durchführen helfen — mit und für den vierten Stand.“

Auf den „Sozialismus“ der oben angeführten Volkskreise, die Herr Göhre als „vierten Stand“ zusammenfaßt, darf man wirklich gespannt sein. Und ferner darf man den Artikel wohl auch eine kleine Abwiegelung auffassen, dazu dienend, die ebenfalls zum „vierten Stand“ gehörenden „Gebildeten und Besessenen“ nicht graulich zu machen?

**Der Friedensabschluß zwischen dem Regus Menelik und dem italienischen Unterhändler Nerazzini** ist am 28. Oktober erfolgt. Die Hauptpunkte des Uebereinkommens sind folgende: Der Vertrag von Uscialli, der Italien eine Art Schutzheerschaft über Abessinien zugesprochen, wird aufgehoben und die vollkommene Unabhängigkeit Aethiopiens anerkannt. Bis zur endgültigen Festsetzung gilt die Mareb-Einie als Grenze. Bis zur endgültigen Grenzfestsetzung darf Italien keine Gebietsabtretung an eine fremde Macht vornehmen; giebt sie einen Gebietsheil freiwillig auf, so fällt dieser unter die Aethiopische Herrschaft zurück. Binnen eines Monats wird der Vertrag ratifizirt. Für den Unterhalt und die Zusammenziehung der italienischen Gefangenen zahlt Italien eine angemessene Entschädigung. — Der Vertragsabschluß soll in Rom einen ausgezeichneten Eindruck gemacht haben. Das kann nur möglich sein, wenn man hier entschlossen ist, die ganze afrikanische Kolonialpolitik aufzugeben. Auf so etwas kommt der Vertrag in Wirklichkeit auch hinaus. Das ganze Gebiet, das man seit Crispi erobert hatte — es ist de facto schon lange wieder verloren gegangen — giebt man auf und auch alle Ansprüche auf dasselbe. Was übrig bleibt, ist als Kolonie nicht lebensfähig. Aber man darf es nicht einmal verkaufen oder veräußern, trotz der hundert von Millionen, die man hineinsteckt. Man kann es höchstens freiwillig aufgeben. Dann fällt es Aethiopiens zu. Mit einem Wort: Mit dem vorliegenden Friedensabschluß hat die italienische Kolonialpolitik öffentlich ihren Konkurs erklärt. Und deshalb hat man den so schon ausgeschundenen Bauern und Arbeitern den letzten Heller erpreßt und abertausend junge kräftige Männer in den Steinmühen Abessinien hinschlachten lassen! — Wie sehr sich übrigens der Menelik bereits fühlt, zeigt das Telegramm, das er anlässlich des Friedensschlusses an den Präsidenten Faure gerichtet und in dem es heißt: „Unter Gottes Weisand haben wir unserm Volke den Frieden wiedergegeben. In dem wir heute den Friedensvertrag mit dem Bevollmächtigten Sr. Majestät des Königs von Italien unterzeichnen, schämen wir uns gänzlich, daß unsere Freunde sich mit und darüber freuen.“

**Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse.** Aus Rache hatte der Arbeiter Brandstichter die am Spitzgang in Kiel wohnende Ehefrau Lewandowsky wegen Majestätsbeleidigung denunzirt. Der Ausdruck, den die Frau gebraucht, ist jedoch nach Ansicht des Kieler Gerichts überall beim Volke gebräuchlich und nicht beleidigender Natur, auch wird die Absicht der Beleidigung nicht angenommen und erfolgt deshalb kostenloser Freisprechung. Der Denunziant jedoch, welcher trotz mehrfacher Verwarnung des Vorsitzenden mit seiner eidlischen Aussage sich im direkten Widerspruch mit zwei vom Gericht als glaubwürdig befundenen Zeugen befindet, wird wegen dringenden Verdachts des Meineides sofort in Haft abgeführt. Die Oeffentlichkeit war bei dieser Verhandlung ausgeschlossen.

## Deutsches Reich.

— Stöcker hat gegen das im Prozeß Witte gegen ihn gefällte Urtheil Berufung eingelegt.

In einer Erklärung im „Volk“ behauptet Stöcker, daß ihm der Gang der Verhandlungen ebenso unverständlich wie das Erkenntnis sei. Hätte er anwesend sein können, so würde manches aufgeklärt sein, das im Dunkel geblieben ist. Herr Stöcker hat aber wohl gewußt, weshalb er abwesend war. Er hat sich wohl wirklich gesagt, daß er noch beschämter dagestanden hätte, wenn er Aug' im Auge seinem Gegner gegenübergestanden hätte.

Stettin, 14. November. Eine hier heute Abend von dem Oberversteher der Kaufmannschaft Habel einberufene, zahlreiche Besuche versammelte hiesiger Heber, Kaufleute und Industrieller sowie der Spitzen der städtischen Behörden begründete einen Verein, welcher die Herstellung einer den Anforderungen des hiesigen Verkehrs entsprechenden Wasserstraße zwischen Berlin und Stettin bezweckt. Der Verein konstituirte sich mit dem Namen „Pommerscher Binnenschiffahrts-Verein“.

— Eine eingehende Nachsicherung nach sozialdemokratischen Schriften hat bei sämtlichen Truppentheilen der Garnison Danzig stattgefunden. Zu diesem Behufe war durch Kommandanturbefehl bekannt gegeben worden, daß niemand von der Mannschaft bis zum Feldwebel aufwärts die Kaserne bezug, die Privatquartiere verlassen dürfe. Ueber das Resultat der Revision, welche durch mehrere Offiziere erfolgte, ist bisher nichts in die Oeffentlichkeit gelangt. Aller Wahrscheinlichkeit wird das Ergebnis das übliche sein: Nichts oder das Auffinden eines Stückes einer alten sozialdemokratischen Zeitung, die von irgend einem Kaufmann als Makulatur erworben und zum Verpacken der Waaren benutzt wurde.

Wismar (Sachsen), 14. November. (Fig. Ber.) In der am 13. November abgehaltenen Gemeinderaths-Sitzung wurde auf Antrag des Genossen Müller die Einführung einer Umsatzsteuer einstimmig abgelehnt. Außer Müller sprach sich auch Gemeinde-Kellner Fabrikbesitzer Dietel gegen die Umsatzsteuer aus.

Zwickau, 15. November. (Fig. Ber.) Die heute in Schedewitz abgehaltene Versammlung von Mitgliedern des Konsumvereins, welche von ca. 500 Personen besucht war, nahm nach einem Referat des Ausschrittsmitgliedes D. S. a. c. und nach lebhafter Debatte einen gründlich ausgearbeiteten Protest gegen den Beschluß des Gemeinderaths, Auflegung einer Prozentigen Umsatzsteuer betreffend, an; das Schriftstück wird der Amtshauptmannschaft eingereicht werden.

Detmold, 14. November. Die Landtagswahlen im Fürstenthum Lippe-Detmold sind nunmehr beendet. Die Freisinnigen haben zu den sechs Mandaten, die sie bereits besaßen, noch drei andere gewonnen und kommen in zwei weiteren Wahlkreisen in die Stichwahl. Sollten sie auch hier erfolgreich sein, so würden sie mit elf Stimmen die Mehrheit im Landtag haben. Es wurden ferner neun Konservative und Nationalliberale gewählt, darunter v. Stietencron zweimal. Auch Präsident v. Bengel wurde wiedergewählt. Es ist eine große Zunahme an sozialdemokratischen Stimmen zu verzeichnen.

Rudolstadt, 15. November. (Fig. Ber.) Die Parteigenossen des Leutenberger Kreises haben nach der seitens des Rudolstädter Zentral-Agitationskomitees ausgesprochenen Parole, in der am Freitag stattgehabten Landtags-Stichwahl zwischen dem Landwirth Weniger (freil. Sp.) und dem reaktionären Landrath v. Holleben für ersteren zu stimmen, gehandelt und damit einen der ärgsten Sozialistenhasser aus dem Rudolstädter Landtage ausgeschlossen; Weniger erhielt 326, v. Holleben nur 245 Stimmen. Dies ist die Antrittung der nach Ansicht des Herrn Landraths hinsichtlich des Vereins- und Versammlungsrechts rechtlosen Sozialdemokratie!

Mainz, 15. November. (Fig. Ber.) Die Reichstags-Stichwahl ist vorüber und endigte mit dem Siege der Zentrumspartei. Dr. Eduard David erhielt 10 107, der ultramontane Rechtsanwalt Dr. Schmitt 10 287 Stimmen, die Mehrheit beträgt demnach 180 Stimmen. Der Wahlkreis Mainz-Oppenheim ist demnach für unsere Partei verloren gegangen, doch bedeutet dieser Verlust keine Niederlage. Unter den denkbar ungünstigsten Umständen mußte unsere Partei in den Wahlkampf ziehen. Unter dem deprimirenden Eindruck des Falles Jöst stehend, hatte sie eine gelockerte Organisation im Wahlkampfe vorgeschrieben und mußte mit einem neuen, im Wahlkreis fast unbekanntem Kandidaten ins Feld ziehen. Unser tüchtiger Genosse David wohnt erst sechs Monate in hiesiger Stadt und war bis dahin nur den organisirten Arbeitern bekannt, welche der Zahl nach bei 30 000 Wählern nicht stark in betracht kommen. Wir waren zudem die Urheber des Wahlkampfes, ohne dessen Ursache aus tausend Gründen und Rücksichten motiviren zu können und hatten zudem keine ständige Wahlparole, sondern nur unser Programm. Die Zentrumspartei war dagegen weit günstiger gestellt. Sie hatte den Wahlkampf nicht verschüdet und dazu einen außerordentlich günstigen Kandidaten in der Person des Rechtsanwalts Dr. Schmitt, der, weit und breit bekannt als rechtlicher Mann, nebenbei aber als seiner Demagogie den Wählern das Blaue vom Himmel versprach, ohne Rücksicht darauf, daß seine Partei nie und nimmer auf seine Versprechungen Rücksicht zu nehmen in der Lage sein oder auch nur die Lust dazu haben werde. Dabei betrieb diese Partei die Agitation in der rücksichtslosesten Weise und was hier in Saalabtreibung, Mißbrauch der Kanzel und sonstigem Bauernfang geleistet worden ist, spottet jeder Beschreibung. Dabei werden aus einzelnen Orten grobe Unregelmäßigkeiten gemeldet, welche, wenn erst festgestellt, ein späteres Kapitel bilden werden. Die sozialdemokratische Partei hatte dagegen nur ihr Programm auf der Fahne und war, ohne Bundesgenossen, auf die eigene Kraft angewiesen. Unter all diesen Umständen muß der Erfolg dieser Wahl als ein großer Erfolg bezeichnet werden, denn in der Stichwahl spielte Schmitt sich nicht als Zentrumsmann, sondern als Vertreter des Bürgertums, als Anti-Antisemit, als Retter der Vaterstadt vor dem drohenden Umsturz, als Schützer des Reiches und seines Heeres und als alles mögliche auf und in der widerlichsten Weise hüllte er um die Gunst der liberalen Wähler. Die Wähler der Stadt Mainz selbst gingen nicht auf diesen Veim und gaben eine imponirende Stimmenzahl für Genossen David ab, welcher 6834 Stimmen erhielt, während sein schwarzer Gegner mit liberaler und antisemitischer Hilfe nur 3961 Stimmen bekam. Mainz hat also klar und deutlich bewiesen, daß es für alle Zeit eine sozialdemokratische Stadt sein und bleiben will. Auch die umliegenden industriellen Orte Kassel, Korbheim, Weisenau, Hechtsheim, Brehenheim, Finthen, Gonsenheim, Marienborn und Nombach hielten sich wacker und auch das bäuerliche Rache Land, (der Wahlkreis hat außer Mainz noch 42 Orte) gab ansehnliche Stimmenzahlen für David ab. Daß David schließlich mit der geringen Zahl von 180 Stimmen

unterlag, daran waren die Städte Oppenheim und Merstein schuld, deren liberale Wähler in hellein Haufen infolge einer von Worms aus betriebenen „Depl.“-Agitation für die Schwarzen stimmten. Von 80 852 Wählern stimmten im ganzen 20 894 ab, gleich 67,3 pSt., während in der Stadt Mainz selbst der Prozentfuß 77 erreichte. Bei der Hauptwahl am 6. November entfielen auf David 7358, auf Schmitt (ultramontan) 7118, auf Soldau 3142 und auf Wolf (Antisemit) 847 Stimmen. Unser Zuwachs beträgt demnach in der Stadt Mainz 1781, im Wahlkreis 2749 Stimmen, während den Ultramontanen 3169 Stimmen zugeführt wurden. Kurz und gut, der Sieg des Zentrums ist ein echter, wirklicher Pyrrhussieg und in anderthalb Jahren bei der allgemeinen Wahl sehen wir uns wieder. Die Herren vom Zentrum, welche nicht ihren Grundfähnen, sondern lediglich dem demagogischen Auftreten ihres Kandidaten ihren Sieg verdanken, machen auch gar kein Hehl daraus, daß ihre Herrschaft nur ein Interregnum bedeutet. Für unsere Hoffnungen aber gilt es jetzt von neuem, auf zum Kampf, damit die in ehrenvollem Kampfe erlittene Scharte wieder ausgeweht wird.

**Militärisches Christenthum.** Bei Gelegenheit eines Trauergottesdienstes für den verstorbenen Inhaber des Regiments 8. Infanterieregiments, Prinz Karl, hielt der Militärgeistliche Schürze an die zu vereinigenden Rekruten eine Ansprache, in der er unter Hinweis auf die Eidesleistung und das 200jährige Regimentsjubiläum u. a. sagte: „Die Soldaten müßten als Musterkrieger dastehen zum Regimentsjubiläum im Jahre 1898. Sie sollten doppelt, dreifach eideswören sich finden lassen, damit Prinz Karl auch sein Jubelregiment einst wiederfindet und als wirklich immerwährender Regimentsinhaber dasselbe mit sämtlichen Bataillonen in Parade einziehen könne der Majestät des himmlischen Königs.“

Wenn ein in seinem Verufe aufgehender, im Dienste ergrauter Offizier, bei dem die Welt in der Kaserne beginnt und am Manöverfelde endet, diese Rede gehalten hätte, so ließe sich ihre Kritik mit einem Achselzucken erledigen, aber im Munde eines christlichen Geistlichen, der, zu höherer Ehre des Militarismus so vollkommen die Lehren der christlichen Kirche aufgiebt, ist diese Rede ein Zeichen der Zeit. Wie der Kapitalismus alle Geister unterjocht, so auch der Militarismus. Ein „Verkürzer des Wortes Gottes“ verwirft die Lehren vom Jenseits und läßt die irdischen Rangunterschiede auch im Jenseits fortleben, alles zur höheren Ehre des neupreußischen Militarismus! Und da preißt man noch die stilligen Wirkungen der Armees. Jeder wahre Christ muß sich ob der Lehren dieses Militärgeistlichen räuspern.

**München, 16. November.** Die Freude der bürgerlichen Blätter darüber, daß das bayerische Kriegsministerium eine Aenderung des Ehrengerichts der Offiziere angeordnet habe, scheint verfrüht gewesen zu sein. Demgemäß schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten“: „Gegenüber der Nachricht der „Amberger Volkszeitung“ über die Nichtbestätigung eines Ehrengerichts-Urtheils wegen prinzipieller Duellverweigerung seitens des Prinzregenten und über eine entsprechende Wänderung der Ehrengerichtssatzungen seitens des bayerischen Kriegsministeriums, erfahren die „Neuesten Nachrichten“, eine Aenderung der Satzungen sei nicht erfolgt, weil in diesen Satzungen eine solche Bestimmung gar nicht enthalten sei. Richtig sei dagegen, daß seitens des Prinzregenten ein ehrengerichtliches Urtheil, in welchem gegen einen Offizier, weil er sich als prinzipieller Gegner des Duells bekannt habe, auf schlichten Abschied erkannt wurde, die Bestätigung nicht gefunden hat. In diesem speziellen Falle handelte es sich, wie die „Neuesten Nachrichten“ erfahren, um einen Offizier des Verlaubtenstandes, einen ehemaligen Angehörigen einer nicht schlagenden Studenten-Verbindung, weil er sich vor dem Ehrengerichte als prinzipieller Gegner des Duells bekannt hatte. Die allerhöchste Bestätigung des Urtheils sei verweigert worden in Verfolg der feinerzeit bei Beantwortung der Interpellation Schädler im bayerischen Landtage vom Kriegsminister abgegebenen Erklärung, daß an keinen Offizier ohne Zwang die Frage über seine Stellung zum Duell werde gestellt werden.“

— Ein zweiter Fall Thüngen scheint wieder auf Tapet kommen zu wollen. Wie Dr. Sigl's „Vaterland“ nämlich aus sicherer Quelle vernommen haben will, soll ein in Bayern lebender ehemaliger Soldat, der in einer Broschüre das preussische Kriegsrecht nicht allzu glimpflich behandelte und deshalb von Berlin aus verklagt wurde, dem bayerischen Schwurgericht entzogen und vor eine nichtbayerische Strafkammer gestellt werden. Anlässlich der Fragen, die in der letzten Woche den Reichstag beschäftigt haben, ist der Fall doppelt interessant.

**Aus Württemberg.** Württemberg steht zur Zeit im Zeichen der Wahlen; nicht weniger als vier Wahlkreise sind zu besetzen und alle politischen Parteien sind in reger Thätigkeit; am rührigsten sind natürlich die Sozialdemokraten, die überall mit eigenen Kandidaten auftreten und die Agitation energisch betreiben. Die erste Wahl im 13. württembergischen Reichstags-Wahlkreis findet am 17. November statt, während die Landtagswahlen in dem Oberamt Cannstatt und Saalgau gleichzeitig am 20. November vorgenommen werden; die Landtags-Wahl im Oberamt Gmünd wird laut Ausschreiben im Regierungsblatt am Freitag, 11. Dezember stattfinden. In diesen politischen Wahlen gesellen sich in verschiedenen Gemeinden noch die sogenannten Bürgerausschuss- und Gemeinderathswahlen, so daß unseren Genossen reiche Gelegenheit gegeben ist, den Schluß des Jahres noch zu reger Thätigkeit zu benützen.

**Oesterreich.** Die Zerfahrenheit des politischen Lebens in Oesterreich kommt am deutlichsten in der Parteienzerstückelung im österreichischen Abgeordnetenhaus zum Ausdruck. Nach einer Zusammenstellung des deutsch-geschiedenen Organs der „Allgemeinen“, „Der Politik“, vertheilen sich die 350 Abgeordneten, die, da drei Sitze jeht erledigt sind, das Abgeordnetenhaus bilden, auf achtundzwanzig Parteien.

Der stärkste Klub ist noch immer die Vereinigte deutsche Linke, sie zählt 72 Mitglieder. Dann kommt der Polenklub mit 54 Abgeordneten, der Czechenklub (offiziell führt er den Titel: Klub der freisinnigen tschechischen Nationalabgeordneten) mit 42 Abgeordneten, der Klub der Konfessionellen (Kohewart-Klub) mit 40 Mitgliedern, der freie Verband der deutschen Abgeordneten (die Sezessionisten aus Böhmen) mit 27 Abgeordneten, die Deutsche Nationalpartei mit 16, die Katholische Volkspartei mit 16 Abgeordneten, der Klub des liberalen Zentrums (weiland Coronini-Klub) mit 20 Mitgliedern. Unter zehn Mitgliedern zählen die Klubs der Kroato-Slovenen neun, der Ruthenen acht, der Klub der unabhängigen Kroato-Slovenen fünf Mitglieder. Im ganzen stehen 299 Abgeordnete im Klubverbande, während 51 Abgeordnete wild sind. Die stärkste Gruppe, davon acht Mann, bilden die christlich-sozialen Antisemiten. Mit je sieben folgen die italienischen Trentiner und die versprengten Elemente der Linken. Weiterhin gibt es fünf. Die Zahl der wilden Deutschnationalen beträgt gleichfalls fünf. Zu je drei folgen die währischen Mittelparteiler und die Schönerbächer, zu vier die Wildkonfessionellen. Schließlich folgt eine Anzahl von Einmannpartei, bestehend aus dem extremen Russophilen Abgeordneten Dr. Baskatzy, dem Sloveno-Italiener Probst Jordan, dem Slovenen Sulzerich, dem Jungslowenen Koblar, dem Serben Kretovic, dem Polen Bzewalowski, dem Ruthenen Romancus, dem Demokraten Kronawetter und dem Abgeordneten Bernerstorfer. Vor einigen Tagen ist auch noch der Abgeordnete Gnievski aus dem Polenklub ausgetreten.

**Wien, 14. November.** Der Budgetausschuss nahm in seiner heutigen Sitzung den Voranschlag des Ministeriums für die Landesvertheidigung an. Im Laufe der Debatte erklärte der Minister Graf von Helfferich, es werde ein neues Militärstrafgesetz vom Kriegsministerium ausgearbeitet.

**Betreffs der Sonntagsheiligung** hat das Reich-Kriegsministerium angeordnet, daß den Mannschaften zur Erfüllung ihrer religiösen Pflichten grundsätzlich an den Vormittagen der dem Gottesdienste vornehmlich geweihten Tage freier Ausgang gestattet werde.

**Wien, 16. November.** Im Abgeordnetenhaus wurde heute eine Vorlage der Regierung eingebracht, in welcher ein Kredit von 1 200 000 Gulden für die offizielle Vertheilung der Reichsrottbländer an der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 gefordert wird.

**Ungarn.** Budapest, 16. November. Infolge der jüngsten Ausschreitungen gelegentlich der Reichstagswahlen in Also-Lehota wurden gestern auf behördliche Anordnung 13 Personen verhaftet. Gegen diese sowie gegen 64 andere Personen wurde Anklage wegen öffentlicher Ruhestörung erhoben.

**Schweiz.** Bern, 16. November. In verschiedenen Kantonen fanden heute die Nachwahlen für den Nationalrath statt. In Zürich kam zum zweiten Mal keine Wahl zu stande. Greulich (Sozialist) erhielt 8749, Schaeppi (Demokrat) 6640, Wille (Lib.-kons.) 6258 Stimmen. In Appenzell-Außers Rhoden siegte der freisinnige Kandidat über den Sozialisten; in Nidwalden siegte der Konservative mit 15 Stimmen über den Demokraten. — In Basel wurde als Ständerath infolge Unterstützung der Sozialisten der Freisinnige Dr. Paul Scherrer gewählt, derselbe erhielt rund 1100 Stimmen mehr als der konservative Kandidat Bischer. — Das Volk von Schaffhausen verwarf mit großer Mehrheit die neue Verfassung. — Der Kanton Zug nahm ein neues Wahlgesetz mit Einführung des Proportional-systems an.

**Luzern, 15. November.** Die heutige Generalversammlung des Verbandes schweizerischer Eisenbahn-Angestellten nahm auf Anrathen der Demokraten einstimmig einen Beschlus antrag auf Einstellung der Initiative für die Verstaatlichung der Eisenbahnen an.

Dieser Beschlus bedeutet nicht eine Stellungnahme gegen die Verstaatlichung, sondern die Verschiebung der Aktion auf einen mehr Aussicht versprechenden Zeitpunkt.

**Frankreich.** Paris, 14. November. (Fig. Ver.) Der feinerzeit besprochene Gesetzentwurf betr. Rosinen- und Kunstweine wurde von der Kammer in den Freitag-Sitzungen erledigt, die nach einem früheren Beschlus der Beratung von Arbeiteraus-Gesetzen gewidmet sein sollten. Ein nicht adler Wit, wenn man bedenkt, daß das angemessene Gesetz gegen die armeren Konsumenten gerichtet ist. Glücklichweise müssen mehrere Hauptbestimmungen infolge der Freigabe der für den Selbstgebrauch bestimmten Fabrikation auf dem Papier bleiben.

Die Arbeiterskommission der Kammer hat eine Vorlage zum Schutze des vom Staate, von der Departemental- und Kommunalverwaltung in den öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeiter angenommen. Den Arbeitern soll ein wöchentlicher Ruhetag gesichert sein, die Zwischenunternehmenschaft wird verboten, die Zahl der Ausländer auf höchstens 10 pSt. festgelegt. Außerdem wird es der Departemental- und Kommunalverwaltung freigestellt, einen Maximalarbeitstag und ein Minimum festzusetzen. Zum Berichterstatter der Kommission wurde der sozialistische Abg. Lavy ernannt, an stelle des gegangenen wordenen Bouge, der die letzteren zwei Bestimmungen in seinem Bericht mit sozialistischer Wärme bekämpfte hatte.

Die sozialistischen Abgg. Lésage, Gérault-Richard, Baillant und Goussier brachten heute einen Amnestie-Antrag ein in bezug auf alle politischen und Streikvergehen und namentlich zu gunsten Beresowski's, der 1867 in Paris auf Alexander II. geschossen hatte, und Cyvovics, des in einem Tendenzproseje wegen eines Bombenattentats in Lyon verurtheilten Schriftstellers. Die Antragsteller verlangten die Dringlichkeit, die aber vom Justizminister natürlich bekämpft und von der Kammer mit allen gegen 80 Stimmen abgelehnt wurde. Aus den Motiven des Antrages seien hervorgehoben die scharfen Ausfälle gegen den reaktionären Einfluß der Jarenfreundschaft auf die innere Politik Frankreichs.

**Paris, 14. November.** Die Kommission lehnte den ersten Artikel des Gesetzentwurfes betreffend die Ausfuhrprämien für Zucker ab, wird indessen auf Ersuchen der Regierung den Gesetzentwurf einer neuen Prüfung unterziehen.

Die Kommission lehnte nach nochmaliger Beratung zum zweiten Male den Gesetzentwurf betreffend die Ausfuhrprämien für Zucker ab. Die Kommission ist für die Einführung von Prämien, wünscht aber, daß die Kosten, die sich aus solchen Prämien ergeben würden, in gerechterer Weise vertheilt werden.

**Belgien.** Brüssel, 15. November. „Gazette“ bemerkt, daß Belgien durch den Sieg der Goldwährung in den Vereinigten Staaten auf seine silbernen Fünf-Frankenstücke 30 Millionen Franks einbüßen wird. Das Blatt fordert die Regierung auf, damit der Schaden nicht noch größer werde, Vorsichtsmassregeln zu treffen.

**Haag, 14. November.** Als Ergebnis der im Haag 1898 und 1894 stattgefundenen Beratungen ist der erste internationale Privatrechtsvertrag, das Zivilprozess-Verfahren betreffend, heute hier von Bevollmächtigten der Niederlande, Belgiens, Frankreichs, der Schweiz, Luxemburgs, Spaniens, Portugals und Italiens unterzeichnet worden. Der Minister des Äußern Kosl sprach den Wunsch aus, daß dank der Arbeiten der Konferenzen diesem Vertrage eine Anzahl weiterer folgen möchten.

**England.** — Der letzte der vier vom Melville'schen Dynamit-Regiment, der in England verhaftete Bell (oder Ivory) ist jetzt in London vor das Schwurgericht verwiesen, nachdem ein Polizeispiegel namens Jones ausgefragt hatte, daß er mit Bell, Lynam (Nr. 1) u. in Chicago einer geheimen Revolutions-Gesellschaft angehört habe. Vermuthlich hat er sie auch gründen helfen. Bell war der Dumme — er ging in die Falle, während die schlaue Nr. 1 nebst den zwei anderen „Mitschwejnern“ augenscheinlich ein Polizeigehemmiß waren und sich weit vom Schuß hielten. Auf den Prosej sind wir gespannt. Er wird jedenfalls zu sehr erbanlichen Einthaltungen fähren. In England giebt's eine freie Presse, die Gerichtsverhandlungen sind öffentlich, und die Aussagen unbekannter Zeugen gelten dort nichts. Wer zeugen will, muß vor aller Welt in den Zeugenstand.

**Dänemark.** — Ein Vorschlag zur Verfassungs-Aenderung ist dem dänischen Folkething von der „linken Reformpartei“ zugegangen. Der Vorschlag läuft darauf hinaus, die §§ 26, 48 und 49 der Verfassung dahin zu ändern, daß ein Interimsstatat bewilligt werden kann, wenn man sich über den eigentlichen Statat nicht zu einigen vermag. Gemäß der unklaren Stellungnahme dieser ganzen „Reformpartei“ sind auch die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen eine reine Prosejdröselerei, da das Resultat ganz dasselbe wie bisher bleibt, wenn sich die beiden Parlamente über diesen Interimsstatat nicht zu einigen vermögen. So reformirten Bourgeoisgehörne offenkundige Missethäter der Verfassung.

**Italien.** Rom, 14. November. (Voss. It.) Bei Eröffnung der Universität hielt heute der sozialistische Professor der Philosophie Antonio Labriola eine Festrede, in der er mit rücksichtslosem Freimuth in Gegenwart des Unterrichtsministers sein Thema „Lehrfreiheit“ behandelte, die er von der Staatsgewalt völlig unangefastet wissen will. Der Vortrag veranlaßte laute

Rundgebungen der Studenten für und wider, sowie lebhafteste Kritiken in den Tagesblättern.

**Spanien.** Madrid, 14. November. Die Gendarmerie entdeckte in San Felices bei Barcelona 400 Kilogramm Dynamit, 100 Patronen, 200 Kilogramm Geschäppulver und 8000 Zündhütchen.

— Die Spanier siegen noch immer, sowohl auf Kuba wie auf den Philippinen. Jetzt sind sie angeblich schon so weit, um die Kriegsbeute vertheilen zu können. Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Madrid gemeldet wird, meint die Regierung, die Beschlagnahme der Güter der reichen, in die Rebellion auf den Philippinen verwickelten Personen würde 100 Millionen einbringen. Und mit dieser Summe könnte man sämtliche Kriegskosten decken. Die Geschichte hat nur einen Haken. Sie kann leicht ausgehen wie jene Bärenfellvertheilung, bei der der Bär noch lebte.

**Türkei.** — Die geplante Einführung des Petroleummonopols wird, wie aus Petersburg gemeldet wird, nicht am Widerstande Rußlands scheitern.

**Asien.** — Rußlands Kriegsvorbereitungen in Ostasien. Rußland scheint seine Ausdehnungsgelüste China gegenüber mit jähre Energie weiter zu verfolgen. Mehr und mehr Truppen schiebt es nach Ostibirien. Nach einer Meldung der „China Gazette“, die im „Berliner Tagebl.“ wiedergegeben wird, hat es jetzt dort rund 165 000 Mann versammelt, von denen in und um Wladivostok 112 000 stehen. Trotzdem werden noch weitere Nachschübe von Odessa aus erwartet. Vielleicht fußt hierauf die neuliche Klarmeldung der „Daily News“, daß noch mehr Truppen-Transportdampfer in den Häfen des Schwarzen Meeres in Dienst gestellt werden sollen. In bezug auf die Flotte ist Rußland derzeit in Ostasien, sowohl was den Tonnengehalt als die Zahl der Schiffe betrifft, England überlegen, nur etwas älter, also weniger brauchbar, sind die russischen Schiffe.

**Bombay, 14. November.** Die Nothlage, die in ganz Indien herrscht, nimmt einen immer ersteren Charakter an. Die Kornpreise steigen weiter. In Bombay und Madras bildet sich eine Vereinigung zur Beschaffung billigen Korns. Die Deulenseit tritt in unverminderter Stärke auf; in Bombay ist ein Kaufmann aus Europa der Pest erlegen; viele Tauben sterben unter pestartigen Erscheinungen.

**Bombay, 16. November.** Die Arbeiten für die Eisenbahnen, deren Bau in Aussicht genommen ist, um der von der Hungersnoth betroffenen Bevölkerung Arbeit zu verschaffen, sind auf 27 Crore (1 Crore gleich 10 000 000 Rupien) für die nächsten 3 Jahre veranschlagt. Um die Arbeiten auszuführen, wird es erforderlich sein, im nächsten Jahre in England eine große Anleihe für Indien aufzunehmen.

**Afrika.** 33 600 000 Mark betragen die Kosten des Einfalles Jamefon's.

## Parlamentarisches.

**Initiativanträge und Arbeitsplan des Reichstags.** Von der letzten Sitzung des Seniorentenvents, über die wir schon berichtet haben, ist ergänzend nachzutragen: Präsident v. Buol theilte mit, daß an Initiativanträgen noch 28 bevorrechtigte, d. h. in den ersten 14 Tagen der Session eingegangene, und außerdem 14 später eingebrachte der Erledigung harren. Ueber die Reihenfolge, wie sie auf die Tagesordnung kommen sollen, machte man sich heute noch nicht schlüssig. Was den Arbeitsplan der nächsten Zeit betrifft, so soll nach Abschluß der zweiten Lesung der Justiznovelle und Erledigung der Interpellationen die erste Lesung des Stats folgen. Die weiteren Entschlüsse wurden vorbehalten.

Die Agrarier wollen im Reichstag die Margarinefrage in irgend einer Form wieder anregen, sei es durch einen Antrag oder durch eine Interpellation.

## Partei-Nachrichten.

**Bei der Gewerbegerichtswahl** in Hörde in Westfalen siegten die sozialdemokratischen Kandidaten mit 170 Stimmen über die Christ-Dankerianer, die 44, und über die Kandidaten des Evangelischen Arbeitervereins, die gar nur 15 Stimmen bekamen.

**Zur Bürgererschaftswahl** in Bremen sind von unserer Seite in 15 Bezirken Kandidaten aufgestellt. Am Donnerstag wurde eine große Volksversammlung abgehalten, die nach dem Referat des Genossen Kerrl folgende Resolution beschloß: „Die Versammlung ist überzeugt, daß die in bremischen Staate herrschende kapitalistische Privilegienwirtschaft das Hindernis gegen die auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens so notwendigen Reformen darstellt. Die privilegierten Klassen finden ihre Stütze in der bremischen Verfassung, die ein Klassenwahlrecht schlimmster Sorte zum Gesetz gemacht hat. Die Versammlung giebt der Ueberzeugung Ausdruck, daß alles ausgetoben werden muß, um eine Bewegung ins Leben zu rufen, die das Ziel einer völligen Umgestaltung der Verfassung im Sinne der Schaffung einer völligen Rechtsgleichheit hat, und die Versammlung fordert auf, mit anspornender Thätigkeit bei den kommenden Bürgerchaftswahlen den Anfang durch das Eintreten für die Kandidaten der Sozialdemokratie zu machen.“

**Aus München.** Zu den bevorstehenden Gemeinbewahlen entfalten die Parteien bereits eine rege Agitation. Während die Hauptwahlen erst am 2. und 3. Dezember stattfinden, ist am 20. November, gewissermaßen als Vorspiel, in einem Bezirk eine Ergänzungswahl vorzunehmen. Unsere Genossen hielten am Sonntag drei Bezirke-Versammlungen ab, wo die nominirten Kandidaten ihr Programm entwickelten. Weitere Bezirke-Versammlungen werden im Laufe der nächsten Woche abgehalten werden. Die „Liberale“ und Ultramontanen legen sich wieder brüderlich in den Armen, um mit vereinten Kräften ihre bedrohte Herrschaft gegen den Ansturm der Sozialdemokraten zu vertheidigen. In 2 Bezirken haben sie sich bereits auf einen Kompromißkandidaten geeinigt; weitere Verständigungen in anderen Bezirken dürften nachfolgen. Die katholischen Arbeiter wollen jedoch von solchen Kompromißkandidaten nichts wissen und haben für diesen Fall ihre Geselofschaft versagt und Wahlenthaltung proklamirt. Außer den Liberalen und Ultramontanen nehmen noch die „Parteilosen“ am Wahlkampf theil, die ihre Stimme nur demjenigen geben wollen, der ihnen am meisten für ihren Bezirk verspricht. Die Antisemiten haben bisher noch nichts von sich hören lassen, obwohl sie früher ruhmredig ankündigten, daß sie in jedem Bezirke einen eigenen Kandidaten aufstellen würden. Trotz der rührigen Gegenagitation dürfte es unseren Genossen gelingen, einige Sitze zu erringen, da die gegenwärtige Herrschaft im Rathhause sich keinen allzugroßen Sympathien bei der Bürgerchaft zu erfreuen hat.

**Aus dem Reiche König Stumm's.** In einer Parteiversammlung in Saarrevier berichtete Genosse Gummel über den Gothaer Parteitag und über die Massenverhältnisse. Eingegangen sind beim Genossen Gummel in der Periode 1895/96 rund 139 M., die Ausgabe betrug rund 85 M., übrig blieben 53,74 M., wovon 80 M. der Parteilasse in Hamburg überwiesen werden. Als Bezirks-Vertrauensmann wurde wieder Genosse Gummel gewählt, als Vertrauensmann für Saarbrücken Genosse K. Quant, für St. Johann Genosse August Zeterehen.

Von der Agitation. Genosse Schöpflin aus Frankfurt a. D. wird im Monat Dezember eine Agitationstour durch Baden unternommen.

**Aus Westpreußen.** In Marienburg war es einem eifrigen Genossen gelungen, Lokale zu Versammlungen aufzutreiben. So konnte dort am 25. Oktober Genosse Dr. Gottschalk aus Königsberg sprechen. Am 8. November referierte Reichstags-Abgeordneter Legien über die Ziele der Arbeiterbewegung. Seine Ausführungen wurden ergänzt durch Genossen Stolpe aus Danzig. Tags vorher hatte Legien in Elbing vor einer gut besuchten Versammlung gesprochen und am 5. November in Danzig. An letzterem Orte gab Genosse Stolpe in einer Parteiversammlung den Bericht über den Gothaer Parteitag. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen desselben einverstanden. Der bisherige Vertrauensmann E. Sellin wurde einstimmig wiedergewählt. Konstatiert wurde in dieser Versammlung, daß der Ausschluß Jochem's, der vor zirka Jahresfrist in einer Parteiversammlung vollzogen wurde, dadurch ein endgiltiger geworden ist, daß Jochem beim Parteitag keinen Einspruch erhoben hat.

**In Celsuis i. B.** hatte der Vertrauensmann im abgelaufenen Verwaltungsjahr eine Einnahme von 167,97 M., die Ausgabe betrug 149,42 M.; einschließlich des früheren Restbestands von 67,92 M. blieb ein Ueberschuß von 76,47 M. Die Agitation wurde lebhaft betrieben. Versammlungen sind seit Ende Dezember vorigen Jahres 10 arrangiert worden; eine davon, wo Frau Rohlfach sprechen sollte, wurde verboten.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**  
— Vom dolus eventualis. Aus Düsseldorf wird uns geschrieben: Der Klempnerstreik, der zu Gunsten der hiesigen Klempner ausgefallen ist, soll nun wirklich ein gerichtliches Nachspiel haben. Wegen zweier Artikel, worin die „Volkstribüne“ ein kräftig Wortlein gegen den Großindustriellen Werner und zu Gunsten seiner streikenden Klempner gesprochen hat, ist von der Staatsanwaltschaft Klage erhoben gegen den Genossen Wessel als Redakteur der „Volkstribüne“, und gegen die Genossen Duhn und Grimpe als Verleger und Drucker. Am 25. November ist Termin. Es lebe die Pressefreiheit! Wegen die „Volkstribüne“ schweben noch 5 Klagen und ein halbes Dutzend sind schon in diesem Jahre anhängig gewesen. — Genosse Wessel hat demnächst eine zweimonatige Gefängnisstrafe anzutreten, die ihm wegen Beleidigung des Polizeibeamten Kospod auferlegt ist. Seine Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.

— Von der Magdeburger „Volkstimme“ haben sich am 24. November Verleger, Drucker, Redakteur und ein Korrespondent vom Amtsgericht zu verantworten, weil sie zu einem nicht genehmigten öffentlichen Aufzug aufgefordert haben sollen.

— Der Sozialdemokratische Verein in Chemnitz ließ durch den Vorstand das Polizei-Amt um Genehmigung einer Sammlung zur Deckung der Kosten der Stadtverordneten-Wahlagitation ersuchen. Die Genehmigung ist natürlich versagt worden. Von einer Beschwerde an die Kreishauptmannschaft wollen die Genossen absehen, da die etwaige Genehmigung doch zu spät käme.

## Konferenz der Arbeiter-Beisitzer an deutschen Gewerbegerichten.

Halle a. S., 15. November.

Heute begann in Grothe's Restaurant (Händels-Park) die Ende August von Lübeck aus in Anregung gebrachte Konferenz der Gewerbegerichts-Beisitzer aus den Kreisen der Arbeiter. Bei der Zusammenkunft handelt es sich namentlich um Stellungnahme zu der Innungs-Novelle, die eine Beschränkung der gesamtlichen Tätigkeit der Gewerbegerichte im Gefolge hat. Das Verbandsorgan deutscher Gewerbegerichte hat seiner Zeit in einer Sondernummer den erwähnten Entwurf über die Abänderung der Gewerbe-Ordnung eingehend besprochen, worauf zunächst die Arbeiterbeisitzer des Gewerbegerichts zu Lübeck sich mit der Angelegenheit beschäftigten und einen Aufruf erließen zur wirksamen Agitation gegen den Entwurf, um die Regierungsvorteile durch energischen Protest zu beeinflussen. Es soll eine Organisation der Arbeiter-Beisitzer gegründet werden, wie auch ein Verband der Gewerbegerichts-Vorsitzenden schon besteht. Auch soll dem Reichstage eine Petition unterbreitet werden in dem Sinne, dem genannten Entwurf seine Zustimmung zu verweigern.

Der Delegierte Barthels-Lübeck eröffnete die Sitzung und begrüßte die erschienenen Vertreter der Gewerbegerichte mit einem Hinweis auf die bevorstehenden Arbeiten. Alles mögliche müsse getan werden, damit der Entwurf über die Abänderung der Gewerbeordnung nicht Gesetz werde. Die Konferenz sei einberufen, um eine engere Fühlung zwischen den Beisitzern der Gewerbegerichte zu bekommen. Die rege Beteiligung sei mit Freuden zu begrüßen, aber sie wäre noch einmal so stark geworden, wenn die Arbeiterpresse sich der Sache der Gewerbegerichte mehr angenommen und voll und ganz ihre Schuldigkeit getan hätte. Ein leiser Vorwurf könne dieser Presse nicht erpart bleiben. Unferes Wissens hat die Arbeiterpresse alles veröffentlicht, was ihr von den Einberufern der Konferenz zugesandt worden ist. Wenn das nicht genügt, so lag die Schuld nicht an der Arbeiterpresse. Red. d. B.) Die Konferenz sei unter großen Schwierigkeiten zusammengekommen, doch sei die dadurch ausgebreitete Saat auf guten Boden gefallen. Der Gewerbegerichtsbeisitzer und Vertrauensmann unserer Partei in Halle, Genosse Schade, begrüßte die Delegierten im Namen der hiesigen Arbeiterschaft. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind 41 Beisitzer erschienen, die 41 Gewerbegerichte vertreten. Dem Richterplattler des Gewerbegerichts zu Leipzig, Genossen Lipinski, wird als Delegierten eine beratende, aber keine beschließende Stimme zuerkannt. In das Bureau werden gewählt als Vorsitzende Barthels-Lübeck, Schäfer-Leipzig, und als Schriftführer Müller-Bremerhaven, Sittig-Danmover und Millarg-Berlin.

Es wird zum Punkt „Organisationsfrage“ übergegangen. Der Delegierte Leiß-Nürnberg, Vertreter eines der ältesten Gewerbegerichte, wendet sich gegen eine feste Organisation und warnt davor aus vereinsgesetzlichen Gründen, wobei er besonders auf das bayerische Vereinsgesetz verweist; er empfiehlt, lose Fühlung zu nehmen, damit das, was geschaffen werden soll, nicht wieder entrisen werden kann. Friede-Dresden erklärt ebenfalls, eine feste Organisation sei nicht empfehlenswert. Rörten-Berlin fährt aus, der Zweck einer Organisation sei nicht ersichtlich. Die organisierten Arbeiter seien schon jetzt genügend angepannt und es würde durch Neugründung von Organisationen eine Ueberanstrengung der Kräfte stattfinden. Worin sollte denn überhaupt die Tätigkeit der Organisation bestehen? Sollen vielleicht dem Richterstande vom Gewerbegericht Vorschriften gemacht werden, damit die Urtheile alle gleichmäßig ausfallen? Rineswegs! Die Arbeiter-Beisitzer dürfen nicht nach einer Schablone, sondern müßten nach freiem Ermessen urtheilen. Die Gewerbegerichts-Beisitzer sollten auf dem Standpunkt der Gewerkschaft stehen und man müsse sich die Personen ansehen, die man als Beisitzer wähle, damit nicht Leute in das Gewerbegericht hineingeschickt werden, welche die Arbeiterinteressen im Stiche lassen. Eine feste Organisation sei zu verwerfen, dagegen sei eine Verständigung anzustreben. Die weiteren Redner wenden sich alle gegen eine feste Organisation und empfehlen Zusammenkünfte in den Orten, wo sich Gewerbegerichte befinden. Auch aus finanziellen Gründen spricht man sich gegen eine feste Organisation aus. Barthels-Lübeck hebt hervor, daß die Kollegen im Irrthum wären, wenn sie geglaubt hätten, es sei von den Einberufern der Konferenz eine feste Organisation geplant. Es sei nur dahin zu streben, einen Zentralpunkt zu schaffen, an den man sich in dringenden Fällen wenden könne. In der weiteren Debatte wurde empfohlen, die

Tätigkeit der Arbeiter-Beisitzer durch die örtlichen Gewerkschaftskartelle zu beaufichtigen. Martiens-Hamburg wendet sich mit Entschiedenheit dagegen, die Tätigkeit der Beisitzer durch die Gewerkschaftskartelle beaufichtigen zu lassen. Von dem Tage an, wo der Beisitzer gewählt ist, dürfe er in seiner gerichtlichen Tätigkeit nicht beeinträchtigt werden. Er habe nach bestem Wissen und Gewissen sein Urtheil abzugeben und die politische Parteistellung dürfe nicht in Betracht kommen. Im übrigen müßten die Wähler, die in den Gewerkschaften vertreten sind, selbst wissen, was sie zu thun haben. Als einen Uebelstand bezeichnete man, daß einige der Vorsitzenden der Gewerbegerichte, die in Strassburg auch eine Konferenz abgehalten haben, zuweilen in nicht schöner Weise mit den Arbeiter-Beisitzern umsprächen. Von einigen Delegierten wurde dagegen die Tätigkeit mehrerer Vorsitzenden anerkannt. Besonders die Tätigkeit des Magistrats-Ressors Cuno in Berlin wurde als objektiv bezeichnet. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

I. Die heutige Konferenz der Gewerbegerichts-Beisitzer (Arbeitnehmer) sieht von einer festen Organisation ab; empfiehlt dagegen, einen Zentralpunkt zu bestimmen, der in interessirenden Gemeinfragen geeignete Schritte zur Verständigung unternimmt und eventuell die Beisitzer zu Konferenzen zusammenberuft.

II. Die Aufsicht über die Beisitzer (Arbeitnehmer) außer ihrer gerichtlichen Tätigkeit empfiehlt die Konferenz den örtlichen Gewerkschaften.

III. Als geeigneter Ort für den Zentralpunkt wird Berlin bestimmt.

Zum Punkt „Presse“ bemerkte Barthels-Lübeck einleitend, daß die Anreger der Konferenz es für notwendig gehalten hätten, auch ein geistiges Band für die Beisitzer zu schaffen, weshalb man sich an das „Korrespondenzblatt“ (Organ der Generalkommission) und den Redakteur des Organs „Das Gewerbegericht“, Herrn Ressor Cuno in Berlin gewandt habe. Beide Organe hätten sich in gleichem Sinne zur Verfügung gestellt, und es sei deshalb der Konferenz eines der beiden Organe als Publikationsorgan zu empfehlen. Nach längerer Debatte wird mit 21 gegen 20 Stimmen beschlossen, das „Gewerbegericht“ als Publikationsorgan zu bestimmen. Darin sollen alle Urtheile, die im Prinzip oder für eine Branche von Interesse sind, veröffentlicht werden. Alle Veröffentlichungen sind zunächst an den Berliner Ausschuß zu senden.

## Gewerkschaftliches.

**Achtung, Metallarbeiter Berlins!** Der Ausstand der Arbeiter der Eisengießerei und Maschinenfabrik vormalig S. Hartung, Prenzlauer Allee und Marienburgerstraße, dauert fort. Zugang ist ferngehalten.

Ueber sämtliche noch ausstehende Listen vom Agitations- und Unterstützungsfonds der Berliner Metallarbeiter, für die streikenden Klempner, Mechaniker, Schlosser, sowie für die am 1. Mai ausgesparten ist unverzüglich abzurechnen. Ebenso werden alle übrigen Restanten aufgefordert, ihre Verpflichtungen zu erledigen, um allen Weiterungen aus dem Weg zu gehen. Im übrigen erwarten wir, daß die Kollegen aller Werkstätten die Sammlungen zum Unterstützungsfonds der Berliner Metallarbeiter mit ungeschwächter Energie fortsetzen, damit allen Eventualitäten ruhig entgegengehen werden kann. Listen für die Streikenden der Fabrik von Hartung, sowie Marxen sind bei allen Vertrauensleuten erhältlich. Montag, den 23. November, wird im Konzerthaus Sanssouci eine öffentliche Versammlung abgehalten, die sich mit unserem ferneren Vorgehen gegenüber den Maßnahmen der Metallindustriellen zu beschäftigen hat.

In der Siedererei von Rössmann u. Kühnemann sind Differenzen ausgebrochen, bis zu deren Erledigung wir um Fernhaltung des Zuganges bitten.

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.

**Die Bureau-Angestellten Berlins** werden darauf aufmerksam gemacht, daß heute Abend in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, eine für sie höchst wichtige Versammlung abgehalten wird. Zur Verhandlung stehen die von der Anwaltskommission und von Vertretern der Angestellten getroffenen Vereinbarungen. Es bedarf kaum eines Hinweises, wie wichtig dieser Gegenstand der Tagesordnung für die Bureau-Angestellten ist und empfehlen wir deshalb den Beteiligten dringend, für einen guten Besuch dieser Versammlung zu sorgen.

**An die Mitglieder der Orts-Krankenkasse** für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker Berlins. Bei den zu Anfang Dezember vor sich gehenden Delegiertenwahlen habt Ihr zu entscheiden, ob in den nächsten drei Jahren die patriotischen Kassenboten im Bunde mit den Reaktionsären des Vereins Berliner Hausdiener oder angestellte Arbeiter über das Wohl von 27000 Kassenmitgliedern zu bestimmen haben. Ihr habt zu wählen zwischen zwei, die eine rein bürokratische Geschäftsabwicklung einführen würden, um sich bei der Aufsichtsbehörde lieb Kind zu machen, und denen, deren höchster Grundfah es ist, nur allein die Interessen der Mitglieder zu wahren. Thut daher Eure Schuldigkeit, agitiert unermüdet, damit unsere Liste nicht nur siegt, sondern unsern Gegnern die Lust vergeht, ein zweites Mal mit uns anzubinden. Sendet sofort Eure Krankenkassen-Nummer, Euren Vor- und Zunamen an August Werner, Barwalderstr. 9, oder an Hermann Kamp, Kleine Kurstr. 8/7, H. r. I., da wir dieselben zur Aufstellung der Kandidatenliste unbedingt haben müssen. Und nun auf zum Kampf! J. A.: Johannes Hoffmann Friedenst. 7.

**Die Lohnkommission der Schauerleute Hamburgs** und die Vereinigung der Stauer hielten am Freitag eine gemeinschaftliche Sitzung ab, um sich über den von den Schauerleuten vorgelegten Lohnzettel zu verständigen. Der Vorsitzende der Stauervereinigung, Herr Vink, theilte mit, daß in einer vorhergegangenen Zusammenkunft mit den Schiffserbedern beschlossen worden sei, den Schauerleuten eine Lohnerhöhung von 30 Pf. für den Tag, 30 Pf. für die Nacht, für Sonn- und Feiertage, sowie für Ueberstunden 60 Pf., außerdem die Spätpausen doppelt, d. h. mit 1,20 M., zu bewilligen. Ausnahmeweise schwere, sowie gesundheitschädliche Arbeiten (bei Salpeter, Guano, Kampfor, Schwefel, Roheisen, Gambia und Isom Getreide), d. h. nur bei kompletter Ladung, sollen mit 6 M. pro Tag und bei Nacht mit 8 M. bezahlt werden. Falls Schiffe noch andere Ladung als diese führen, wird auch für diese äußerst schwere und gesundheitschädliche Ladung nur der Minimaltagelohn von 4,50 M. bezahlt. Da nur selten Schiffe (ausgenommen Salpeterschiffe) mit einer einheitlichen (kompletten) Ladung in den Hamburger Hafen kommen, würde die Bewilligung für außerordentlich schwere Arbeit nahezu illusorisch werden. Die Stauer wollten weitere Zugeständnisse vorläufig nicht machen. Es kam deshalb zu keiner Einigung. Jedoch werden die Stauer noch einmal mit den Schiffserbedern verhandeln. Möglicherweise kommt es doch noch zu einer Verständigung.

**In Offen** beschloß eine von 200 Buchdruckern besuchte Versammlung, daß nächsten Sonnabend die Arbeit gelündigt werden soll, falls die Prinzipale den 1898er Tarif nicht anerkennen. In der Versammlung waren sämtliche Buchdruckereien Offens vertreten und es herrschte ein annehmend freigesprochener Geist.

**In der mechanischen Weberei Salach** bei Göppingen (Württemberg) hat das ganze Personal, gegen 100 Personen, wegen Lohnabzugs die Arbeit eingestellt.

**Die Konfektionsschneider Oesterreichs** sind, nach einer Meldung des Bureau Herold aus Wien, willens, in den Streik einzutreten, wenn nicht die Konfektionsäre eine Erhöhung von 50 pCt. für Stückmeister, eine solche von 30 pCt. für Gehilfen und eine zehnjährige Arbeitszeit bewilligen würden.

## Gerichts-Beilage.

Ein „Dezenprozeß“ aus dem Dorfe Marwitz hat, wie der „A. f. d. S.“ berichtet, kürzlich vor dem Spandauer Schöffengericht seinen Abschluß gefunden. Im Frühjahr 1898 starben dort kurz hintereinander zwei Kinder der Familie Grünberg. Von beiderseits wurde der Mutter erklärt, daß eine „Hexe“ dabei im Spiele sei, deren Kunst die Kinder zum Opfer gefallen seien. Es gäbe aber ein Mittel, die Hexe ausfindig zu machen. Die Mutter solle nur hinreichend lange ein Sänsberg kochen. Die erste Frau, die während des Kochens ins Haus komme, sei die Hexe. Besagt, gethan. Frau Duzmann, eine allgemein bekannte Persönlichkeit in Marwitz, kam als erste während des Kochens hinzu. Als sie aber von diesem wunderbaren Ergebnis des Grünbergschen Detektivbureau's Kenntnis erhielt, ging sie gegen Frau Grünberg wegen Beleidigung vor. Nachdem mehrere Termine verschoben worden waren, stand die Sache kürzlich hier zur Verhandlung. Diese endigte damit, daß die Beklagte freigesprochen und die Klägerin zur Tragung der Kosten verurtheilt wurde. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß das Kochen von Sänsberg an sich keine Beleidigung sei, und durch die Zeugenaussage habe nicht nachgewiesen werden können, daß die Beklagte behauptet habe, Frau D. sei eine Hexe.

**Die Kolberger Strandschloß-Affäre**, die zur Zeit ein sehr großes Aufsehen erregt hat, hatte am Montag in einer vor der Strafkammer des Landgerichts Kolberg stattgefundenen Gerichtsverhandlung ein Nachspiel. Bekanntlich wurde der Bürgermeister Kummert zu Kolberg vom Ober-Verwaltungsgericht zu 90 M. Geldstrafe verurtheilt und ihm außerdem von der Militärbehörde das Recht, die Uniform als Hauptmann der Landwehr zu tragen, abgenommen, weil er, ebenso, wie allen anderen Parteien, im Sommer 1895 auch den Sozialdemokraten den Saal im Strandschloß zu einer Wählerversammlung eingeräumt hatte. Die Veranlassung zu diesen Strafen hat der Landrath des Kolberg-Rößliner Kreises, v. Puttkamer, gegeben. Letzterer hat auch vor einiger Zeit die Schließung einer höheren Mädchenschule zu Kolberg vorgenommen. Der letztere Vorgang gelangte am 27. April d. J. in der Kolberger Stadtverordneten-Versammlung zur Besprechung. Nachdem bereits mehrere Stadtverordnete gesprochen, nahm auch der Stadtverordnete, Seilermeister Wulff das Wort. Dieser soll u. a. gesagt haben: 1. „Wenn an dem Grundfah: „man solle ernste Männer zu Landräthen machen“, noch jeht festgehalten würde, dann hätte Kolberg nicht den fortwährenden Streit und Verdruß“. 2. Der Landrath v. Puttkamer habe durch die Schließung der Wödt'schen Schule direkt die Absicht gehabt, die Stadt und das Bad Kolberg zu schädigen“ und habe 3. „indem er zu dem Oberst Hühgrat gegangen sei, um diesen zu bewegen, dem Bade die Militärmusik zu entziehen, einem Ehrenmanne angefallen, konträrbrüchig zu werden.“ Oberst Hühgrat soll, dem Vernehmen nach, bestritten haben, daß Landrath v. Puttkamer ein solches Ansuchen an ihn gestellt habe. Der Landrath hätte nur in einer Unterhaltung mit ihm beiläufig die Frage aufgeworfen, ob, da das Strandschloß einer sozialdemokratischen Wähler-Versammlung eingeräumt worden sei, es überhaupt angängig erscheine, daß die Militärmusik eines königlich preussischen Regiments am beziehungsweise im Strandschloß noch konzertieren dürfe. Aus diesem Anlaß stellte Landrath v. Puttkamer gegen den Stadtverordneten Wulff wegen wider besseres Wissen begangener öffentlicher, verleumderischer Beleidigung den Strafantrag. Wulff giebt, dem Vernehmen nach, zu, sich ähnlich, wie oben mitgetheilt, geäußert zu haben. Er habe aber nur in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, eine persönliche Beleidigung des Landraths v. Puttkamer habe ihm ferngelegen. Im übrigen sei er im Stande, für seine Behauptungen den Beweis der Wahrheit zu führen. Die Staatsanwaltschaft und die Beschlusskammer zu Rößlin haben jedoch dem Strafantrag des Landraths stattgegeben. Infolge dessen hatte sich am Montag der Stadtverordnete Wulff aus Kolberg wegen wider besseres Wissen begangener öffentlicher, verleumderischer Beleidigung, auf grund der §§ 185, 186, 187, 194, 196 und 200 des Strafgesetzbuches, vor eingangs bezeichnetem Gerichtshof zu verantworten. Es sind zu der Verhandlung eine Anzahl Zeugen, unter diesen Oberst Hühgrat und Bürgermeister Kummert-Kolberg geladen. Der Verteidiger des Angeklagten ist Rechtsanwalt Arnold Goldstein-Berlin.

Vor Eintritt in die Verhandlung beantragt der Angeklagte, den Beisitzenden, Gerichtsassessor Voll, wegen Besorgnis der Befangenheit abzulehnen. Der Gerichtshof weist nach längerer Beratung diesen Antrag ab. Der Angeklagte bestreitet, die Absicht der Beleidigung gehabt, und behauptet, in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt zu haben.

In dem Prozesse gegen den Kolberger Stadtverordneten Seilermeister Wulff wegen Beleidigung des Landraths v. Puttkamer erkannte der Gerichtshof auf 50 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 400 M. Geldstrafe beantragt.

**In Warschau** ist der Arzt Zaidowstky wegen wiederholten Verbrechens gegen das kaimende Leben zu 4 Jahren Zwangsarbeit im Innern Sibiriens verurtheilt worden.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

**Köpenick**, 16. Novbr. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden alle 4 Kandidaten unserer Partei gewählt. Die Partei betheiligte sich zum ersten Male an den Kommunalwahlen. (Bravo!)

**Hildesheim**, 16. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die öffentliche Versammlung wurde wegen Besprechung des Falles Dräsewitz aufgelöst.

**Görlitz**, 16. November. (B. Z. B.) Wie der „Neue Görlitzer Anzeiger“ berichtet, verschüttete auf dem Marmor-Kalkwerk von Bromm u. Siegert in Ober-Kaufung eine umstürzende etwa 10 Meter hohe Erdwand vier Arbeiter. Ein Maurer und ein Schachtmeister sind todt, zwei Arbeiter sind leicht verletzt.

**Hamburg**, 16. November. (B. Z. B.) Der in Aussicht gestandene Streik der Schauerleute ist durch Annahme der von den Stauern und Mhedern den Schauerleuten angebotenen Erhöhung des Minimallohnes von 4,20 M. auf 4,50 M. nicht zum Ausbruch gekommen.

**Wien**, 16. November. (B. Z. B.) Abgeordnetenhaus. Zur Verhandlung steht der Dringlichkeitsantrag Patai, Lueger und Genossen auf sofortige Kündigung der Zoll- und Handelsbündnisse mit Ungarn. Handelsminister Freiherr Glanz v. Sicha erklärt, die Regierung erachte eine stillschweigende Fortdauer des gegenwärtigen Bündnisses auf weitere zehn Jahre für ausgeschlossen. Die Kündigung werde rechtzeitig vor Ablauf dieses Jahres erfolgen. (Beifall.) Mehrere Redner sprechen für die Dringlichkeit und erklären, ihre Angriffe richteten sich nicht gegen Ungarn, sondern gegen die dort herrschende Klique. Lueger bestritt ebenfalls die Dringlichkeit und greift die ungarische Regierung heftig an. Ministerpräsident Graf Badeni schiebt aus, man müsse die Angriffe gegen das befreundete und Oesterreich eng verbündete Ungarn zurückweisen. Das Haus nimmt die Dringlichkeit für den Antrag Patai sowie den Antrag selbst an.

**Athen**, 16. November. Ein fanatischer Anhänger des Sozialismus ermordete in Patras auf offener Straße einen reichen Kaufmann und verwundete einen anderen Kaufmann schwer. Der Attentäter, welcher erklärte, im Namen des Sozialismus zu handeln, sowie mehrere andere Personen wurden verhaftet. Die That erregte großes Aufsehen, man glaubt indessen, daß der Thäter wahnsinnig ist.

# 1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 270.

Dienstag, den 17. November 1896.

13. Jahrg.

## Reichstag.

125. Sitzung vom 16. November 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Fürst zu Hohenlohe, v. Marschall, v. Bötticher, v. Goller, v. Hammerstein. Der Abg. Graf Herbert Bismarck ist im Hause anwesend.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Verlesung der Interpellation des Abg. Grafen v. Hompesch (3): „Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft darüber zu geben, 1. ob bis zum Jahre 1890 ein geheimes Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Russland bestanden hat; 2. im Falle ein solcher Vertrag bestand, welche Vorgänge dazu geführt haben, ihn nicht zu erneuern; 3. welchen Einfluss die jüngsten Veröffentlichungen über diese Angelegenheit auf die Stellung Deutschlands im Dreibunde und sein Verhältnis zu den übrigen europäischen Mächten geübt haben?“

Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Dann erhält das Wort zur Begründung der Interpellation Abg. Graf Hompesch (3): Eine kürzliche Veröffentlichung hat in weiten Kreisen lebhafteste Bewegung und Beunruhigung hervorgerufen und uns veranlaßt, die Interpellation einzubringen. Die „Hamburger Nachrichten“ haben Enthüllungen gebracht, welche das größte und wohlverdienteste Aufsehen gemacht haben; aus den Enthüllungen war zu entnehmen, daß in den Jahren 1884—90 neben dem Dreibund ein Separatabkommen mit Russland bestand, was die Gefahr in sich barg, diejenigen Mächte, welche vertragsmäßig zum Dreibund gehörten, mit Mißtrauen zu erfüllen und die Friedensgarantien zu erschüttern und in Frage zu stellen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Von diesem Gesichtspunkt aus hat das deutsche Volk wohl zu verlangen, daß Auskunft gegeben wird, ob diese Enthüllungen auf Wahrheit beruhen und ob ein solches Separatabkommen mit Russland 1884 bis 1890 tatsächlich bestanden hat. Der Reichs-Anzeiger hat eine Mittheilung gebracht, wonach die Regierung sich nicht für besorgt hält, Staatsgeheimnisse öffentlich preiszugeben; indessen will ich annehmen, daß diese Weigerung sich auf den Wortlaut des betreffenden Abkommens, nicht aber auf die Existenz desselben bezieht. Ferner erscheint es angemessen, zu erfahren, aus welchen Gründen jenes Abkommen 1890 nicht erneuert worden ist, ob die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, welche dem damaligen Leiter der deutschen Politik ein solches Separatabkommen 1884 als geboten erscheinen ließen, 1890 so waren, daß der damalige Reichskanzler das Abkommen als nicht mehr im Interesse der deutschen Politik liegend ablehnte. Bei dem geringen Maß von Kenntnissen, die der Reichstag über die auswärtigen Angelegenheiten erhält und zur Klärung und Behebung erscheint es angezeigt, von maßgebender Stelle zu erfahren, welchen Einfluß die Hamburger Enthüllungen auf die Beziehungen zu den auswärtigen, besonders zu den befreundeten Mächten haben. Es würde uns zu großer Befriedigung gereichen, wenn uns die Versicherung zu Theil würde, daß der jetzige Leiter der deutschen Politik entschlossen ist, unentwegt an dem Vertrage mit den beiden Mächten festzuhalten und daß die Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten“ das beiderseitige Vertrauen in keiner Weise alterirt haben. (Beifall im Zentrum und links.)

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe Schillingenfürst: Ich habe auf die Interpellation folgendes zu erklären:

Ueber die Verhandlungen, die vom Jahre 1887 bis zum Jahre 1890 zwischen Russland und dem Deutschen Reich stattgefunden haben, ist seinerzeit unbedingte Geheimhaltung verabredet worden. Der Zeitpunkt, von welchem an diese Verpflichtung aufhört, kann hiernach von uns nicht einseitig bestimmt werden. Ich bin daher zur Zeit nicht in der Lage, über das Ergebnis dieser Verhandlungen amtliche Auskunft zu erteilen.

Was sodann die Haltung der deutschen Politik gegenüber Russland seit dem Frühjahr 1890 betrifft, so ist auch hier meinerseits eine erschöpfende Antwort nicht möglich, so lange jene Verpflichtung fortbesteht. Was in dieser Beziehung gesagt werden kann, überlasse ich dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes darzulegen, der damals an den Beratungen Theil genommen hat.

Nach sorgfältigster Prüfung des vorhandenen Materials kann ich nicht umhin, die Gründe, welche damals die deutsche Politik leiteten, als vollständig anzuerkennen. Dabei kann ich der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß eine ungünstige Veränderung in unseren Beziehungen zu Russland als Folge jener Politik sich nicht fühlbar gemacht hat. Die Behauptung, daß damals oder jetzt englische oder überhaupt auswärtige Einflüsse mitgewirkt hätten, muß ich als jeder Begründung entbehrend zurückweisen. (Hört! hört! und Bravo!) Was die Wirkung betrifft, welche die jüngsten Veröffentlichungen auf die Stellung Deutschlands im Dreibunde und sein Verhältnis zu den übrigen europäischen Mächten gehabt haben, so freue ich mich erklären zu können, daß die Wolke des Mißtrauens, welche sich im ersten Augenblick in einzelnen Schichten der Bevölkerung jener Länder gezeigt hat, (Hört! hört!) wieder verschwunden ist, und daß unser Verhältnis zu unseren Verbündeten nach wie vor getragen ist von unbedingtem gegenseitigen Vertrauen! (Bravo!) Desgleichen haben unsere Beziehungen zu Russland keinen Augenblick aufgehört, gute und freundschaftliche zu sein. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Marschall v. Bieberstein: Meine Herren, bei der Darlegung der Gründe, die im Jahre 1890 die deutsche Politik gegenüber von Russland bestimmt haben, bin ich mir der großen Schwierigkeiten meiner Aufgabe wohl bewußt. (Sehr richtig! rechts.) Sie liegen in der Sache, aber nicht nur in der Sache. Ich bitte von mir keine Enthüllungen zu erwarten. Ich habe dazu keine Ermächtigung, sie würden auch voraussichtlich nur den Streit vermehren, und an Streit haben wir genug im Lande. (Sehr richtig! rechts und aus der Mitte.) Meine Aufgabe ist die Vertretung, die Beleuchtung gewisser Angriffe, soweit deren sachliche Abwehr im allgemeinen Interesse noch außen und nach innen geboten ist. In dem jüngsten Streite sind zwei Anklagen hervorgerufen, die sich nach diametral entgegengesetzter Richtung bewegen; die eine, daß die deutsche Politik nach 1890 schwere Fehler begangen, eine wichtige Sicherung und Friedensgarantie preisgegeben habe, und die andere Anklage, die sich gegen die Politik vor 1890 richtet mit der Behauptung, daß damals mit einem anderen Staate Dinge verabredet worden seien, die im Widerspruch ständen mit den bestehenden Verträgen.

Von diesen Anklagen wiegt die letzte am schwersten; denn sie trifft uns an einer Stelle, wo wir mit einem gewissen Stolz sagen können, daß wir am empfindlichsten sind. (Sehr wahr! in der Mitte), — und darum wende ich mich zunächst gegen diese Anklage und weise mit aller Entschiedenheit den Gedanken zurück, als ob jemals von deutscher Seite mit irgend einem Staate etwas verabredet worden sei, was unvereinbar wäre mit bestehenden Verträgen. (Bravo! in der Mitte und rechts.) — Das ist nicht geschehen, nicht dem Wortlaut, auch nicht dem Geiste nach; denn was je von uns verabredet wurde, sollte dem Frieden dienen, also demselben Zweck wie unsere Verträge. Wo immer dieser Vorwurf sein Haupt erhebt, möchte ich glauben, alle Deutschen sollten zu-

sammenstehen, um ihn zurückzuweisen; denn wenn er Boden fassen könnte, er würde uns zum Schaden gereichen und nur unseren Feinden zur Freude und Genugthuung.

Zeit schwieriger ist die Abwehr der zweiten Anklage. Das Gebiet meiner Ausführungen ist eng begrenzt. Ich kann nur im Wege einer akademischen Darstellung die Gründe andeuten, warum die deutsche Politik im Jahre 1890 die bekannten Wege gegangen ist, und ich knüpfe an die jüngsten Enthüllungen und an den Grundsatz an, der dabei aufgestellt wurde, daß in den Vertragsbeziehungen zweier Länder zu einander der Grundsatz gelte, die Rückversicherung stärke die Sicherung und vermehre die Friedensgarantie. Bei aller Bewunderung des staatsmännischen Gedankens, der diese Ziele sich setzt und der in seinen letzten Konsequenzen dahin führen konnte, durch ein ganzes Netz von Defensivverträgen den allgemeinen Weltfrieden dauernd zu sichern, so wird doch der Zweifel geäußert sein, ob mit der Mehrzahl der Bündnisse und der Verträge auch der innere Werth jedes einzelnen sich steigert (sehr gut), ob nicht umgekehrt die Gefahr entstehen kann, daß unter den mehrfachen Sicherungen gerade die im entscheidenden Momente versagt, auf die es ankommt. (Sehr wahr! in der Mitte.)

Die Kriege, die gefändigerweise im Angriff geführt sind, gehören der Vergangenheit, der Geschichte an. Selbst bei den Nationen, die Grund zu haben glauben, mit ihrem Loos nicht zufrieden zu sein, besteht heute ein so tiefgehendes Friedensbedürfnis, gesteigert durch den heutigen Verkehr, durch die allgemeine Wehrpflicht, durch die Scheu vor den unbekannten Schrecken der modernen Kriege, daß jede Regierung, die zum Kriege entschlossen ist, alles aufbietet, um von sich das Odium des Angriffs abzuwehren. (Sehr wahr!) Die Entscheidung der Frage, wer ist der angreifende, wer ist der angegriffene Theil, wird also in der Jetztzeit dem freien Ermessen eines großen Spielraums gewährt, und daraus folgt, daß ein Bündnisvertrag, der wirksam werden soll im Falle eines fremden Angriffs, doch nur dann eine zuverlässige Schutzwehr bietet, wenn bei den Verbündeten in jedem Augenblick auf die Befinnung gerechnet werden darf, die ihn genügt macht, uns als die Verfechter der gerechten Sache und den Gegner als Angreifer zu betrachten. (Sehr gut!) Diese Gesinnung kann man nicht verabreden, man kann sie nicht in Paragraphen fassen, sie muß erworben, erhalten und gepflegt werden. Sie entsteht nicht mit dem Vertrag, sie braucht auch mit dessen Ablauf nicht zu verschwinden, sie beruht im letzten Grunde bei Regierenden und bei Regierten auf dem Bewußtsein, daß die Erhaltung der beiderseitigen Machtstellung ein gemeinsames Interesse ist. Sie beruht nicht zum mindesten auf der gegenseitigen vertrauensvollen Ueberzeugung, daß das, was der eine verlangt, er unweigerlich im entsprechenden Falle auch leisten werde und leisten könne. Diese Faktoren bestimmen den inneren Werth jedes Bündnisses, und es ist klar, daß diese Faktoren beinhalten und beherrscht werden durch all die Momente, die an sich geeignet sind, auf menschliche Stimmungen und menschliche Beziehungen einzuwirken. Hier ist der Punkt, wo die Lehre versagt, daß auf politische Dinge nur politische Erwägungen einwirken, und die abstrakte Formel hält gegenüber diesen Erwägungen nicht stand, daß die Rückversicherung die Versicherung stärke. Es wird stets auf die konkreten Umstände ankommen. Die nächste Frage wird immer die sein: wie wirkt die Existenz eines zweiten Bündnisses auf das erste und wie umgekehrt? Das Material zu dieser Betrachtung und zu einem Beispiel entnehme ich den jüngsten Enthüllungen. Es wird behauptet, daß bis zum Jahre 1890 zwischen Russland und Deutschland volles Einverständnis darüber bestanden habe, daß, wenn eins von ihnen angegriffen wäre, das andere wohlwollend neutral bleiben müsse. Ob das zutrifft, kann ich nicht sagen, aber ich weis, denn das ist allbekannt, daß im § 1 unseres Vertrages mit Oesterreich-Ungarn vom Jahre 1879 wir Oesterreich gegenüber verpflichtet sind, wenn es von Russland angegriffen wird, ihm mit unserer ganzen Kriegsmacht beizustehen. Diese Bestimmungen sind durchaus vereinbar. Aber wenn die Enthüllungen richtig sind, dann konnten wir in die Lage kommen, daß, wenn ein Konflikt ausbrach zwischen unseren beiden stlichen Verbündeten, in dem beide die Rolle des Angreifens sich zuschoben, wir von der einen Seite angegangen würden um wohlwollende Neutralität, von der anderen Seite um Unterstützung mit der ganzen Kriegsmacht. (Sehr gut!) Wir mußten dann die Frage entscheiden: wer ist der Angreifer, wer ist der Angegriffene? und mußten dann für den einen gegen den anderen optiren. Man sagt, das ist Theorie, so wird sich in der Praxis der Fall nie gestalten. Das gebe ich unbedingt zu. Für mich hat diese Betrachtung nur den Werth eines Beispiels, und ich sage, selbst wenn derartige Vertragsverhältnisse vollkommen klar zu Tage liegen, die bloße Möglichkeit, derartige Fälle zu konstruieren — und sie wird uns anzuschließen sein bei einem mehrfachen Vertragsverhältnis — kann bei aller Loyalität menschlich und politisch bei keinem der Verbündeten die Neigung stärken, wenn wir an das Bündnis appellieren, uns jederzeit die Interpellation zu gewähren, die unserem Interesse entspricht, und ohne die der Vertrag in werthloses Blatt Papier ist. (Sehr wahr!) Und hier zeige ich auf die schwache Stelle der Rückversicherung. Dazu kommt ein anderes. Als im Jahre 1879 der deutsche Vertrag mit Oesterreich-Ungarn geschlossen wurde, war in einer besonderen Bestimmung vorgesehen, daß trotz der Geheimhaltung des Vertrages Sr. Majestät dem Kaiser von Russland unter Umständen vertrauliche Mittheilung davon gemacht werden sollte. Die Mittheilung ist auch erfolgt. (Hört! hört!) Es genügt der Hinweis auf diesen Vorgang und dessen erkennbare Motive, um klarzustellen, daß die unbedingte Geheimhaltung von Verhandlungen doch für beide Theile die Möglichkeit von Schwierigkeiten und Mißverständnissen enthält, die Quelle werden kann von Verwirrungen, von Unruhen, von Faktionen, die auf ganz unberechenbaren Ereignissen beruhen und über die kein Theil eine Kontrolle auszuüben vermag. Wenn ein Staatsmann, wie Fürst Bismarck die Zuversicht hatte, alle derartigen Schwierigkeiten zu beheben, so bin ich wahrlich der letzte, der eine Kritik versuchen wollte. Aber ich darf es doch freimüthig aussprechen, daß die Staatskunst des Fürsten Bismarck so fest steht in der Anerkennung der ganzen gebildeten Welt, daß sie keiner Bestätigung durch die gloriosirte einer einzelnen Handlung bedarf (sehr wahr!) und daß der Dank, den jeder Deutsche dem Fürsten Bismarck für das schuldet, was er Deutschland geleistet, wahrlich nicht der Fülle bedarf von schweren Angriffen auf seinen Nachfolger. (Sehr wahr! links.)

Nach dem, was ich gesagt habe, wird jeder Unbefangene zugeben, daß die Fragen, um die es sich handelt, doch einer sehr verschiedenartigen Beurtheilung fähig sind, und er wird begreifen, daß ein Mann in verantwortlicher Stellung in so wichtigen Entscheidungen nicht auf eine Autorität

hin handelte, sondern nur auf seine innere Ueberzeugung, die er nach gewissenhafter Prüfung gefaßt hat. Wenn der Nachfolger des Fürsten Bismarck über die Rückversicherung und ihren Werth eine andere Auffassung hatte, wenn er in der unbedingten Geheimhaltung gewisse Gefahren mit Rücksicht auf die Beziehungen zu anderen Mächten sah, ja selbst zweifelhaft war, ob nicht die Friedensgarantie dadurch verringert werden könnte, so mag man diese Anschauung kritisieren und mag sie bekämpfen; aber ich meine, als die Ueberzeugung eines verdienten und gewissenhaften Mannes (Sehr richtig! aus der Mitte) ist sie doch erhaben über die mannigfaltigen, selbst böhnischen Angriffe, die man heute gegen ihn schleudert. (Sehr gut! links und aus der Mitte.) Es bedarf fürwahr nicht des unfaßbaren Begriffs englischer Einflüsse, um die Gründe zu verstehen, die damals den Reichskanzler von Capriati bewegten, in diesem Sinne die allerhöchste Stelle zu betreten. (Sehr wahr! aus der Mitte.)

Diese mehr theoretische Erörterung allein wird freilich niemanden überzeugen, man wird in der Politik auch dem Erfolge das Wort gönnen und die Frage aufwerfen: hat sich dann in der Folgezeit gezeigt, daß die damalige Politik wirklich zu einer verminderten Sicherheit, zu einer verminderten Friedensgarantie für Deutschland geführt hat? Ist denn in den 6 Jahren jemals eine acute Kriegsgefahr entstanden? Nein! Man sagt, jene Politik habe den Draht mit Russland zerrissen und die Beziehungen zu Russland verschlechtert. Ich widerspreche der Versicherung, eine Vergleichung eintreten zu lassen zwischen den Beziehungen zwischen Russland und Deutschland vor 1890 und nach 1890. (Sehr gut! links und aus der Mitte.) Diese Vergleichung ist nicht nützlich, sie kann auch zu einem positiven Ergebnis nicht führen; denn Beziehungen zwischen verschiedenen Ländern lassen sich nicht von den aktuellen Fragen lösen, welche die jeweilige Gesamtlage beherrschen. Es wird stets ein großes Verdienst des Fürsten Bismarck bleiben, daß er in den schwierigsten Zeiten es verstanden hat, unsere Beziehungen zu Russland gut und freundschaftlich zu gestalten, sie nutzbar zu machen im Sinne des Friedens und indirekt für die Interessen unserer Verbündeten. Die Geschichte wird einst dieses Verdienst noch in ein helleres Licht stellen, als es heute der Fall ist. (Bravo! rechts.) Ich meine aber, es heißt das Verdienst des Fürsten Bismarck verkleinern und unterschätzen, wenn man die Behauptung aufstellt, daß im Frühjahr 1890 diese Beziehungen keine andere Grundlage gehabt hätten als das zerbrechliche Piedestal von Abmachungen, deren Existenz alle drei Jahre in Frage stand. (Sehr richtig! links und aus der Mitte.) So liegt die Sache nicht. Unsere Beziehungen zu Russland beruhen auf einer festeren und dauerhafteren Grundlage: auf der traditionellen Freundschaft der herrschenden Familien, auf der Friedensliebe der Souveräne und der Regierungen, auf der Achtung der Verträge und den gemeinsamen Wunsch, ihnen überall Geltung zu verschaffen, auf dem Vorhandensein mancher gemeinsamen und dem Mangel aller divergirenden Interessen, und wenn einst unsere Archive geöffnet werden, dann wird es sich zeigen, daß auch nach 1890 unsere Politik mit Erfolg thätig gewesen ist, auf dieser Grundlage unsere Beziehungen zu Russland zu pflegen, daß seit jener Zeit keine einzige politische Divergenz bestand, und daß wir bei diesem Streben stets volle Gegenfeitigkeit gefunden haben; denn das ist die unumgängliche Voraussetzung aller guten Beziehungen. (Sehr richtig! in der Mitte.) Die Behauptung, die in der Presse aufgestellt wurde, wir hätten den Draht zerrissen, wird hiernach zur Begründung doch ein festes Material bedürfen als den Hinweis auf Abmachungen, von denen man selbst zugiebt, daß sie der Geschichte angehören, und den Hinweis auf englische Einflüsse, von denen ich im Zweifel bin, ob sie jemals der Geschichte angehören werden. (Weiter links.) Und dasselbe gilt bezüglich des Vorwurfs, wir hätten damals eine wichtige Schutzwehr nach Westen beseitigt. Da erinnere ich doch daran, daß im Jahre 1887 der Boulangerismus auf der höchsten Höhe stand; mit dessen Verschwinden sind auch die Gefahren zurückgetreten, die damals drohten, und die Zuversicht, daß Russland niemals eine unprovokirte Friedensstörung fördern oder unterstützen werde, ist heute ebenso fest wie damals.

Man sucht dann die deutsche Politik von 1890 verantworten zu machen für die heutige Gruppirung der Mächte. Auch dieser Vorwurf ist nicht begründet. Der Gedanke, daß ein Vertrag des Inhalts, wie er kürzlich entfällt worden ist, im Stande sei, den Keil zu bilden zwischen zwei großen Nationen, die vielfach gemeinsame friedliche Interessen besitzen innerhalb Europa's und außerhalb Europa's, daß ein solcher Vertrag dem einen Staat ein Äquivalent bieten könnte für alles das, was er von der gemeinsamen Vertretung jener Interessen erwarten kann, das ist doch eine gewaltige Ueberschätzung, und der Nachweis wäre nicht schwer zu liefern, daß in früherer Zeit man von solchen Abmachungen eine viel kleinere Idee gehabt hat. In jenem Vorwurf liegt aber ein merkwürdiger Widerspruch. Man rühmt die Staatskunst, die es verstanden hat, neben unseren Verträgen einen anderen Vertrag mit einer dritten Macht zu schließen; aber man rühmt gleichzeitig, daß dadurch die dritte Macht außer Stande gesetzt worden sei, neben diesem Vertrag noch einen anderen zu schließen. (Sehr gut! links.) Ja, wenn uns der Dreibund nicht verhinderte, eine Abmachung zu treffen mit einer dritten Macht, warum soll denn die dritte Macht verhindert sein, mit einer anderen Macht Annäherung zu sichern, dort die Rückversicherung zu suchen (sehr gut! links und in der Mitte), von der wir das Beispiel gegeben haben? Wenn jene dritte Macht zu einer vierten in ein ebenso intimes Verhältnis getreten wäre, wie wir es zum Dreibund waren, wir hätten uns darüber nicht erlauben, wir hätten uns nicht beklagen dürfen. Die Beziehungen zwischen Russland und Frankreich datiren doch nicht vom Jahre 1890, sie liegen in ihren Anfängen zurück bis in die 70er Jahre; sie haben sich seitdem entwickelt Hand in Hand mit der allmählichen Konsolidierung der staatsrechtlichen Verhältnisse Frankreichs, mit der Erkenntnis gemeinsamer Interessen, und die Entwicklung hat auch vor dem Jahre 1890 keinen Augenblick stillgestanden; ja sie hat damals in höherem Maße als jetzt das Augenmerk politischer und auch militärischer Kreise auf sich gezogen. (Hört, hört!) Der Gedanke, daß es die Aufgabe der deutschen Politik sein könne, zwei große Nationen zu trennen, hat niemals bestanden; es würde uns Opfer kosten, die wir nicht leisten könnten, und würde uns abdrängen aus unseren bewährten Bahnen. Die Vorwürfe und Klagen, die heute in dieser Beziehung gegen die deutsche Politik des Jahres 1890 erhoben worden, sie haben noch eine ganz andere erste Seite: sie vindiciren jenen Beziehungen eine Bedeutung, die bisher nur unsere Feinde im Auslande vergeblich diesen Beziehungen beizulegen versuchten. (Hört! hört!) Darin liegt die Warnung, wir möchten zurücklehren zu der ruhigen, beobachtenden Haltung, die der Sachlage und unserer Würde entspricht. Ich will auf politische Kombinationen nicht eingehen, nur einen Gedanken aussprechen, daß gerade die Fragen, die heute im Vordergrund des politischen Interesses stehen, und deren Lösung voraussichtlich Jahre in Anspruch nehmen wird, daß sie höchst unwahrscheinlich machen, daß eine den

Kontinentalmächte einen Streitfall schaffen wollte, dessen unmittelbare Folge wäre, daß die Gruppe der kontinentalen Mächte sich kompensieren und ihre Kräfte lahm legen zur thätigen Mitwirkung bei der Lösung jener Fragen. Auf der anderen Seite bietet gerade die Entwicklung unserer überseeischen Interessen vornehmlich in der Zukunft Gelegenheit, mit denselben Mächten wieder zusammen zu gehen, mit denen wir im vorigen Jahre zusammen gegangen sind.

Damit bin ich mit meinen Ausführungen zu Ende. Sie werden selbstredend der Kritik anheimfallen. Ich war nach bestem Willen bestrebt, nichts zu sagen, was einen Streit verbittern könnte, der niemandem frommt, und aus dem ich trotz allem Bemühen außer Stande bin, einen praktisch brauchbaren Kern herauszuschälen. (Sehr richtig!) Die Linie der deutschen Politik ist klar vorgezeichnet; treues, unentwegtes Festhalten an unseren Bündnissen mit Oesterreich-Ungarn und mit Italien (Bravo!), Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland auf der Grundlage, die ich vorhin angab, Erhaltung guter und freundlicher Beziehungen mit anderen Mächten in Achtung ihrer Rechte und nach Maßgabe der Achtung, die sie unseren Rechten gewähren. (Sehr gut! und Bravo!) Bereitwilligkeit aller Zeit, unsere Machtstellung in die Waagschale des Friedens zu legen. (Behäfter Beifall.) Gesüßt auf diese Politik, zuversichtlich vertrauensvoll auf unsere Beherrschung und alle Zeit entschlossen, nach außen hin die Einheit zu bekunden, die wir unserem großen Kaiser und seinem ersten Staatsmann verdanken, ist für den Deutschen auch heute kein Anlaß zu irgend einer Beforgnis. Wir können getroßt und der Pflege unserer realen und idealen Güter widmen und voll Zuversicht in die Zukunft schauen. (Behäfter Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Sieber (B.), der vom Hause mit Ausnahme der Konservativen unterstützt wird, tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Sieber (B.) spricht seine Freude über die Beantwortung der Interpellation aus und erklärt, daß er dem Beispiele folgen und alles vermeiden wolle, was den Streit verstärken und die Uneinigkeit nach außen hervortreten lassen könnte. Es solle den verbündeten Mächten und der gesammten europäischen Bevölkerung gezeigt werden, daß das deutsche Volk gesonnen ist, vertragstreue dem Frieden zu dienen. Nach der Antwort scheidet ein großer Theil der Beforgnisse, welche sich an die Erdörterung knüpfen, von vornherein aus. Der Reichskanzler hat erklärt, daß er über die unter unbedingter Geheimhaltung gepflogenen Verhandlungen keine Aufklärung geben könne. Die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes über die Zeit vor 1890 waren überall sorgfältig hypothetischer Natur. Wir sind dadurch außer Stand gesetzt, auf diese Dinge hier im Reichstage näher einzugehen, wenn wir nicht von vornherein die gute Absicht verleugnen wollen, was an uns liegt, die verbündeten Regierungen zu unterstützen und die Friedensliebe Deutschlands im Auslande erkennen zu lassen. In den Erklärungen des Reichskanzlers war von Wichtigkeit die bestimmte Versicherung, daß die seit 1890 eingehaltene Politik Rußland gegenüber keinerlei ungünstige Veränderungen in den Beziehungen zu Rußland zur Folge gehabt habe. Nicht minder beruhigend, wenn auch etwas mehr überraschend war die runde Inabredestellung von Behauptungen, die erst jetzt wieder in der Presse laut geworden sind, die Versicherung, es seien keinerlei englische Einflüsse maßgebend gewesen. Ich hoffe, daß diese runde und nette Versicherung des Reichskanzlers nunmehr endlich die stets wiederkehrende Behauptung beseitigen wird, daß englische Lasten auf deutsche Schultern gebürdet seien. Für uns als Mitglieder des Reichstags war von besonderem Werth die Versicherung, daß die Völker des Mittrauens, die sich in den verbündeten Staaten gezeigt haben, inzwischen verschwunden sind. Gerade der Bevölkerung der verbündeten Staaten mußte die Ueberzeugung gegeben werden, daß das deutsche Volk gesonnen ist, die eigene und die verbündeten Regierungen zu unterstützen und damit den Bestand des Dreibundes und des europäischen Friedens zu sichern. Denn die Zeiten sind vorbei, wo Bündnisse ausschließlich auf dem guten Willen der Regierungen beruhen. Der Herr Staatssekretär hat erklärt, daß kein Vertrag abgeschlossen sei, der den bestehenden Verträgen widersprochen hätte. Wenn wirklich ein Abkommen geschlossen wäre, wie es die „Hamburger Nachrichten“ behaupten, so würde das nicht den Empfindungen entsprechen haben, von denen der Herr Staatssekretär sprach. (Widerspruch bei den Nationalliberalen und auf der Rechten.) Da hätte die hohe Diplomatie sich in Widerspruch gesetzt mit der Volksmeinung. Unserer Meinung nach hätten derartige Abkommen nicht abgeschlossen werden sollen und können nicht mehr abgeschlossen werden in Zukunft, so lange der Dreibund besteht. Ich streue mich, daß das alte Vertrauen zur deutschen Treue sich wieder gefestigt hat. Das Vertrauen wäre nicht erschüttert worden, wenn diese Enthaltungen statt auf dem Redaktionstisch der „Hamburger Nachrichten“ auf dem des „Vorwärts“ sich gefunden hätten. (Sehr richtig! links.) Wir stehen fest zu dem Grundsatze: Deutschland muß sein der Freund der Freunde unserer Freunde und der Feind der Feinde unserer Freunde. (Beifall.)

Abg. v. Manteuffel (L.): Ich glaube im Namen aller meiner politischen Freunde aussprechen zu können, daß bei uns von Beunruhigung thatsächlich niemals die Rede war (Gelächter bei allen Parteien mit Ausnahme der Konservativen und Nationalliberalen), und auch sonstwo haben wir keine Beunruhigung gemerkt (Widerspruch links und im Centrum). Die ersten Wollen der Beunruhigung haben sich sehr bald wieder zerstreut. Der Vorredner hat die Hoffnung ausgesprochen, daß in Zukunft ein solcher Rückversicherungsvertrag nicht wieder abgeschlossen werden würde. Auf diesem Standpunkt stehe ich mit meinen Freunden nicht. Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß das Rückversicherungsverhältnis bestanden hat zu unserem Besten und zum Besten des europäischen Friedens; deshalb sehe ich nicht ein, weshalb man nicht wieder dazu greifen sollte (Widerspruch) im Interesse des europäischen Friedens, an dem doch allen gelegen sein muß (Weiterkeit). Meines Wissens haben doch die verbündeten Regierungen von diesem Rückversicherungsvertrag Kenntnis gehabt. (Widerspruch links und im Centrum.) Es mußte der Rückversicherungsvertrag sogar dem Dreibund das Zeugnis ausstellen, daß er wirklich nur eine defensive Bedeutung hatte. Die ganze Theorie des Staatssekretärs des Aeußeren über die Beziehungen der Staaten unter einander war eine ungemein geistreiche, aber in der Praxis wird es sich niemals so gestalten, wie er ausgeführt hat, und die Geschichte wird ihm auch nicht recht geben und solche Bündnisse werden in der Geschichte immer als von höchstem Werthe erkannt werden. Bezüglich der Interpellation selbst sind wir dankbar für die Aufklärung, daß irgend welche Störungen sich nicht ergeben haben, daß namentlich englische Einflüsse nicht maßgebend gewesen sind. Ich bin auch dankbar dafür, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland die denkbar besten sind. Ich lege darauf einen besonderen Werth. Ich denke, das Einvernehmen der beiden Monarchen, welches wir in Breslau erlebt haben, ist von hoher Bedeutung, und was in Frankreich geschehen ist, hat das nicht beeinträchtigt. Die Beziehungen zwischen Deutschland bezw. dem Dreibund einerseits und Rußland andererseits sind sehr viel werthvoller als die Beziehungen zu allen anderen Staaten, weil wir in Rußland mit einer starken Monarchie zu thun haben, während die leitenden Männer anderer Staaten von den dortigen Parlamenten abhängig sind, und das ist ein sehr unsicheres Substrat. Unter den bestehenden Verhältnissen kann Deutschland seine Aufgabe erfüllen, ein Wahrer des Friedens zu sein. (Beifall rechts.)

Abg. Enneccerus (natl.): Ich bin dankbar dafür, daß niemals ein Vertrag stattgefunden hat, der der Vertragstreue widersprochen hätte. Diese Stelle der Rede des Reichskanzlers bezog sich zweifellos auf den Neutralitätsvertrag mit Rußland, dessen Dasein der Reichskanzler nicht anerkennen konnte, an dessen Dasein wir aber glauben, den wir für keine Erschütterung, sondern für eine Befestigung des Dreibundes halten. Meine Freunde stimmen dieser Anschauung einmüthig und mit großer Freude zu. An der vollen Vertragstreue der deutschen Regierung kann kein Zweifel bestehen, und in der Erklärung des Herrn Staatssekretärs sehen meine Freunde eine volle Bestätigung ihrer Auffassung. Meine Freunde haben die Erklärung über das treue Festhalten am Dreibund und die weitere Pflege guter Beziehungen zu Rußland mit Befriedigung aufgenommen.

Abg. v. Gillingen: Die Reichspartei wird sich an diesen Besprechungen nur dann betheiligen, wenn sich die Nothwendigkeit herausstellen sollte, ungerechtfertigte Angriffe zurückzuweisen. (Zustimmung rechts, Lachen links.)

Abg. Richter (fr. Sp.): Es kommt nicht bloß darauf an, daß die Regierungen selbst ihre Meinungen unter einander verständigen, sondern auch daß die öffentliche Meinung zum Wort kommt, wie sie durch die Parlamente vertreten ist. Freiherr v. Manteuffel hat sich freilich sehr obfällig über Parlamentarismus ausgesprochen, er hat mehr Vertrauen zum Absolutismus in bezug auf die äußere Politik. Warum nicht auch in bezug auf die innere Politik? (Weiterkeit links.) Eine Regierung, welche sich auf das Volk stützt, ist besser als eine absolutistische, wo der ganze Rückhalt auf die Krone eines einzelnen Mannes gestützt ist. (Sehr richtig! links.) Die Festigkeit des Dreibundes beruht auf den dauernden gemeinsamen Interessen der Völker. Wir haben dem Fürsten Bismarck in mancher Beziehung entgegengetreten müssen, aber wir haben den Abschluß des Dreibundes als eine glückliche That für Deutschland betrachten müssen. Um so peinlicher war der Einbruch der Enthaltungen der „Hamburger Nachrichten“, der allerdings dadurch abgeschwächt wurde, daß auch verrathen wurde, daß der Vertrag mit Rußland nicht wieder erneuert sei. Die Verwerfung, die Beurtheilung solcher Rückversicherungsverträge ist um so notwendiger, damit keine Konsequenzen gezogen werden. In Italien giebt es Behauptungen, welche für Italien freie Hand verlangen. Jedermann hat es für selbstverständlich erachtet, daß wir nach den Handelsverträgen mit Oesterreich und Italien auch einen solchen mit Rußland abschließen mußten. Niemand wird es Italien verdenken, wenn es mit Frankreich einen Handelsvertrag abschließt. Auch politische Verträge sind nicht ausgeschlossen. Aber es giebt eine Grenze für solche Sonderverträge; Verträge, welche die Stellung der Dreibundstaaten untereinander zu verschärfen geeignet sind, müssen den Dreibundstaaten mitgetheilt werden. (Sehr richtig! links.) Fürst Bismarck scheint seinen Freunden im Reichstage nicht recht getraut zu haben bezüglich seiner Vertheidigung (Weiterkeit), er hat selbst das Wort genommen einem Interviewer gegenüber, über dessen Unterhaltung das „Neue Wiener Tageblatt“ berichtet. Der Graf Bismarck, den wir ja zu unserer Freude heute unter uns sehen, kann ja das Falsche berichtigen. Wenn Fürst Bismarck der Meinung ist, daß er den geheimen Vertrag veröffentlichen kann, so macht er sich selbst den Vorwurf des Vertrauensbruchs Rußland gegenüber. (Zustimmung links.) Der Herr Staatssekretär hat mit recht geschildert, welche präläre Lage durch Rückversicherungsverträge entsteht. Für Oesterreich-Ungarn ist die Balkan-Halbinsel die Weiterrede. Es kann Oesterreich in eine Lage kommen, die es zwingt, formell selbst zum Angriff überzugehen. Unsere Interessen sind dort mit den österreichischen nicht identisch. Aber wir haben das Interesse, dort freie Hand zu behalten, und diese freie Hand ist gefesselt worden durch die deutsch-russischen Affekurationsverträge. Was wäre geschehen, wenn der Verrat erfolgt wäre zur Zeit, als der Affekurationsvertrag noch in Kraft war. Er hätte wie eine Sprengbombe auf den Dreibund gewirkt. Es war alles in die Hand des Zaren gegeben gewesen; der Zar hätte im Kriegefall den Vertrag veröffentlichen können, wie andere diplomatische Aktenstücke veröffentlicht sind, und er hätte den Dreibund dadurch gesprengt. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Als der Vertrag 1884 geschlossen wäre, würden die russischen Anleihen von der Seehandlung begeben; das war ein Fehler, aber ein noch größerer Fehler war das Verbot der Bombardirung russischer Anleihen. Die Massenweisung russischer Bauern war auch nicht den Frieden befördernd. Geantwortet hat man mit der Verfolgung des Deutschthums in Rußland. Den Zollerhöhungen Deutschlands folgten die Zollerhöhungen Rußlands. Die damaligen Beziehungen hatten eine sehr frostige Natur; Handel und Wandel litten darunter und der Boulangismus hat gerade infolgedessen sich bemerkbar gemacht. Damals mußte Fürst Bismarck dem Zaren den Beweis liefern, daß er die Depeschen in der bulgarischen Angelegenheit nicht versandt hatte. Wahrscheinlich nahm der Zar an, daß ein solcher Freund der Rückversicherung noch eine vierte Rückversicherung abgeschlossen hätte. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Zu dem Fürsten Bismarck als dem sogenannten ehrlichen Makler hatte Rußland seit dem Kongreß ein so besonderes Mißtrauen, daß es den Rückversicherungsvertrag abschloß, und durch die Entfernung des Fürsten Bismarck fiel jeder Grund zu einem solchen Vertrag. (Weiterkeit.) Wenn die Konservativen ihre Genugthuung über die guten Beziehungen zu Rußland ausgesprochen haben, Ihr Verdienst (zu den Konservativen gewendet) ist es nicht, sondern das Verdienst des Grafen Caprivi, der den Handelsvertrag abgeschlossen hat, dessen Abschluß dem Fürsten Bismarck nicht gelungen ist. (Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Graf Caprivi hat die alten Beziehungen wieder angeknüpft. Wenn Fürst Bismarck meint, daß der Faden mit Petersburg abgerissen sei, so will mir fast scheinen, daß man zu freundlich zu Rußland ist. (Sehr richtig! rechts.) Welcher Grund lag für den Fürsten Bismarck vor, dieses Staatsgeheimnis zu verrathen? Was die Presse des Fürsten Bismarck dann veröffentlicht hat, reicht nicht aus, ihn zu rechtfertigen. Das hat er auch wohl selbst eingesehen. Seine Presse äußerte sich dahin, daß die Veröffentlichungen abklärend wirken sollten auf die Vereinbarung zwischen Rußland und Frankreich. Die Veröffentlichung eines alten Vertrages wirkt nicht abklärend auf gegenwärtige Liebesverbindungen. (Sehr richtig! links.) Rußland gegenüber war der Bruch des Geheimnisses eine unfreudliche Art des Sich-in-Erinnerung-Bringens. Die Verdächtigungen über englische Einflüsse u. s. w., welche durch keine Thatsache bestätigt werden, sind die schlimmsten Verdächtigungen. Die leitenden Personen erscheinen dadurch in einem so ungünstigen Lichte, wie man sich nur denken kann. Ich fordere den Grafen Bismarck auf, seinen Vater zu vertheidigen und den Beweis für die Verdächtigungen zu versuchen. Seit 6 Jahren lebt Fürst Bismarck fern von der Politik. Komme auf Grund solchen Rathes hier solche Vorwürfe erheben gegen die Regierung und höher hinaus (Widerspruch rechts). Diese Angriffe stellen die Krone hin als Marionette englischer Einflüsse. (Sehr richtig! links.) Dagegen muß ich mich verwahren, wenn ich auch kein Freund der Regierung bin. (Zustimmung links.) Wir können nur urtheilen nach dem was wir sehen, und danach sind diese Anlagen durchaus unbedeutend. Fürst Bismarck sprach von einer Depressio, die nach den Breslauer Kaisertagen eingetreten sei. Ich bin umgekehrt der Meinung gewesen, daß der Optimismus nicht berechtigt war, der sich gezeigt hat, denn ich bin nicht der Meinung, daß der Kaiser von Rußland keine Truppen bloß unterhält zum Schutz der heiligsten Güter Europa's. Die überseeischen Interessen, die uns vielleicht mit England in Widerspruch setzen, haben lange nicht die Bedeutung wie die europäischen gemeinsamen Interessen. Die Veröffentlichungen haben gewirkt wie der Schuß mit einer 26-Zentimeter-Kanone in die Dunkelheit. Wenn der Schuß kein Unheil angerichtet hat, so ist es das Verdienst des Schützen nicht. Ob die Strafgesetzebestimmungen anwendbar sind, ist nicht zu er-

tern. Mit Rücksicht auf das hohe Alter und auf das Verdienst des Fürsten Bismarck muß hier Gnade vor Recht ergehen. (Widerspruch rechts und bei den Nationalliberalen.) Fürst Bismarck spricht von den Angriffen der Demokraten und der offiziellen Demokraten; das sind dieselben Organe, welche ihm jahrelang treu gedient haben. Die Presse hat sich jahrelang mit dem Fürsten Bismarck weniger als je befaßt, und die freisinnige Presse kann ihr Kritikbedürfnis der gegenwärtigen Regierung gegenüber vollaus befriedigen. Sie braucht nicht in die Vergangenheit zurückzugreifen, die nur historisches Interesse hat. Wenn aus der alten Kasettenliste ein Branders losgeschossen wird, so eilen nur diejenigen herbei, welche ihn für feuergefährlich halten. (Weiterkeit.) Ich bin weit entfernt, die Haltung der Parteien im Reichstage zusammenzuhalten mit dem, was im Lande geschieht. Die Zurückhaltung der drei Parteien beweist, daß sie mit ihrer Vergangenheit nicht brechen wollen, aber auch den Fürsten Bismarck nicht vertheidigen können. (Widerspruch.) Sie wünschen, es wäre Abend, und es wäre alles erst vorüber. (Weiterkeit.) Nur die Antisemiten sind es, die noch geschlossen dem Fürsten Bismarck huldbig, soweit ist der Bismarckkultus zurückgekommen. (Widerspruch.) Die unartikulirten Laute beweisen nichts. Wir sind niemals die Feinde des Fürsten Bismarck gewesen (Widerspruch), wir sind seine Gegner gewesen. Fürst Bismarck mag sich betheiligen an den öffentlichen Dingen, wo er will, bei den Handelsverträgen, bei der Doppelwährung, kurz bei dem ganzen Ressort des Bundes der Landwirthe, aber er mag dasjenige, was er uns immer empfohlen, für sich selbst beherzigen, aber in auswärtigen Angelegenheiten mag er die Zurückhaltung beachten, die wir zu beachten immer als patriotische Pflicht empfunden haben. (Beifall links.)

Abg. Graf Mirbach (L.): Wir sind dem Fürsten Bismarck dankbar wie früher. Er ist ein Mensch wie jeder andere; er hat seine Schwächen, aber die Lichtseiten seines Charakters sind so groß, daß jeder deutsche Mann ihm zum tiefsten Danke verpflichtet ist. (Beifall rechts.) Ich weiß nicht, ob Graf Bismarck dem Vorredner antworten wird; ich würde es verstehen, wenn er es nicht thut. (Sehr richtig! rechts.) In seinem Namen kann ich aber erklären, daß er das Interview, welches im „Neuen Wiener Tageblatt“ veröffentlicht ist, für apokryph hält. Und auf solche Akten basirt Herr Richter seine Angriffe. Aus dem Verhalten Deutschlands, welches 1878 treu dem russischen Reiche zur Seite stand, können keine Vorwürfe gegen den Fürsten Bismarck hergeleitet werden. Bei den Handelsverträgen sind wir allerdings viel zu freundlich Rußland gegenüber gewesen; Handelsverträge sollten nicht von politischen Tendenzen unterstüzt werden. Das war ein Fehler des Grafen Caprivi. Jedenfalls ziehe ich das System Bismarck dem System Richter vor. (Zustimmung rechts.) Die Veröffentlichungen der „Hamburger Nachrichten“ kann nur derjenige richtig beurtheilen, der die Fäden der europäischen Politik kennt. Aber das wird niemand behaupten können, daß kleinliche persönliche Motive ihn geleitet haben. (Zustimmung rechts.) Wenn gewisse Blätter den Versuch machen, den Kundgebungen der „Hamburger Nachrichten“ eine Spitze zu geben gegen eine gewisse Stelle, die außerhalb der Diskussion steht, so ist das der Gipfel der Unverschämtheit (Beifall rechts; Widerspruch links). Das ist nur dazu geeignet, das monarchische Gefühl zu untergraben. Fürst Bismarck hat unter Einsetzung seines Vermögens und seines Kopfes das Fundament des Deutschen Reiches, ein starkes preussisches Königthum geschaffen. (Zustimmung rechts.) Das waren unsrerliche Verdienste, und ich muß dagegen Protest erheben, daß er gegen die Krone seine Angriffe hätte richten wollen. Wer so etwas geleistet hat, bleibt bis in sein letztes Lebensalter Monarchist. (Behäfter Beifall rechts.) Man hat sich etwas herostratischen Ruhm erwerben wollen, und das gönne ich den Herren gern. (Beifall rechts.)

Abg. Liebknecht (Soj.): Ich streue mich, daß die Debatte den engen Rahmen, in dem sie sich anfangs bewegte, verlassen hat. Von Bismarck'schen Enthaltungen zu sprechen, ohne ihn selbst zu nennen, ist unmöglich. Der Reichstag darf sich nicht den Mund verbandeln und dazu herabwürdigen lassen, eine Sache mit Sammethandschuhen anzufassen, welche die ganze Welt aufgeregt hat. Erwarten Sie nicht, daß ich mich gegen die Person des Fürsten Bismarck besonders ereifern werde. Nur meine Partei ist über diese Veröffentlichungen, über dieses Herostrathum nicht in Aufregung gekommen. Es ist derselbe Fürst Bismarck, der uns den Bruderkrieg von 1866 brachte, der die Emser Depesche so redigirte, daß aus der Chanade eine Fausare wurde. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Für uns ist Bismarck das Produkt der Verhältnisse. In Frankreich Napoleon, in Italien Crispi, in Deutschland Bismarck. Das liegt in der Tendenz des heutigen Kapitalismus; wäre Bismarck nicht gekommen, so wäre ein anderer gekommen. Die Bourgeoisie brauchte die Einigung Deutschlands zu wirtschaftlichen Maßnahmen und sie jubelte ihm zu, obwohl sie ihn anfangs angriff. Man hat bestritten, daß es sich um Entfaltungen eines geheimen Vertrages gehandelt hätte. Das widerspricht dem gesunden Menschenverstande. Dieser Vertrag enthielt einen solchen Treubruch gegenüber Oesterreich (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), daß die österreichische Regierung, wenn ihr dieser Vertrag bekannt geworden wäre, sofort den Dreibunds-Vertrag als werthloses Papier hätte zurückweisen müssen. Thatsächlich sagte denn auch ein Mann des Generalstabes im „Pester Lloyd“: „Das war Verrat.“ Es war zugleich der Verrat eines Verbündeten. Beide Verträge sollen ein Muster der Genialität des Fürsten Bismarck gewesen sein. Das ist die Praxis der Kennbahnen und Spielhöllen, wo man große Wetten macht und sich durch Gegenwärtigen gegen zu große Verluste schützt. Solche Machenschaften führen vor den Staatsanwalt, ins Gefängnis, denn sie sind unehrenhaft. Man hat gesagt, Fürst Bismarck habe bei den Enthaltungen keine persönlichen Motive gehabt. Nun, dann waren es die Motive eines bewußten Verräthers (Weiterkeit rechts). Bloß Nachsucht hat es eingegeben, und es zu entschuldigen vom persönlichen Standpunkte aus ist unmöglich. Bismarck hatte schon 1862 das Programm, Oesterreich aus Deutschland herauszubringen unter wohlwollender Neutralität Frankreichs und Rußlands. Er hatte freundliche Beziehungen zu Napoleon unterhalten, schon als er noch nicht Minister war und er hatte Neigung nach Rußland hin, seinem politischen Ideal. 1865 war Bismarck in Biarritz bei Napoleon und verscherte sich seiner Neutralität gegenüber dem österreichischen Bruderstaat. (Ost! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann sicherte man sich durch einen neuen Vertrag mit Rußland gegen Frankreich. Man hatte so eine Rückendeckung, um Frankreich anzugreifen zu können. Die Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen mußte in Frankreich die brennende Begier hervorrufen, diese Länder wiederzugewinnen und sich nach Bundesgenossen umzusehen. Marx hatte vorausgesagt, daß, wenn man nicht auf die eine oder andere Weise Frankreich mit Deutschland versöhne, Frankreich nothwendigerweise in die Arme Rußlands treiben müßte. Diese geniale Voraussehung ist eingetroffen.

Von 1875 ab nahm das Gespann einer russisch-französischen Allianz immer greifbarere Gestalt an. Bismarck suchte es durch alle möglichen Gefälligkeiten gegen Rußland zu befestigen. Der türkische Krieg, der mehr mit der Waffe des Rubels als mit Waffengewalt vorging, zwang Rußland, einen Kongreß nach Berlin zu berufen, in welchem sich Bismarck als der ehrliche Makler hinstellte, der ihn aber in die Enge brachte zwischen Rußland und England. Rußland wurde des größten Theils dessen, was es im Präliminarfrieden von San Stefano bekommen hatte, beraubt, und der Haß der russischen Staatsmänner richtete sich nun gegen Bismarck. Bismarck ist nun genöthigt, das bisher so gehegte Oesterreich wieder heranzuholen. 1879 wurde der Vertrag mit Oesterreich geschlossen, und seitdem gravitirt nun Fürst Bismarck zwischen Rußland und Oesterreich.

Er sagt, der Draht sei erst 1860 zwischen Rußland und Deutschland geschnitten worden. Am 6. Februar 1886 äußerte sich aber Bismarck dahin, man wolle unsere Politik in den Dienst der russischen Politik stellen, wie sollten gegen unsern Willen mit Rußland in Streit gebracht werden. Dieser Streit steigerte sich bis zu vollständigen Kriegsdrohungen von der kompetentesten Seite. Die etwas komische, aber nicht originale Phrase „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts auf der Welt“, richtete sich gegen Rußland mehr als gegen Frankreich. Nachdem dies alles geschehen war, blieb dem Grafen Caprioli keine Möglichkeit, den Draht zu zerschneiden, wohl aber konnte er einen Vertrag zerreißeln, von dem er nicht annehmen konnte, daß, wenn er bekannt würde, der Glaube an die Vertragstreue und Loyalität Deutschlands dadurch vermehrt werden könnte.

Ueber die Wirkungen der Enthaltungen auf die anderen Mächte haben die Vertreter der Regierungen die günstigsten Versicherungen gegeben. Natürlich, denn eigentlich hatte Bismarck nur sich selbst denunziert, aber er hatte seine Nachfolger in die angenehme Lage gebracht, seinen beiden Verbündeten gegenüber als ehrlicher Mann dazustehen. Weislich gesagt, ist unsere Partei diejenige, welche am meisten den Frieden will. Der Friede ist für die gedeihliche Entwicklung Deutschlands notwendig, und nur solche Parteien, die im Trüben fischen wollen, die die Nation übervothellen wollen, haben ein Interesse an diesem Geschehen und eventuell auch am Kriege. Auch von Italien will ich nicht reden, aber daß wir ohne Oesterreich einen Kampf gegen Rußland nicht bestehen können, versteht sich von selbst.

Man spricht von einem Jidjakkurs, es ist aber seitdem ein neuer Dreieck geschlossen worden, veranlaßt durch den Frieden zwischen Japan und China, und diesen Bund hat Deutschland mit Rußland und Frankreich geschlossen. Wenn es aber nun zwischen Japan und China zum Kriege käme und England hinter Japan stände, so würde Deutschland genöthigt sein, für Rußland und mit Frankreich zusammenzugehen, so wäre Oesterreich wiederum preisgegeben. Dieser Vertrag bedarf durchaus der Erläuterung und am allerbesten der Beilegung. Es ist natürlich, daß das im Niedergang begriffene Bürgerthum, welches zur Kapitalistenklasse geworden ist, sich stark Menschen sucht, Uebermenschen, die überall jenseits von Gut und Böse sind und es mit der gemeinen menschlichen Moral eben nicht so sehr genau nehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Ödhe Napoleon in Frankreich ist zertrümmert; der Ödhe Crispien — es giebt kaum ein Verbrechen des Strafgesetzbuches, dessen er sich nicht schuldig machte — ist jetzt auch zerbrochen. Das diejenigen auf dem Ödhe Bismarck herumtrampeln, die ihm früher Beifall klatschten, billigen wir Sozialdemokraten sicher nicht. Wir haben ihn immer so beurtheilt wie heute. Was er that, that er als Bevollmächtigter der bürgerlichen Gesellschaft, des Kapitalismus.

Die politische Lage ist gegenwärtig nichts weniger als beruhigend. Alles ist verworren. Ob ein direkter Vertrag zwischen Rußland und Frankreich besteht, weiß ich so wenig wie wahrscheinlich irgend einer im Hause. Der Dreieck ist keineswegs eine absolute Garantie des Friedens; England steht vereinsamt da und gerade die Presse bekämpft es heftig. Da möchte ich fragen, und hier appellire ich an den wirklichen Patriotismus, wenn es nun zum Kriege kommt, wenn wir gegen Rußland und gegen Frankreich zu kämpfen haben, wenn die Flotte beider Staaten die deutsche in den ersten Tagen wegschlagen wird, wie will da Deutschland sich verproviantiren? Da giebt es nicht bloß eine Million Hüben und Dröben, sondern es giebt in 8 bis 14 Tagen vielleicht zehn Millionen. Wie nun die versorgen? Dann sind uns die Länder verschlossen, die uns und Europa Getreide liefern können. (Sachen rechts.) Da lachen Sie, das ist Ihr Patriotismus. Ja, wenn England auf deutscher Seite stände, dann wären alle diese Schwierigkeiten gehoben. Es fällt mir nicht ein, zu sagen, wir sollen England nachlaufen, aber warum der Haß gegen England?

Bei der Behandlung der türkischen Frage hat seit dem Zusammenbruch Ihres Ödhen die Diplomatie vollständig Bankrott gemacht. Es war ein unfreiwilliges Verdienst des Fürsten Bismarck, daß er wie eine elektrische Lampe in diesen Degenkessel, in diese schmutzige Kasse, in welcher die Diplomatie die hohe Politik machte, hineingeleuchtet hat. Er hat den Völkern gezeigt, wie heutzutage ihre Geschicke regiert werden, wie es mit der Moral steht in den höchsten Kreisen.

Da muß eine neue Moral kommen. Es müssen neue Grundsätze für die Politik kommen. Schon 1864 wurde von der internationalen Arbeiter-Assoziation ausgesprochen: Auch in der hohen Politik muß die Moral der bürgerlichen Gesellschaft, die gemeine, ehrliche Moral, herrschen. Alle geheimen Verträge sind zu verwerfen und jede Regierung muß in Anklagezustand verfaßt werden, welche geheime Verträge abschließt. So hat der letzte internationale Kongress in London beschloffen. Die Amerikaner, die bloß eine öffentliche Politik haben, haben die erfolgreichste Diplomatie und die schnellsten Fortschritte unter allen Völkern der Erde; Treu und Glauben muß unter den Völkern herrschen nach dem Grundgesetz, was dem einen Volke recht ist, muß auch dem anderen recht sein. Gleichheit der Menschen, Gerechtigkeit nach allen Seiten, nicht mehr Gewaltthaten; die alte Ehrlichkeit ist die beste Politik. Diese Politik vertritt die Sozialdemokratie. Das ist das Motto, das ist die Politik einer Nation, einer wirklich heiligen Allianz. Da sagt man uns jetzt, und das ist neulich von einem englischen Minister erklärt worden, daß Europa sich jetzt darin einigt, gegen die Türkei eine humane Lösung zu finden. Nun frage ich, wenn man einig ist und die Regierungen der Armenier und der Türken verhindern will, kann das sehr schwer sein? Aber Ehrlichkeit herrscht bei keiner der großen Mächte; kein Diplomat, kein Staat traut dem andern, einer arbeitet gegen den andern, und die Regierungen, die man öffentlich mit Krokodilstränen beneidet, sind wesentlich mit Schuld der europäischen Mächte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die politisch darans Kapital schlagen wollen durch diese Regierungen, weil sie glauben, von der Türkei wieder ein größeres Stück stehlen zu können als der andere.

Mit dieser Spitzbuben- und Räubermental muß endlich einmal gebrochen werden, und das ist auch die Politik der Sozialdemokraten, die schließlich die Billigung der Völker haben will, die einzige, welche uns den Frieden verbürgt auf dem Boden der Freiheit und Gleichheit. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff (Rp.): Gegen Herrn Liebknecht will ich nichts sagen, man kann ihn wirklich nicht ernsthaft nehmen, wenn er Bismarck einen großen Verbrecher nennt. Auf die Erklärungen der Regierung über die Verträge will ich nicht eingehen, wieweil sie nicht ganz unbedenklich sind. Die Kritiker sind zu klein, um den Maßstab für die Größe eines Staatsmannes, wie des Fürsten Bismarck, zu finden. Der Abg. Richter meint, unsere und die englischen Interessen wären identisch. Das kann ich unter keinen Umständen zugeben. Ich bin dem Abg. Lieber dankbar, daß er die Debatte nicht durch persönliche Ausfälle auf den Fürsten Bismarck verbittert hat, von denen er sich in Volksversammlungen nicht frei gehalten hat. Ich verbleibe ihm das nicht, in Volksversammlungen spricht jeder einmal etwas mehr, als er verantworten kann. (Große Heiterkeit.) Herr Lieber ist wohl nachträglich zu dem Bewußtsein gekommen, daß ohne die konservative Partei eine positive Politik in Deutschland nicht gemacht werden kann, ohne die nationalen Parteien, will ich lieber sagen, denn die gebären nicht zu den Konservativen. Es muß ein Weg zur Verständigung zwischen dem Centrum und diesen Parteien gefunden werden. Und das wäre so erschwert worden, wenn die Herren diese Debatte in heftigem Tone geführt hätten. Die großen Politiker des Centrum, Windthorst und Freiherr v. Franckenstein hatten von dem staatsmännlichen Genie des Fürsten Bismarck eine andere Meinung,

als sie jetzt in manchen Verammlungen von Herren des Centrum dargelegt wurde. (Heiterkeit im Centrum.) Vom Fürsten Bismarck geht manchmal eine That oder ein Wort aus, was allgemeines Erkennen und Verblüffen selbst bei seinen größten Anhängern erregt (Heiterkeit), die sich im Augenblick nicht zurechtfinden. Aber in der übergroßen Mehrzahl aller dieser Fälle hat die Weiterentwicklung klar gezeigt, daß Fürst Bismarck zu jeder Zeit das Wohl und das Beste des Vaterlandes im Sinne hatte. (Rufe: Das Beste! — Heiterkeit.) Wir wissen, daß Fürst Bismarck jederzeit bereit ist, alles hinzugeben für das Wohl des Vaterlandes (Sachen links), ja alles hinzugeben. Sie (links) haben ihm immer egoistische Interessen untergeschoben. In der großen Zahl derer, die ihm noch trenn anhängen, und es sind Millionen, herrscht das Bewußtsein: Fürst Bismarck hat nichts gethan, was er nicht für das Wohl und das Gedeihen des Deutschen Reiches für notwendig hielt. Die Beantwortung der Interpellation hat uns überzeugt, daß unsere auswärtige Politik heute in sehr vorfichtigen ruhigen Händen liegt, die keine Uebereilung begehen werden, und ich glaube, daß das Resultat dieser Besprechung insofern ein günstiges sein wird, als es die Parteien daran mahnen wird, nicht in der Vergangenheit herumzurühren, sondern in die Zukunft zu blicken und die positiven Gesichtspunkte zu suchen, die sie einigen können. (Beifall rechts.)

Abg. Paasche (nall.): Von einem Mißtrauen Rußlands gegenüber dem Fürsten Bismarck ist in jedem Falle keine Rede gewesen. Bezüglich der Motive des Fürsten Bismarck sind Dinge behauptet worden, über die ich daselbe Urtheil habe wie Herr v. Kardorff. Meine politischen Freunde sind immer eingetreten für das Deutsche Reich und den deutschen Kaiser. (Lachen bei den Sozialdemokraten; Jaus: Millionen eingestrichelt.) Wir haben auch unsere Grundsätze daran gewendet. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir lassen uns darin von keiner andern Partei übertrumpfen. Wenn wir für den Fürsten Bismarck eintreten und anerkennen, daß er das, was er gethan, zum Wohle Deutschlands gethan hat, so wissen wir, daß dies auch diesmal geschehen ist. Es ist stark Wasser in den Wein der französischen Begeisterung gegossen worden, das macht sich schon jetzt deutlich bemerkbar.

Ein Vertagungsantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der freisinnigen Vereinigung, der freisinnigen und der deutschen Volkspartei abgelehnt.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Wenn Herr Liebknecht von dem Fürsten Bismarck als einem Verbrecher gesprochen hat, so ist er schon dahin belehrt worden, daß jemand, der eine derartige Aeußerung machen kann und dafür nur eine freundliche Heiterkeit erntet, sich selber sein Urtheil gesprochen hat. Seine Partei, wie die des Herrn Richter, welche die Mittel zur Heeresverfärbung zum Schutz des Vaterlandes verweigert hat, welche einen Abrüstungsantrag stellte, als der Krieg unmittelbar vor der Thür stand, welche ihre Informationen über die Sicherheit des Friedens von einer Lunte in Paris bezog (Heiterkeit) hat allerdings volle Berechtigung, dem Fürsten Bismarck seine Bedeutung abzustreiten! (Sehr gut!) Dankbar bin ich für die Anerkennung, welche Fürst Bismarck heute hier gefunden hat. Bismarck hat in seiner genialen Weise den Frieden Europas geschützt. (Lachen links.) Das Vertrauen des deutschen Volkes ist dem Fürsten Bismarck gefolgt bis in die Einsamkeit des Sachsenwaldes, und die Aufmerksamkeit, die auch das Ausland seinen Auslassungen schenkt, beweist, daß er der unabweisbare Kanzler des Deutschen Reiches bleibt. (Gelächter links.) Die unglücklichen Angriffe, die außerhalb des Hauses gegen den Fürsten Bismarck gerichtet worden, haben hier keine Verteidigung gefunden. Sie erinnern an den Fußtritt des Esels, den er dem sterbenden Löwen versetzt.

Abg. Hausmann (Sidd. Rp.): Durch die Antwort der verbündeten Regierungen ist festgestellt, daß ein Staatsgeheimnis enthält ist zur Beschämung Deutschlands, daß diese Enthaltungen Beunruhigung bei unseren Verbündeten hervorgerufen haben. Da hätten die Herren von der Rechten den Mund etwas weniger weit aufstehen sollen, am allerwenigsten der letzte Redner nach den Dimensionen, die ihm zur Verfügung stehen. (Heiterkeit.) Graf Mirbach hat es als eine Unverschämtheit bezeichnet, daß die Worte des Fürsten Bismarck höher zielen, als gegen die Regierung. Diese Ansicht ist von der „Kölnischen Zig.“ und von dem „Hamburger Korrespondenten“ ausgesprochen worden. Die Freunde des Fürsten Bismarck haben keine andere Erklärung zu geben gewußt als: wir wissen nicht, was der große Geist in Friedrücksruhe gewollt hat, aber wir sind von seiner Unfehlbarkeit überzeugt. (Heiterkeit.) Fürst Bismarck greift die deutsche Regierung an; da drücken Sie sich nicht herum. Wenn Sie die Papiere für berechtigt halten, dann sprechen Sie diese Angriffe hier an der verantwortlichen Stelle aus. Das haben Sie (rechts) nicht gethan und Graf Herbert Bismarck hat es auch nicht gethan; er hat mit keinem Wort die Verteidigung seines Vaters übernommen, wie er es sonst zu thun pflegt. (Sehr richtig! links.) Wir müssen den Eindruck in uns aufnehmen, daß er sich öffentlich nicht anders als anonym vertreten läßt. Die Partei Abwardt ist einig, die Partei, welche ihre Defekte zu verdecken sucht dadurch, daß sie sich mit dem großen Namen Bismarck's drapirt. Fürst Bismarck hat das Recht jeder Privatperson; er hat, als er Abgeordneter des Reichstages war, seine Anschauung vertreten können. Aber seine amtliche Kenntniß zu verwerthen, um der gegenwärtigen Regierung Schwierigkeiten zu machen, das ist etwas, was über den Patriotismus hinausgeht. Geradezu wunderbar ist es aber, wenn man sich daran erinnert, was man 1867, als der Affekuranzvertrag bestand, bei der Wahl dem deutschen Volke vorgemacht hat über den Krieg mit zwei Fronten. (Zustimmung links.)

Fürst Bismarck hat selbst mitgetheilt, wie die Kaiser Depesche retouchirt worden sei, so daß die Franzosen die Meinung erhielten, sie seien durch eine schlaue Diplomatie in den Krieg hineingelockt worden. Dadurch ist die Meinung der Franzosen gegenüber Deutschland nicht gemildert worden. Man muß in der That sagen, daß die Politik der gegenwärtigen Regierung, welche, statt kalte Wasserstrahlen zu senden, die Weltausstellung beschickt, als eine würdigere erscheint als die des großen Bismarck. Stärkere Interessengemeinschaft besteht zwischen Deutschland und England als mit Rußland; dazu kommt die gemeinsame Abstammung; man kann sagen: Blut ist dicker als Branntwein. Wir haben eine weitgehende Kulturgemeinschaft. Die ganze Art der geistigen Thätigkeit in England und Deutschland ist eine nahe verwandte. (Zustimmung links.) Wir brauchen nicht gleich Bündnisse mit England zu schließen, aber eine solche Politik ist es, Verbitterung und Feindschaft zwischen Deutschland und England zu erregen. Da möchte ich eine Frage aufwerfen, ob namentlich die Regierungen Auskunft darüber geben können, ob ein Affekuranzvertrag zwischen Italien und England besteht. Ueber den Hauptinhalt hat der Abg. Ferraris etwas verlauten lassen. Auf die Frage brauche ich nicht nochmals eingehen, ob es sich um eine für Deutschland nachtheilige Veröffentlichung handelt. Nachforschungsverträge dürfen abgeschlossen werden, aber sie dürfen nicht geheim bleiben. Was würde man sagen, wenn Italien mit Frankreich einen solchen Vertrag abgeschlossen hätte? Man würde mit dem Vorwurfe italienischer Perfidie sehr leicht belohnt. Ganz ohne Nutzen ist das Vorgehen des Fürsten Bismarck nicht gewesen; er ist der Welt genügen, der stets das Beste will und doch das Gute schafft. Er hat Gelegenheit gegeben, den Bundesgenossen eine klare unweidige Erklärung abzugeben, er hat ferner den Reichstag veranlaßt, sich mit diesen erwartigen Fragen zu beschäftigen, so daß sie nicht immer ein ausschließliches Privileg der Diplomatie bleiben. Denn die politischen geheimnißvollen Spielereien der Diplomatie haben nicht den Werth wie die realen Interessen der Völker. (Beifall links.)

Abg. Richter (freisinnige Vereinigung): Wir schließen uns dem Dank an, welchen die anderen Parteien aus-

gesprochen haben. Es handelt sich nicht um England und Rußland, es handelt sich nicht um den Fürsten Bismarck, den niemand angegriffen hat, sondern nur darum: war Fürst Bismarck berechtigt zu diesen Enthaltungen und hat er dem Vaterlande einen Dienst damit geleistet? Da stehen wir unbedingt zur Regierung. Fürst Bismarck selbst hat solche Veröffentlichungen durch besondere Befehlsbestimmungen verfolgt und jetzt sollen plötzlich andere Grundsätze gelten. Woher wissen die Herren, daß die anderen Regierungen Kenntniß von dem geheimen Verträge hatten? Wir hoffen, daß die Erklärungen der Regierungen jeden Zweifel an der Vertragstreue beseitigt haben werden und ich bedauere nur, daß wir diesem Ergebnis der Verhandlungen nicht auch durch einen Beschluß Ausdruck geben können.

Darauf schließt die Debatte mit persönlichen Bemerkungen der Abg. v. Kardorff, Richter und Hausmann. Persönlich bemerkt ferner

Abg. Graf v. Bismarck: In bezug auf die persönliche Bemerkung des Herrn Abg. Richter kann ich nur erklären, was Herr Graf Mirbach für mich zu erklären die Güte hatte. Herr Hausmann hat, soweit ich seine Aeußerung verstehen konnte, etwas von Amerika und Doppelwährung und Interwiew gesagt. Ich erkläre, daß ich keinerlei Interwiew gehabt habe. Ich habe nur, als ich vor 14 Tagen in Schönhausen war, einen Herrn, da es schlechtes Wetter war, ins Haus eintreten lassen und ihm gesagt, ich würde mich nicht in ein Interwiew einlassen, er möge nur mit dem nächsten Zuge abreisen, was er denn auch gethan hat. Wenn das ein sein sollte, so weiß ich es nicht. Herr Hausmann meinte, ich hätte mich zum Worte melden sollen. Nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers lag für mich kein Anlaß vor, bei meiner Vergangenheit mich mit Hypothesen abzugeben. Die Ansicht des Herrn Hausmann vermag ich nicht zu theilen. Es ist das eine Sache des Taktgefühls, das bei verschiedenen Leuten verschieden entwickelt ist. Ich gebe Herrn Hausmann gegenüber so weit, daß ich sage, er hätte seinem Ansehen mehr gedient, er hätte heute nicht geredet.

Abg. Hausmann: Ich ziehe den offenen Angriff dem anonymen vor (Zustimmung links); aber das Taktgefühl kann ich mich mit dem Vorredner nicht auseinandersetzen; denn in bezug hierauf steht die Familie Bismarck nicht auf der Höhe der Situation. (Beifall rechts.)

Damit ist die Interpellation erledigt. Schluß 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Verlesung der freisinnigen Interpellationen über die Duellfrage und den Fall Bräsewich.)

## lokales.

Die Rache der städtischen Gasdirektion. Gestern begaben sich die noch ausgesperrten städtischen Gasarbeiter nach der Anstalt in der Danzigerstraße, um wegen ihrer Wiedereinstellung Nachfrage zu halten. In der gegenwärtigen Zeit werden nämlich gewöhnlich an Montagen Arbeitskräfte angenommen; auch ist ja die anlässlich des Friedensabschlusses mit den Arbeitern zu Stande gekommene Vertragsbestimmung bekannt, wonach neuereinstellende Arbeiter zuerst aus der Reihe der Ausgesperrten entnommen werden sollen. Da nun bei der Nachfrage der Unterbeamten, dem die Einstellung obliegt, auf Anfrage der Ausgesperrten erklärte, daß man einer größeren Zahl von Arbeitern bedürfe, so glaubten die Ausgesperrten, daß annäher die Tage der Aushebung vorüber seien. Die Leichtgläubigen hatten aber ihre Rechnung ohne die arbeiterfreundliche Gasdirektion gemacht. Der erwähnte Beamte verlas nämlich den Anfragenden eine Liste derjenigen, die der Wiedereinstellung gewürdigt werden sollten; auf dieser Liste fehlten aber die Namen von sechs noch ausgesperrten Arbeitern. In diesen sechs werden wahrscheinlich die „Aufwiegler“ vermutet, obgleich sich unter den Gemahregelten einige befinden, die in der Aushebungsbewegung durchaus nicht hervorragend thätig waren. Der Beamte, der zugleich eine Anzahl neuer Arbeiter, d. h. solcher, die nichts mit dem Ausstande zu thun gehabt hatten, einstellte, erklärte ausdrücklich, daß die sechs Gemahregelten in diesem Jahre überhaupt nicht eingestellt würden. Da nach Anjahr infolge der dann verminderten Gasproduktion gewöhnlich Entlassungen erfolgen, so bedeutet der Befehl, daß man sich die sechs Gezeichneten für immer vom Halse halten will. Bemerkte sei noch, daß die Gemahregelten dem Direktor um Ausklärung baten und ihn um eine Bescheinigung darüber ersuchten, daß man ihrer in der Danzigerstraße nicht bedürfe; mit einem solchen Schein versehen, hofften sie in einer anderen Gasanstalt unterzukommen. Der Direktor ließ den Ausgesperrten mittheilen, daß die Angaben, welche der Unterbeamte ihnen gemacht habe, den Thatsachen entsprächen und daß er nicht verpflichtet sei, die gewünschte Bescheinigung auszustellen. Zwei der Arbeiter, welche sich nach der Anstalt in der Müllerstraße begaben, wurden auch hier abgewiesen, eben weil sie für ihre Angaben keine Bescheinigung bringenden konnten. Glaubte die Direktion, daß jetzt Kirchhofstraße unter den Arbeitern herrschen wird? Sie täuscht sich!

Herr Bafford auf der Journalisten-Tribüne. Der aus seinem Konflikt mit einem Telegraphen-Beamten satifam bekannte Herr Bafford hat heute den Schauplatz seiner Thaten auf der Journalisten-Tribüne des Reichstages verlegt. Herr Bafford hat einen Ekstroph in der ersten Reihe neben dem des „Vorwärts“, der von Genossen Baale bemutet wird. Nicht hinter den Stühlen läuft ein schmaler Weg zu den übrigen Plätzen, und diesen Weg hatte Herr Bafford durch seinen Stuhl fast vollständig verperrt. Genosse Baale wollte einen die Verhandlungen ausnehmenden Kollegen abdrücken und hat Herrn Bafford in höflichster Form, einen Fußtritt mit seinem Stuhle vorzuführen und den Weg freizugeben. Herr Bafford erwiderte jedoch auf die höfliche Bitte mit einem kurzen Nein, und als das selbstverständliche Verlangen dringender wiederholt wurde, klang das Nein noch abnehmender und schroffer. Baale versuchte nun auf die Aufforderung des Herrn „Sehen Sie doch, wie Sie durchkommen“, sich durch den schmalen Spalt zwischen dem Stuhl Bafford's und der Hinterwand hindurchzuzugewand, wurde jedoch von Bafford, der die Beine gegen die Vorderwand der Tribüne stemmte und seinen Stuhl mit Gewalt zurückdrängte, eingeklemmt. Erst der allgemeine Unmuth der nächsten Zuschauer zwang den rüden Patron, von seinem Beginn abzulassen. Nur die Rücksicht auf die unten geführte Verhandlung und die Ruhe des Hauses — Herr v. Marschall sprach gerade — hat den Genossen Baale gehindert, Herrn Bafford die einzig gebührende Antwort auf seine freche Aeußerung zu geben und ihm eine fähbare Lektion zu erteilen. Nicht zufrieden mit dieser einen Geldenthat wiederholte Herr Bafford sie, als eine halbe Stunde später Genosse Lebedow hinter seinem Stuhle vorbei wollte. Auch diesmal war der Verlauf derselbe. — Hat den englischen Reporter des Vollgewaltigen Schutzes auf dieser neuesten Dreifigkeit veranlaßt? Derartige rohe Elemente gehören wohl schwerlich auf die Journalistentribüne des deutschen Reichstages.

Die herzlosen Arbeiter. Durch die hiesige bürgerliche Presse — von der „Volks-Zeitung“ bis zu Sieders „Voll“ — ging dieser Tage eine Reporter-Nachricht, welche einen Theil des Personals der Wöllmer'schen Schriftgießerei eines ungeschönen und unolidarischen Verhaltens gegen eine kürzlich verstorbene Kollegin bezichtigt. Danach sollen die Wöllmer'schen Arbeiter es abgesehen haben, einen vom Wirtshaus vertriebenen Ueberrausch zu gunsten einer nobelnden Arbeiterin zu verwenden. Sie hätten es vielmehr vorgezogen, das Geld zu vertrinken, Run sollen die Arbeiterinnen selber durch eine Sammlung unter sich, an der sich auch die Inhaber der Firma betheilig hätten, 42 M. ausgedrückt

und der Kranken Kollegin übermitteln haben. Dagegen hätten die Arbeiter, sowie der Verein der Schriftgießer durch Krausspenden bei der Beerdigung der Verstorbenen zu glänzen gesucht. Diese Nachricht ist — wie unsere Ermittlungen ergeben — in den wesentlichsten Punkten u. u. a. h. r. Außer den näheren Bekannten der Verstorbenen war dem Personal der Wöllmer'schen Schriftgießerei die Noth der Kranken Arbeiterin nicht bekannt. Sie kam erst zur Kenntniss der Arbeiter, als anfangs Oktober die Ueberschüsse des Bier-Konsums, wie dies immer geschah, in einem gemüthlichen Beisammensein des gesammten Personals verzehrt wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde die Unterstützung der Kranken angeregt, jedoch konnte der betreffende Ueberschuss nicht mehr zu diesem Zweck verwendet werden, weil er bereits in der angegebenen Weise verbraucht war. Doch wurde sofort beschlossen, den Verein für die Kranke zu unterstützen und der Vorstand des Vereins der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen" veranlaßte infolge dieser Anregung unverzüglich eine Sammlung in der Wöllmer'schen Fabrik, und hieran betheiligte sich das gesamte Personal — etwa 80 Arbeiter und Arbeiterinnen — mit Ausnahme von zwei oder drei Personen, die mit der Verstorbenen nicht auf gutem Fuße standen. Es kamen einschließlich von 5 Mark, die aus der Vereinskasse gegeben wurden und einer gleichen Summe, welche die Geschäftsleitung spendete, 42 Mark zusammen, die der Kranken Kollegin übermitteln worden sind. Von einem aus diesem Anlaß hervorgegangenen Gegenstand zwischen den Arbeitern und Arbeiterinnen der Wöllmer'schen Schriftgießerei ist demnach gar keine Rede. Die bürgerliche Presse, die ja jede Gelegenheit wahrnimmt, Klassenbewußte Arbeiter zu verunglimpfen, sei es auch nur durch den kleinlichsten, von feilschenden Reportern ihr zugelegenen Klatsch, ist in diesem Falle wieder gründlich hinter Licht geführt worden.

Eine Vermehrung der Berliner Kriminalpolizei ist, wie verlautet, unabhängig von der mehrfach erwähnten, von ihrem Chef beantragten Untersuchung bezüglich ihrer Organisation in Aussicht genommen. Es soll sich um mehrere Kriminalkommissare und eine entsprechende Anzahl von Unterbeamten handeln.

Vom Postzeitungstareif. Gerold's Bureau meldet vom gestrigen Tage: „Die aus der im Juli d. J. in Berlin abgehaltenen Versammlung von ca. 300 Zeitungsbesitzern gebildete „Geschäftskommission deutscher Zeitungsbesitzer“ trat heute zu einer Sitzung zusammen, um zu der jüngsten Veröffentlichung des „Vereins deutscher Zeitungsverleger“ Stellung zu nehmen. Im Gegenfatz zu den Beschlüssen dieses Verleger-Vereins, welcher eine Vertheuerung der billigen Presse verlangt, konnte konstatiert werden, daß auf die seitens der „Geschäftskommission deutscher Zeitungsbesitzer“ versandte Deutschrift, in welcher zunächst für die Aufrechterhaltung des alten Postzeitungstareifs und erst eventuell für Annahme der Sölger'schen Vorschläge eingetreten wird, bereits über 1500 schriftliche Zustimmungen großer und kleiner Zeitungen aus allen Theilen des Reiches eingegangen sind und sich noch täglich vermehren. Die Beschlüsse der „Geschäftskommission deutscher Zeitungsbesitzer“, welche im Gegenfatz zu dem „Verleger-Verein“ darauf hinarbeiten, das Publikum und namentlich den kleinen Mann vor einer Vertheuerung seiner zum Lebensbedürfnis gewordenen Zeitungslieferung zu bewahren, findet also in Verlegerkreisen vollstes Verständnis und weitest Verbreitung.“ Die rührende Fürsorge für den berühmten kleinen Mann hängt selbstverständlich mit dem Interesse der Verleger eng zusammen.

Zur Sittengeschichte der „besten Kreise“. Vor mehreren Wochen wurde hier eine jener „lugen Frauen“ verhaftet, welche in allen „diskreten Angelegenheiten“ Rath und Hilfe zu schaffen wissen. Frau St., so heißt die Verhaftete, verwaltete eine in vornehmster Stadtgegend belegene Bedirrhinshaus, in welcher sie ihre verbrecherische Thätigkeit als Nebenbeschäftigung betrieb. Sie erfreute sich alsbald einer ausgebreiteten Kundenschaft aus den „besten Kreisen“. Eines Tages erschien in der Anstalt plötzlich eine Kundin der Frau St., welche die letztere erfolglos behandelt hatte, und bat die bestrafte Frau um ihren sofortigen Beistand. Nachdem das Nothwendigste geschehen, galt es, den unangenehmen Zwischenfall zu beseitigen. Eine gute Freundin brachte das schwerkranke Mädchen per Droschke nach der elterlichen Wohnung und Frau St. erschien ganz unbefangen auf dem nächsten Polizeibureau mit der überraschenden Anzeige, daß eine Unbekannte in der Anstalt eine „Kleinigkeit“ zurückgelassen habe. Zunächst glaubte man der „ethischen Funderin“ und traf für den Findling die nöthigen Anstalten; doch später kam die Sache durch einen Zufall an das Licht und beide, sowohl die Frau St. wie ihre Klientin, die sich inzwischen mit ihrem Bräutigam verheiratet hatte, wurden zur Haft gebracht. Die Untersuchung zog nun immer weitere Kreise; die verhaftete junge Frau beichtete dem Richter, durch wen sie die Adresse der „lugen Frau“ erfahren, und die dazukommenden Vorgeladenen nannte wieder eine andere „gute Freundin“ u. s. w. So wurden bald eine ganze Reihe junger Mädchen festgesetzt, die nun ihrer Bestrafung als Mithäterin begn. Helfershelferinnen der Frau St. entgegenstehen. Auch ein Friseur, der aus Gefälligkeit die Adresse der St. weitergegeben hat, wird sich wegen Beihilfe zu verantworten haben. Die Hauptverhandlung in diesem sensationellen Strafprozeß wird voraussichtlich schon in der nächsten Schwurgerichtsperiode stattfinden.

Von den Verformungs-Verordnungen. Am letzten Sonntag wurden wieder zahlreiche Geschäftsleute aufgeschriejen, welche beim Verhängen ihrer Schaufenster nicht genügende Vorsicht gebraucht hatten, indem Theile der Auslagen trotz des Verhängens sichtbar blieben. Außerdem erfolgte eine polizeiliche Feststellung aller derjenigen Geschäftsleute, welche sich entschieden weigern, den neuen polizeilichen Bestimmungen nachzukommen, sodas auch für diese Woche wieder ein ungewöhnlich hoher Bestand von Strafmandaten zu erwarten steht.

Die Gastwirthe Berlins beabsichtigen auf gerichtlichem Wege eine Aufhebung der neuen Verfügung über die Sonntagstrübe sowohl als auch über die Beschränkung der Lustbarkeiten am Vorabend des Todensonnentags zu erlangen. In der nächsten Woche bereits wird sich das Gericht auch mit den Klagen zahlreicher Geschäftsleute beschäftigen, welche gegen die ihnen von der Polizei zugegangenen Strafmandate Widerspruch erhoben haben. — Den neuen Bestimmungen der Sonntagstrübe scheint auch die Paddelfahrt-Gesellschaft unterworfen zu sein. Sonntag Mittag wenigstens wurde ein Briefsammler dieser Gesellschaft bei Ausübung seiner Thätigkeit in der Neuen Schönbauerstraße angehalten, der Schumann stellte seine Personalien fest.

Das National-Denkmal an der Schlossfreiheit. Am Sonnabend Mittag gegen 12 Uhr war ein großer Quader im Gewicht von etwa 170 Zentnern ziemlich hoch hinaufgeführt. Es ist Vorschrift, daß während solcher gefährlichen Arbeiten die auf den unteren Gerüsten stehenden Personen beiseite treten, bis der Quader eingefügt ist. Da keinerlei entsprechende Anordnung ergangen war, setzten die Maurer und Bildhauer ihre Arbeit fort, als plötzlich das Seil riß und der gewaltige Stein zunächst auf das Hauptgesims schlug und dann, einen Querschnitt durchgehend, auf die äußere Rüstung kippte. Es war ein ganz besonderer Glückszustand, daß die unten beschäftigten Arbeiter für diesmal mit heiler Haut davonkamen; wäre der Abstoß etwas höher erfolgt, so hätten die zusammenstürzenden Rüstbalken die Arbeiter erschlagen müssen. Das benutzte Seil, das der Hof-Steinmehmeister C. Schilling unter „Garantie“ entnommen haben soll, war durchaus untauglich. Auch das Abräumen von Schutt und Steinen geschieht zum Theil in recht leichtfertiger Weise. Man kann häufig beobachten, wie die Rüstbalken einfach umgekehrt werden und wie dann ein Hagel von Sand, Mörtel und Steinblöcken herniederfällt. Kürzlich brach ein starker eiserner Haken, an dem ein großer Stein hing. Es stürzte auf den Wagen zurück,

auf welchem es transportirt worden war. Sind die zuständigen Bauleiter nicht im Stande, besser für die Sicherheit der am „nationalen“ Denkmalbau beschäftigten Arbeiter zu sorgen als es gegenwärtig der Fall ist?

Das graue Kleid nach dem Hansche. Auf anderthalb Millionen Mark berechnet die „Berliner Ausstellungs-Zeitung“ den Fehlbetrag der Berliner Gewerbe-Ausstellung. Gegen fünfzig Prozesse schweben noch zwischen dem Arbeitsausschuß und verschiedenen Ausstellern.

Der Plan, den Vergügnungspart der Gewerbe-Ausstellung als Vogelwiese beschreiben zu lassen, dürfte voraussichtlich an dem Widerstande der Kreisbehörden scheitern. Das amtliche Kreisblatt, das in derartigen Angelegenheiten immer nur den Eingebungen der maßgebenden Kreise folgt, schreibt zu diesem Plane: „Wir glauben nicht selbige, wenn wir annehmen, daß der Arbeitsausschuß diesem Unternehmen, durch das die Trepptower Schankwirthe in ihrem Gewerbebetriebe auch fernerhin empfindlich geschädigt werden würden, nicht sonderlich sympathisch gegenübersteht und Genehmigungen zum Betriebe von Schankwirtschaften auf dieser Vogelwiese nicht erteilen wird.“

Sie prügeln sich weiter. Gestern fand eine Versammlung der Studierenden der technischen Hochschule in Charlottenburg statt, in welcher ein Antrag auf Einsetzung eines für alle Studierenden in Deutschland maßgebenden Ehrengerichtes beraten wurde. Der Antrag, der die Abschaffung des Duells bezweckte, wurde nach einer 3/4stündigen Debatte mit 273 gegen 178 Stimmen abgelehnt.

Eine Bluthat, die mehr als anderthalb Jahre zurückliegt, hat erst am Sonnabend Abend einen traurigen Abschluß gefunden. Der Steuerhelfer Grebe hatte die Scheidungsklage gegen seine Frau angekreuzt, weil er an ihrer ehelichen Treue zweifelte. Am 26. März vorigen Jahres hörte er nun, als er ahnungslos in einem Wirthshause saß, über seine Frau ehrenrührige Aeußerungen. Erst nach 1 Uhr nachts ging er nach seiner Wohnung, in der Dresdowstraße, machte seiner Frau, die schon im Bette lag, über ihren Lebenswandel die bittersten Vorwürfe und stieß ihr schließlich ein Dolchmesser in den Hals. Die Schwerverwundete wurde, nachdem sie auf der Unfallstation 2 einen Notverband erhalten hatte, in die Charitee gebracht. Erst am Sonnabend Abend erlöste sie der Tod von ihren langen Leiden.

Eine merkwürdige Raubgeschichte wird in folgendem mitgeteilt: Durch einen ehemaligen Hausdiener eines Fein- und Ausbegrüßgeschäftes an der Schleuse waren einige arbeitslose Burschen, die mit jenem in Verbrechenlokalen verkehrten, davon in Kenntniss gesetzt worden, daß in den Nachmittagsstunden zwischen 2 und 4 Uhr nur die Verkäuferin W. allein im Geschäft anwesend sei. Es wurde nun von den Burschen beschlossen, die Verkäuferin zu überfallen, sie zu knebeln, ihr den Mund mit einem Tuche zu verstopfen und dann die Kasse auszurauben. Einer der Burschen hatte geküßert, daß die Verkäuferin, wenn sie etwa Schwierigkeiten mache, „einfach eins auf den Kopf kriegen“. Der Geschäftsinhaber und seine Verkäuferin wurden von der Kriminalpolizei verständigt und am Freitag Nachmittag Beamte in die neben dem Laden belegene Räume postirt. Gegen 1/4 Uhr erschienen 2 der Burschen im Geschäft, während einer auf der Straße „Schmiere“ stand. Die beiden verlangten von der allein anwesenden W. Geweihe, die als Nebenartikel in dem Geschäft geführt werden, zu beschaffen. Als sich die Verkäuferin bei dem Herausblenden der Geweihe so vorsichtig benahm, daß ein Ueberfall hierbei nicht gut möglich war, veranlaßte einer der Burschen sie, ihm eine Adresse aufzuschreiben in der Absicht, die W. in der gebückten Stellung zu übermächtigen. Bevor die Räuber aber hierzu kamen, sprangen die Beamten aus ihrem Versteck hervor, worauf die Burschen die Flucht ergriffen und durch den nahen Ausgang die Straße gewannen. Nunmehr entspann sich eine tolle Verfolgung, die sich über den Schloßplatz und die Brüderstraße erstreckte und hunderte von Passanten der zu dieser Zeit belebten Straßen anlockte. Verschiedene Personen, sowohl Damen als Herren, wurden von den Flüchtlingen umgerannt, während die Beamten, die Hüte und Ueberzieher von sich geworfen hatten, hinterher stürmten. Schließlich wurden die Räuber eingekesselt und dingelst gemacht. Sie sind sammt dem Anstifter, dessen Festnahme gleichfalls erfolgte, am Sonnabend ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Dietriche und Stride hatten die Räuber bei der Flucht im Stiche gelassen; auch stellte sich später heraus, daß sie schon in der Nacht zuvor einen Einbruch in das Geschäft versucht hatten, wobei sie durch Hinzukommen von Hausbewohnern verjagt worden waren.

Selbstmord einer Näherin. Gellende Hilferufe weckten in der Nacht zum Sonntag gegen 1 Uhr die Tischler Schwabe'schen Eheleute, die in der Raungr. 24 im vierten Stock wohnen, aus dem Schlafe. Die Rufe kamen aus der Wohnung ihrer Pflanzgarten, der 33 Jahre alten Näherin Emilie Lange. Schwabe sprang aus dem Bette und eilte auf den Treppentritt; er fand die Korridorhür der Lange'schen Wohnung weit auf, die Stubenthür dagegen geschlossen. Eben hatte er diese geöffnet, als Fräulein Lange vor seinen Füßen zusammenbrach. Man holte von der benachbarten Sanitätswache in der Albalbertstraße einen Arzt, der jedoch nur noch feststellen konnte, daß das Mädchen todt war. Es hatte sich, wahrscheinlich mit Alkohol, vergiftet. Die Veranlassung dazu ist unbekannt. Fräulein Lange wohnte seit drei Monaten in dem genannten Hause und ernährte sich durch Stepparbeiten. Das Mädchen hatte seine gesammten Briefschaften verbrannt.

Ueberfahren wurde am Sonnabend der Premierleutnant a. D. Emil Benzel. Er benutzte abends zwischen 9 und 10 Uhr die Pferdebahn nach seiner Wohnung in Niederschönhausen. Wahrscheinlich infolge eines Ohnmachtsanfalles sank er plötzlich zusammen, glitt von der vorderen Plattform hinab und wurde überfahren, bevor noch der Kutscher diesen Vorfall wahrgenommen hatte. Die Räder des schweren Wagens zermalmen ihm die rechte Hand und verletzten ihn außerdem am Kopfe. Der Verunglückte wurde nach Berlin in ein Krankenhaus gebracht.

Brände. In Lebensgefahr schwebten am Sonntag früh einige Bewohner des Hauses Köpcke'str. 75. Ein durchdringender Gasgeruch veranlaßte die Benachrichtigung der nahen Feuerwache. Mehrere Feuermänner stellten darauf fest, daß die Gasleitung schadhaft sein müsse, und benachrichtigten die Gasanstalt, nachdem sie den Hauptkahn abgestellt hatten. Zwei Bewohner des Hauses wurden in ihrer Wohnung betäubt vorgefunden, konnten aber von einem Arzt wieder ins Leben zurückgerufen werden. — Am Sonntag Abend brach ein größeres Feuer in der Raumerstr. 17 aus, wo der Dachstuhl ein Raub der Flammen wurde. — Ein angelegtes Feuer ist durch schnelles Eingreifen der Feuerwehr heute früh im Keime erstickt worden. Bei Anflug der Wache brannten in der Henslerburgstr. 12 im Seitenflügel bereits der Fußboden und mehrere Balken. Eine nähere Untersuchung ergab, daß das Feuer an mehreren Stellen ausgekommen war und daß Brandstiftung vorlag. Die Polizei hat sofort die Untersuchung eingeleitet. Fast gleichzeitig brach in der Birkenstraße 17 in Moabit Feuer aus, das durch Explosion einer Petroleumlampe und eines Gefäßes mit Spiritus entstanden sein soll.

Aus dem Polizeibericht vom 16. November. Am Sonnabend Nachmittag fiel am Poststeiner Ufer der Arbeiter Kamlich von einem Wagen, gerieth unter die Räder desselben und erlitt einen doppelten Knöchelbruch an beiden Füßen. — In der Briegerstraße wurde der Arbeiter Reinicke durch einen Wagen der elektrischen Straßenbahn erfaßt und mehrere Schritte mitgeschleift. Die Schuld trifft nach Aussage von Augenzeugen den Wagenführer, weil er den Arbeiter, der einen ihm vom Handwagen auf die Schienen gefallenen Sack aufnahm,

nicht beachtete, sondern ohne zu hüten rücksichtslos weiter fuhr. — Der Portier Sch. erhängte sich in seiner Wohnung in der Steinmehstraße nach einem Streite mit seiner Ehefrau. — Sonntag Vormittag wurde die 62 Jahre alte Almosenempfängerin Charlotte W. in ihrer Wohnung in der Binienstraße und abends die von ihrem Ehemann getrennt lebende verehelichte Köpfer Therese B. in ihrer in der Kochstr. 5 gelegenen Wohnung erhängt aufgefunden. — In der Nacht zum Montag erkrankte an der Ecke der Wasmann- und Weberstraße der auf seinem Wagen sitzende Droschken-Fuhrherr Emil Krausch schwer am Bluthitze und starb bereits während der Ueberführung in das Krankenhaus am Friedrichshain.

### Aus den Nachbarorten.

Auf eine Petition an die Postbehörde ist dem Haus- und Grundbesitzerverein zu Friedenau folgende Antwort geworden: Dem Vorstande des Haus- und Grundbesitzervereins wird auf die Eingabe vom 14. ergeben erwidert, daß es nicht thunlich ist, für Ortsbriefe in Friedenau eine Ermäßigung der Gebühr auf 5 Pf. einzutreten zu lassen. Dagegen ist mit Rücksicht auf die Eigenart der Verhältnisse angeordnet worden, daß im Verkehr zwischen Berlin und Friedenau bei über 15 Gramm schweren Briefen, welche vom Absender irrtümlich (!) nur mit 10 Pfennig frankirt sind, von der Erhebung einer Nachlage abgesehen werden soll. — Es werden wahrscheinlich fortan sehr viele Briefe „irrtümlich“ mit 10 Pfennig frankirt werden. Darum wird für Briefe von mehr als 15 Gramm nicht gleich das 10 Pfennig-Porto eingeführt?

### Theater.

Die für heute, Dienstag, den 17. November, im Thalia-Theater (vormals Adolf-Ernst-Theater) angelegte Premiere von „Das Wetterhäuschen“ und „Zwei Schwiager söhne“ muß wegen plötzlicher Erkrankung des Herrn Junfermann auf Donnerstag verschoben werden. Die für Dienstag bereits veranlagten Billets können für die Dienstag-Vorstellung von „Gebildete Menschen“ benutzt, oder an der Tageskasse zur Premiere am Donnerstag umgetauscht werden.

Im Alexanderplatz-Theater ist nunmehr auch der brave Fritz Hofmann seinem Schicksal verfallen. Vom Direktor Samst weiß man, daß er sich auf der Jagd nach aktuellen Stoffen, und in Berücksichtigung dieser seiner Frigidität muß man es ihm eigentlich Dank wissen, daß er Erbarmen mit der Berliner Menschheit übte und nicht auf das doch eigentlich viel näher liegende Futter der berühmten Leoy'schen Mordaffäre verfiel. Er ließ es bei Hofmann's Reise nach dem Nordpol bewenden und wir stehen nicht an, ihn dafür zu preisen. Das Stück an sich war großartig. Man stelle sich Henry Schmitt vor, wie sie die Schreden des Eismeeres durch Kroupels und Berliner Kalauer bedenklicher Sorte zu paralyzieren sucht, und wie nebenher in der Oede der Polarnacht eine durch etwas Spiritismus ungenügend ausgehellte Liebesgeschichte schaurigen Kalibers läuft. Dann noch einige neue Delorationen, die den „Bram“ zum Frösteln natürlich vorstellen: was kann der Mensch mehr verlangen? Ja, selbst die Langeweile, die Hofmann und seine Gefährten so tödtlich quälte, ist pietätvoll über das ganze Werk verbreitet. Direktor Samst hat sich diesmal selbst übertrieben.

### Vermischtes.

Eisenbahnunglück. Amtlich wird bekannt gemacht: Am 14. d. M., nachmittags 3 Uhr 20 Min. wurde auf dem Ueberland in Km-Station 112.1 bis 112.2 der Strecke Referik-Birnbaum zwischen Bierbaum und Birnbaum ein dem Dominium Beweis gebührendes Fuhrwerk vom Zuge 211 überfahren und dabei der Kutscher und ein Knabe aus Beweis sowie ein Pferd getödtet und der Wagen zertrümmert. Die Lokomotive des Zuges ist leicht beschädigt. Vertriebsstörungen sind nicht vorgekommen.

Im Nordsee-Kanal erfolgte Montag Morgen 5 Uhr abends ein Zusammenstoß. Es kollidierte der Dampfer Wiggers mit Gütern von Stettin nach Rotterdam bestimmt mit dem Dampfer Echo aus Danzig. Ersterer erlitt größeren Schaden und geht nach Kiel, um seine Ladung zu löschen und den Schaden auszubessern. Der Verkehr im Kanal ist nicht durch diesen Unfall behindert.

Vom stolzen deutschen Bürgerthum. Die neueste Nummer des „Sozialistischen Akademikers“ bringt einen lebenswerthen Artikel über: „Das Duell, und was daran hängt.“ In demselben erzählt der Verfasser folgendes Erlebnis: „Wir waren unserer acht zu einer wissenschaftlichen Berathung vereinigt; sie hatte schon geraume Zeit ihren Fortgang genommen, als sich die Thür aufthat und zwei zu unserem Kreise gehörende Herren in der Uniform der Landwehr-Offiziere eintraten: mit dem Hinweis auf einen Appell entschuldigten sie ihr spätes Eintreffen und zugleich ihr Erscheinen in kriegerischer Kleidung. Da sprach der Vorsitzende, der Direktor einer höheren Lehrerschule, durchaus ernsthaft die geflügelten Worte: „Im Gegentheil, meine Herren, wir müssen uns entschuldigen, in Zivil hier zu sein.“

Die Breslauer Pferdebahn-Gesellschaft beschloß der „Bresl. Ztg.“ zufolge, vorbehaltlich der Genehmigung seitens der städtischen Behörden vom 1. Januar 1897 ab den Einheits-tarif von zehn Pfennigen auf sämtlichen Strecken einzuführen.

In der vielbesprochenen Simon Blad'schen Erbschaftsangelegenheit hat sich die städtische Verwaltung zu Mainz auf Anregung der Stadt Berlin nunmehr ebenfalls bereit erklärt, der Schwester des Erblassers, welche bekanntlich das Testament gerichtlich angefochten hat, die von derselben verlangten 25 000 M. herauszuzahlen. Der auf Mainz entfallende Antheil der Erbschaft beträgt 300 000 M. Die Stadt Bingen, welche neben Berlin und Mainz ebenfalls an dem Vermächtniß partizipirt, hat die Ansprüche der Schwester des Blad bereits vollständig anerkannt.

Dynamitexplosion. Der „Adnischen Volkszeitung“ zufolge fand in dem Jüterhaus der Dynamitfabrik Görde (Westfalen) eine Explosion statt, durch welche eine Person getödtet wurde.

In Rossau brach am Sonnabend ein großer Brand an dem Neubau des „Konservatoriums“ aus. Das gewaltige Gerüst verbrannte und das Mauerwerk wurde stark beschädigt. Ueber Verluste an Menschenleben verlautet bisher nichts.

Frachtverkehr auf der westsibirischen Bahn. Die westsibirische Bahn ist mit Einverständnis des Anstalters in den direkten russisch-deutsch-niederländischen, russisch-belgisch-französischen und russisch-österreichisch-ungarischen Verkehr eingeschlossen worden. Alle aus Sibirien ins Ausland oder umgekehrt zu befördernden Frachten sind nach der Station Tscheljabinsk zur Weiterbeförderung zu adressiren, von wo sie laut Frachtbrief an ihren Bestimmungsort befördert werden.

Weiter-Prognose für Dienstag, den 17. November 1896. Ziemlich kalt, theils heiter, theils wolfig, bei mäßigen östlichen Winden; keine oder unbedeutliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eines Abdruckes (von Nachrichten oder eine Satzung) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend abends von 6-7 Uhr statt.

Karl Scholz. Verleitet in der Freitagnummer behandelt.

## Soziales.

**Fahrräder für Arbeiter.** Immermehr kommt es bei größeren Fabriken in Aufnahme, den Arbeitern die Anschaffung von Fahrrädern zu erleichtern, um dadurch die Nachteile zu mildern, welche die modernen Wohnungsverhältnisse so häufig bedingte große Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitshäusern mit sich bringt. Fabrikleitungen entblöden sich aber nicht, auch bei dieser Gelegenheit noch einen Extraprofit für sich herauszuschlagen. Ausererseits hört man von den Fabrikanten Klagen über die Fahrradhändler, die mit einem immensen Nutzen arbeiten. Ein Unternehmer-Fachblatt, der „Gordian“, bringt einen wirthschaftsbewussten Artikel gegen die Händler. Es schreibt: „Wäre in Deutschland eine einzige organisierte Vertheilungsgesellschaft für Fahrräder und hätte diese überall da, wo Kaufkraft ist, eine einzige Lagerungs- und Vertheilungsstelle, dann könnte die Arbeit der Vertheilung von Rädern mit einem Kostenaufwande von vielleicht 3 M. pro Stück gethan werden. Und heute? Heute, bei der großen Konkurrenz im Fahrradhandel? Heute, wo die freie Konkurrenz herrscht, die ja nach der Ansicht einiger Schlaumeier die Waaren billiger machen soll? Heute ruhen auf der Vertheilungsarbeit eines Rades je nach den Umständen 50—100 Mark Kosten. Man sollte es nicht für möglich halten — aber wir haben es schwarz auf weiß vorliegen. Räder, die beim Händler 240 Mark kosten, wollen wir für 160 Mark liefern u. s. w.“

Um dieses System zu brechen, erzielte sich das Blatt, seinen Lesern Räder mit einem Nutzen von 3 Mark pro Stück zu vermitteln; doch das ist ihm nicht ganz ohne Schwierigkeiten gelungen; es schreibt: „Thatsächlich sind die Fabrikanten heute Sklaven der Händler. Wehe dem Fabrikanten, der heute in irgend einer Stadt seinem Händler Konkurrenz macht! Von Stunde an würden seine Räder boykottirt werden, ja so, wie die Fabrikanten boykottirt werden, die an Konsumvereine Katalog liefern. Darum ist es erklärlich, daß einige Fabriken sich weigern, uns direkte Offerte zu machen. Sie verweisen uns an ihre Vertreter oder an die Händler. Da damit aber eine Vertheuerung und Unbequemlichkeit eintritt, müssen solche Fabriken zu ihrem eigenen Schaden unberücksichtigt bleiben.“

**Die Frau im Postdienst.** Im Bericht der deutschen Reichs-Postverwaltung wird mitgetheilt, daß sich die im Jahre 1889 versuchsweise eingeführte Verwendung weiblicher Personen im Fernsprechnetze bewährt hat und weiter ausgedehnt worden ist. Ende März 1896 waren an 15 großen Verkehrsarten 2028 Fernsprechnetzstellen thätig. Seit drei Jahren werden ältere besichtigte Gehilfen auch im Aufsichtsdienst verwendet.

**Das Gewerbegericht in Dortmund** wird, wie berichtet wird, an die Unternehmern einen Aufruf, die Auszahlung des Lohnes am Freitag oder — Dienstag vorzunehmen.

Am Dienstag? Das ist doch gutes doch wohl etwas zu viel.

**Gegen die von Hamburger Detailisten geplanten Einkaufsvereine** hat sich der Hamburger Verein der Fettwaarenhändler erklärt. Der Verein erkennt zwar an, daß die Detailisten bei Errichtung von Einkaufsvereinen um soviel billiger einkaufen würden, als der Verdienst der Mäcker und Großhändler ausmacht, jedoch meint er, diese würden sich gegen die beabsichtigte Einrichtung wehren, indem sie durch Errichtung von Waarenhäusern direkt an das Publikum verkaufen könnten. Den Detailisten würde somit neben den Konsumvereinen und den Beamten-Konsumvereinen ein neuer Feind entstehen und ein Theil der heute noch in soliden Verhältnissen lebenden Detailisten würde proletarisirt werden. Man müsse vielmehr seine ganze Kraft daran setzen, die Konsumvereine aus der Welt zu schaffen. — Was die Weisen des Hamburger Fettwaarenhändler-Vereins verhindern wollen, vollzieht sich anderwärts längst schon. Einerseits suchen Großhändler und Fabrikanten mehr und mehr ihre Waaren direkt an das Publikum abzugeben, sei es durch Errichtung von Verkaufshäusern, oder durch Vermittelung von Detailreisenden. Ausererseits ist es das in Konsumvereinen organisierte kaufende Publikum, das bestrebt ist, die Zwischenhändler überflüssig zu machen. Die Proletarisirung dieser „heute noch solide dastehenden Existenzen“ läßt sich auch in Hamburg schwerlich aufhalten.

**Die Lage der Arbeiter in der Schwenninger-Schramberger Uhren-Industrie** ist auf der vor einigen Wochen in

Stuttgart abgehaltenen württembergischen Metallarbeiter-Konferenz von dem Schramberger Delegirten in sehr ungünstigem Lichte dargestellt worden. Ein Bericht über diese Darstellung kam auch in die „Frankfurter Zeitung“ und erregte — ob mit recht oder unrecht, können wir nicht entscheiden — lebhaften Widerspruch bei den betreffenden Fabrikanten. Die „Frankfurter Zeitung“ ließ deshalb durch einen ihrer Mitarbeiter an Ort und Stelle Informationen einziehen und brachte dann einen drei Spalten langen Artikel, in welchem die Angaben des Schramberger Delegirten als übertrieben bezeichnet und die Verhältnisse der Arbeiter in der Uhrenindustrie der Schwarzwalddörfer Schwenninger und Schramberg in ziemlich rosigem Lichte geschildert werden. Man kann ja ohne weiteres annehmen, daß der Mitarbeiter eines bürgerlichen Blattes, der, durch den Protest der Fabrikanten veranlaßt, bei diesen Erkundigungen über die Lage der Arbeiter einzieht, natürlich alles berücksichtigen wird, was zu Gunsten der Fabrikanten spricht. Auch ist es ja bekannt, daß die Herren Unternehmer bei solchen Gelegenheiten sich bemühen, Mißstände nach Möglichkeit zu verschleiern und etwaige Vorzüge ihrer Betriebe im besten Lichte glänzen zu lassen. Ausererseits ist es aber auch erklärlich, daß Arbeiter, in dem Bestreben, durch Aufdeckung aller Uebelstände ihres Berufs die Kollegen zur Theilnahme an der Beseitigung derselben heranzuziehen, zu einer einseitigen Darstellung kommen können. Wie weit die Angaben der „Frankf. Ztg.“ zutreffend sind, vermögen wir nicht zu beurtheilen. Dies wird vielmehr, wie auch die „Schwab. Tagwacht“ hierzu bemerkt, Sache der Arbeiter bezw. deren Organisation in den betreffenden Orten sein. Den Arbeitern können wir nur raten, bei der öffentlichen Schilderung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen sich der größten Sachlichkeit zu befleißigen, damit den Gegnern nicht Gelegenheit gegeben werde, aus unzutreffenden Angaben Kapital gegen die Arbeiterbewegung zu schlagen.

**Ueber das Arbeiterinstitut in Stockholm** wird uns geschrieben: Begründer dieses Instituts ist der praktische Arzt Dr. Ant on Nyström. Schon im Jahre 1875 fasste derselbe den Plan eine allgemeine Volksbildungsanstalt zur Ertheilung von freien wissenschaftlichen Vorträgen zu errichten. In ein oder mehrjährigen Kursen sollten die ersten Kräfte über Geschichte, Naturkunde, Mathematik, Astronomie, Physik, Chemie, Anatomie und Physiologie, Krankheitslehre, Hygiene, Geographie und Ethnographie, Staatskunde und Nationalökonomie lesen. Theateraufführungen und gute Konzerte, überhaupt Volkunterhaltungen sollten damit verbunden sein. Proberand der Plan seinen Anfang. Erst 1880 nach einem Vortrag Nyström's über seine Ideen kamen 3615 Kronen zum Beginn des Werkes durch freiwillige Beiträge zusammen. Von unentgeltlichem Unterricht mußte man leider absehen, so wurden für jeden Lehrenden 10 Cere genommen. Am 4. Oktober 1880 wurde das Institut eröffnet. Von nun an ging es vorwärts. Im zweiten Jahr bewilligte die Regierung 5000 Kronen, doch sollte ein Inspektor das Programm überwachen. Freiwillige Beiträge speziell aus Arbeiterkreisen kamen dazu. 1883 versprachen die Stadtverordneten jährlich 5000 Kronen. Ein „Arbeiterinstitut-Verein“ wurde gegründet. Die Mitglieder, zu denen alle Stände Vertreter entsandten, besorgten die Vorstandswahlen sowie sämtliche schriftliche Arbeiten. In der Provinz entstanden gleiche Institute. 1884 bewilligte der Reichstag 18 000 Kronen pro Jahr für die gesamten Arbeiterinstitute des Landes, doch sollte keines mehr als 3000 Kronen erhalten. 1886 wurde die Summe auf 20 000 resp. 5000 Kronen erhöht. Seit drei Jahren befindet sich das Stockholmer Arbeiterinstitut im eigenen Hause. Vortragsaal ist der große, 500 Hörer fassende Vortragsaal, sowie das chemische Laboratorium und die Zimmer der Vorträge, ebenso ein Toiletten- und Garderobenzimmer, wo die aus der Fabrik kommenden Arbeiter sich reinigen und für die Vorträge zurecht machen können. Nach der Straße liegt das Restaurant. Spirituosen werden nicht verschänkt. Im ersten Stock befindet sich die große Bibliothek und der Lesesaal. Ständige Hörer benutzen beide gratis, die anderen zahlen eine geringe Entschädigung. Das Lesezimmer faßt 30 Personen und enthält sowohl Zeitungen als auch Karten, Globen, Perla u. s. w. Das Gebäude hat Zentralheizung und elektrisches Licht. Hand in Hand mit den Vorträgen geben Besichtigungen der Museen und des Observatoriums, sowie Ausflüge zu naturhistorischen Studien. Jeden Sonntag ist in der Aula Konzert, wobei fast nur klassische Musik vorgeführt wird.

sehe zu blicken, mit dem Gerechten und dem Verbrecher zu denken, die ganze Natur zu empfinden und im künstlerischen Spiegelbild wieder zu sehen zu lassen.

In die interessante Einleitung schlossen sich dann die schon erwähnten künstlerischen Vorträge und schließlich als letztes, aber für die jüngere Welt nicht als geringstes bis in den Morgen hinein der frohliche Tanz.

Alles in allem: ein wohl gelungenes Fest! Und wir glauben, daß das gute Gelingen des Ganzen und die überall getheilte Zufriedenheit mit dem Gebotenen besonders dem Umstände zu danken ist, daß für die einzelnen Programmnummern geschulte Kräfte, Konzertführer, Musiker von Fach, Berufs-Schauspieler u. s. w. gewonnen waren. Wenn dies wahr ist, dann möchten wir den Rath daran knüpfen, auch bei anderen Arbeiterfesten den hier gegebenen Beispiel zu folgen und wo es möglich ist, Fachleute mit den künstlerischen und unterhaltenden Darbietungen zu betrauen. So gut jene dilettantischen Theateraufführungen, Deklamationen u. s. gemeint sind, so wenig befriedigen sie doch meistens in künstlerischer Beziehung. Sie sind dann eher geeignet, die Urtheilsfähigkeit zu verwirren, als Sinne und Empfindung für das, was schön, edel und geschmackvoll ist, zu heben. Bei uns heißt es doch: „Für den Arbeiter ist das Beste gerade gut genug.“ Geben wir ihm darum dieses Beste und verhehlen wir ihm mit dem Minderwerthigen. Dies auch schon darum, weil die festlichen Tage im Leben des Arbeiters doch nur so spärlich gesät sind.

## Kunst und Wissenschaft.

**Im Residenz-Theater** wurde am Sonnabend das Schauspiel „Chefeffeln“ von Paul Heroien zum ersten Male gegeben. Heroien zählt in seiner französischen Heimath zu den begabtesten der jüngeren Schriftsteller und sein Drama hatte im Vorjahre in der „Comédie Française“ einen ungewöhnlichen Erfolg. Unser Publikum, das den feinen Novellisten Heroien nicht kennt, nahm das Schauspiel wenig günstig auf. Ja, man machte an erstgemeinten Stellen. In der That treten Heroien's Vorträge, seine Kunst, verwickelten Seelenvorgängen mit großem Spürsinn zu folgen, in den „Chefeffeln“ weit zurück. Manchmal ist es, als ob nicht ein Dichter, sondern ein Advokat sich einen bestimmten „Fall“ zurechtgelegt hätte. Heroien hält dann ein Plaidoyer zu Gunsten seines „Falles“, statt daß er eine Lebensstudie mit künstlerischer Anschaulichkeit gestaltet.

Sein „Fall“ ist der: die Abneigung einer jungen Frau gegen ihren Gatten ist so hoch gestiegen, daß sie zum physischen Adel wird. Die junge Frau war verheiratet worden, wie die Töchter aus wohlhabenden Bürgerkreisen eben verheiratet werden. Sie wachte selbst nicht recht an wen. Als es ihr zum Verwursten gekommen, daß Leben im Hause ihres Gatten bedeute für sie

im letzten Jahre hat man auch noch einen Kursus in Englisch und im Schreiben eingerichtet. 47 000 Personen, wovon 2/3 Arbeiter und Arbeiterinnen sind, besuchten im letzten Jahre das Institut. Schweden hat bereits 36 Arbeiterinstitute, Norwegen ist dabei, in Christiania ein solches zu errichten.

**Fortschritte der Montanindustrie in Rußland.** Der Bericht des vom Kongreß der Bergbauindustriellen des südlichen Rußlands eingesetzten Rathes theilt mit, daß im vorigen Jahre im Dongebiete 270 Millionen Pud Steinkohlen gewonnen worden sind; davon wurden mit der Eisenbahn 213 1/2 Millionen Pud ausgeführt, das ist um 12 1/2 Millionen Pud, also um 6 1/4 pCt. mehr, als im vorangehenden Jahre. Die Ausfuhr des Koks betrug, welche 20 300 000 Pud betrug, ist um 3 1/2 pCt. gestiegen. Sechs metallurgische Betriebe des südlichen Gebietes haben 30 Millionen Pud verschiedener Produkte ausgeführt.

## Soziale Rechtspflege.

**Gegen die Große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft** war ein ehemaliger Angestellter derselben beim Gewerbegericht wegen einer Entschädigung klagbar geworden. Er wurde jedoch abgewiesen, ohne daß das Gericht der Sache erst näher trat. Das Gewerbegericht nimmt an, es sei nicht zuständig für Streitigkeiten zwischen Pferdebahn-Gesellschaften und ihren Angestellten. Die Pferde-Eisenbahnen unterliegen dem Kleinbahn-Gesetz und seien deshalb zu den Eisenbahnen zu rechnen, für die die Zuständigkeit des Gewerbegerichts gesetzlich ausgeschlossen sei.

**Ungebührliches Betragen vor Gericht.** Unsere Richter sind sehr empfindliche Leute, die sofort in Aufregung gerathen, wenn irgend ein armer Teufel, der „gesellschaftliche Formen“ nicht kennt, nicht den „höheren Anstand“ wahrt. Schon der harmlose Gebrauch irgend eines zur Gewohnheit gewordenen „echt berlinisch“ gefärbten Schlagwortes genügt oft, den Amtsvater zu einer Geldstrafe oder gar zu kurzer Haft zu verurtheilen. Bedauerlich ist, daß diese überempfindliche Nervosität auch auf dem Gewerbegericht zu finden ist, einem Gericht, vor dem doch häufig Personen zu erscheinen haben, denen am salonfähigen Auftreten recht viel fehlt, die da reden, „wie ihnen der Schnabel gewachsen ist“. Wird da zum Beispiel neulich vor der Kammer VII des Gewerbegerichts die Entschädigungsklage eines Arbeiters verhandelt und der Vorliegende Unger bemüht sich um das Zustandekommen eines Vergleichs. Der Kläger will aber nicht die vorgeschlagene Summe, sondern so viel, wie vom Vorliegenden nach seiner Angabe im ersten Termin vorgeschlagen worden war. Der Arbeiter, der betonen will, daß der Vorliegende die betreffende Geldsumme selbst vorgeschlagen hatte, thut dies mit den Worten: „Sie waren ja beim letzten Mal dasselbe in grün, Herr Unger!“ Der Unger zuckt wie elektrisirt zusammen und hält dem Kläger im aufgeregtesten Tone eine Standrede über seine Sünde und droht ihm mit Verhaftung. Kläger, der absolut nicht ein Verschulden seinerseits begriff: „Aber Herr Unger, ich kann doch nicht mehr, wie die Wahrheit sagen; es ist doch so!“ Der Gerichtshof zieht sich auf Verlangen des Vorliegenden zurück. Nachdem er wieder erschienen ist, verkündet Unger: „Für die Reueherung ertheile ich Ihnen im Namen des Gerichts eine grobe Rüge. Es reißt hier immer mehr ein, daß sich die Parteien einbilden, wir seien kein ordentliches Gericht und sie könnten hier auftreten, wie sie wollen. Dem muß energisch entgegen getreten werden.“

Selbstverständlich kann man nicht von den Richtern verlangen, daß sie sich fleghafte Anempfehlungen gefallen lassen; zwischen der Benutzung unschöner, jedoch harmloser Ausdrücke und der bewußten Flegelerei ist indessen ein weiter Spielraum.

## Gerichts-Beilage.

**Mit der Frage, ob sogenannte „Ankäufer“ im Bäckereibetriebe verwendet werden dürfen,** hatte sich gestern die 136. Abtheilung des Schöffengerichts zu befassen. Es handelte sich um eine Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz gegen den Bäckermeister J. B. o r o w s k i. Es traten zwei seiner früheren Gesellen als Belastungszeugen gegen ihn auf. Sie bekundeten, daß der Angeklagte in der Markthalle der

eine Hölle, da bewegt sie nur ein Gedanke: die Trennung. Der Mann, äußerlich wohlwollend, innerlich brutal und ohne jedes Feingefühl, will von der Scheidung nichts wissen. Es gäbe einen Standal und er sei der Mensch, der seiner Gattin schon Mores beibringen werde. Das Weib bettelt und winkt um Scheidung. Der Mann will aber sein Gattenrecht nicht preisgeben; eine Scheidung ist nur bei gegenseitiger Abneigung möglich. Die Frau ist verzweifelt und in der Verzweiflung flüchtet sie zu einem Jugendkameraden, der sie längst geliebt hat und dem sie sich jetzt mit den Worten: „Mach mit mir, was Du willst“ in Gegenliebe ergiebt. Damit wären die Ketten gesprengt, das Drama zu Ende. Allein für den seltsam verzwickten Fall wäre nichts gewonnen. Frau Fergau hat nur den Rath, zur Ehebrecherin zu werden, nicht den höheren Rath, die Folgen ihrer That auf sich zu nehmen und ihr Schicksal selber zu gestalten. Frau Fergau kehrt ins Haus des Gatten zurück, giebt einem Kind, das nicht ihres Mannes Kind ist, das Leben, — ihr Geliebter ist inzwischen an Scharlach gestorben — und verheimlicht das alles. Es ist ein Leben voll von Mauth und Haß. Der Mann erträgt es, aus Luft an der Qual des Weibes, die Frau angeblich ihres Kindes wegen, das von den Widerwärtigkeiten der Eltern nichts erfahren soll. Und hierin liegt unwahrscheinliche Empfindsamkeit und eine ganz selbstam erklarte Voraussehung. Der Familienjammer, die stummen Vorwürfe, das tägliche Gezank, erbitterte Ausritte müssen das Gemüth des Kindes verbittern. Die Mutter lebt ein Dasein von unnäher Heuchelei. Nach zehn Jahren erst erzählt Herr Fergau nach einer wüsten Szene, die er seiner Gattin gemacht, die volle Wahrheit. Nun sieht ihn die Gattin bei seiner Schwäche, seiner Götzenfurcht vor der korrekten Gesellschaft und giebt ihm nicht frei, wiederum ihres Kindes wegen. Beide Gatten werden in gegenseitiger Haß weiter in ihren Fesseln schmachten.

Herr Vertens und Herr Schönbefeld (die beiden Gatten) hielten sich tapfer trotz des öfter bananischen Hohnlachens im Publikum; unglücklich nur spielte Herr Dorsty (der Jugendkamerad).

**Im Schiller Theater** kommt übermorgen, Donnerstag, „Der Pfarrer von Kirchfeld“ zum ersten Male zur Aufführung. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Reiser, Detsch und der Herren Winterstein, Patzsch, Voigt und Dahlen. Heute findet eine Wiederholung von „Demetrius“ statt.

„Doktor Schmidt“, ein in Stuttgart aufgeführtes Lustspiel, in dem Schiller unter dem Namen Schmidt in heiterer Beleuchtung vorgeführt wird, ist von dem Schiller-Theater erworben worden. Der Leiter des Theaters hat „Doktor Schmidt“ für die auf die erste Hälfte des Januar angelegte Mittagsvorstellung zur Feier des Jubiläums der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger in Aussicht genommen.

## Goethe-Abend.

Ein voller Erfolg lohnte die Bemühungen der Arbeiter-Bildungsschule, den Berliner Arbeitern einen gut vorbereiteten literarischen Unterhaltungsabend im Anschluß an die Werke des größten deutschen Dichters, Wolfgang Goethe's, zu verschaffen. Ein voller Erfolg für das Publikum, dessen Erwartungen sich im reichen Maße erfüllten, ein Erfolg für die Künstler, deren Gaben mit dankbarem Applaus gelohnt wurden, und ein Erfolg auch für die Kasse der Arbeiter-Bildungsschule, die ja allerdings für ihre Zwecke auch viel des Geldes gebrauchen kann.

Der schöne Saal der Brauerei Friedrichsbain war stimmungsvoll und feierlich geschmückt mit grünen Pflanzen, Wästen und Bildnissen des Dichters. Und als gegen neun Uhr die ersten Akkorde der Orgel den Saal durchdrangen, da war der weite Raum so dicht gefüllt mit andachtsvoll lauschenden Menschenkindern, daß die Nachzügler nur mit Mühe noch hier und da ein Stehplätzchen ergattern konnten. — Bei der Zusammenstellung des Programms hatte es nach einem Goethe'schen Wort geheißen:

Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen, und jeder geht zufrieden aus dem Haus.

Musterhaft vorgetragene Orgelkonzerte wechselten ab mit Deklamationen und mit Solo- und Chorgesängen. Die Deklamationen hatte Herr Frohse vom Schiller-Theater übernommen, die Lieder für Tenor Herr Robert Feld und die Sopransoli Fräulein Martha Dirne. Diese junge Dame sang die kleinen Lieder mit so lieblicher, schmelzender Stimme und doch so ungestört und bescheiden, daß ihr besonders der aufrichtigste Beifall gesendet wurde. Vollenbei schön waren auch wieder die Vorträge des Gesangvereins der Berliner Buchdrucker, wie die „Typographia“ ja überhaupt den Ruf besitzt, einer der allertüchtigsten Gesangvereine Berlins zu sein.

Der Abend wurde eingeleitet durch einen kurzen Vortrag des Genossen Edgar Steiger aus Leipzig. Er wies darauf hin, daß Goethe auch für uns moderne Menschen noch der unerreichte Künstler sei, an dessen Naturempfinden, dessen Sprachgewalt wir Heutigen uns noch zu bilden haben. Die „Charaktermängel“, die man an Goethe gefunden hat, erklären sich zum Theil aus den kleinlichen Verhältnissen seiner Zeit, zum Theil auch eben aus seinem Beruf als Künstler. Er prüfte das Leben nicht, ob es gut oder böse sei, um, wo es noth that, zu bessern; sondern er ließ es als ein ästhetisches Spiel vor seinen Augen abrollen, um es dann im Kunstwerk neu zu gestalten. Die großen Zeitereignisse, die französische Revolution liegen ihn theilnahmlos; persönlich war er Aristokrat. Wenn wir aber in ihm nicht den Menschen und nicht den Politiker suchen, sondern den Künstler, so bleibt er doch das unerreichte Vorbild in der Kunst, in jede Menschen-



# Für 36 M.

feiner Winter-Paletot nach Maß; für 36 M. ff. Anzug nach Maß; für 8 M. feine Hose nach Maß; Reste: groß. Knaben-Anzüge 2-3 M. Kranzstr. 14, 1 Tr. Kein Laden.

## Wer - Stoff - hat!

fertige Anzug, 20 M., feinste Zutaten, saubere Arbeit, 2 Anproben, Dose 3,50. Winterpaletot 18 M., wollenes Futter, Sammettragen. Münzstr. 4, Engel.

# Sophastoffe

auch Reste  
in Kips, Damast, Crêpe, Phantasia, Gobelin und Plüsch spottbillig!  
Proben franco!  
in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.  
Berlin S., Oranienstraße 158.

# Robytobak.

Größte Auswahl! Billigste Preise! Sämtliche Utensilien zur Cigarren-Fabrikation. Billiger wie jede Konkurrenz. (Neue Formen à Mark 1,40.) Man verlange Preis-Verzeichnis.  
Heinrich Franck,  
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

# Fohannisbeerwein

weiß u. roth, Stachelbeer, Heidelbeer, Wein à Flasche (P. Liter) 75 Pf. Ananas, Pfirsich, Erdbeerbouillé à Flasche 50 Pf.  
Eugen Neumann & Co.,  
Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 6a.  
Neue Friedrichstraße 58, Oranienstraße 190, Grütchenstr. 27, Gräberstr. 10, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße 4.

# Achtung! Achtung!

Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilw. wöchentlich 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervöden bei Bestellung umsonst.  
Gudel, Dauscherplatz 2, Elbasserstr. 12, Steglitzerstr. 71, I.

# Möbel auf Theilzahlung.

J. Kallermann,  
Neue Jakobstr. 26. 667\*

# Stolpe bei Wannensee

Restaurant Lindenhof  
Besitzerin Wwe. Mattauch  
empfehl. Vereinen u. Gesellschaften  
seine inmitten herrlicher Waldung,  
umweit des Wannensees und Stolpe-  
sees gelegenen Lokalitäten. [52888\*]

# Betten, Regulat., Remontoir-Uhren,

spottb. Reamderstr. 6, Pfandl.

# Winterpaletots, Anzüge, Hosen,

Goldw. spottbillig  
Reamderstr. 6, Pfandl.

# Niederräder, 14346

gebrauchte, 40, 90, 140 M., neue  
160 M., prima. Chaussestr. 77, I.

# Fahrrad-Reparaturen, fach-

gemäß, billig. Heinrichs, Mechanik,  
Chaussestr. 77. 14355

# Empfehle zum bevorst. Weihnachts-

Feste mein Lager in 14386

# Spielwaaren,

Saus- und Süßengeräthen.  
G. Michelson, Württembergstr.  
1. Geschäft: Kottbuser Damm 92.  
2. Dresdenstr. 15.

# Ein Noten-Spindel für Gesang-

Verein wird zu kaufen gesucht. Off.  
mit Preisangabe zu richten an Adolf  
Gartz, Bernauerstr. 12.

# Ein Vereinszimmer mit Piano zu

vergeben. Kottbuserstr. 22.

# 2 Stuben mit Küche und Stallung

für 48 Thlr. Pätzsch, Johannisthal.

# Möbl. Zimmer, separat, Mantel-

straße 35/36, Klempnergeschäft. 14376

# „Kosmos“

# Verein für volksthümliche Wissenschaft Berlin.

Dienstag 9 Uhr bei Hensel, Brunnenstraße 173:  
„Die Sozialaristokraten“ von Arno Holz.  
Diskussion. - Gäste willkommen.  
Der Vorstand. J. A. Campf.

# Wo? machen wir am Samstag unsere Herren-

partie hin? Nach Pichelswerder,  
zum alten Freund, der hat geschlachtet!!

# B. Günzel, Lothringersstraße 52.

Spezialität: Porträts  
sozialistischer Führer,  
Passante, Warg etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Radeln, Brochen, Knöpfen, Hüften,  
Bildern u. dergl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisverantl.)

## Todes - Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß unser guter Sohn und Bruder, der Gärtler **Willy Teichert** am Sonnabend, d. 14. November, verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Thomas-Stirchhofs aus statt. Um stilles Beileid bittet  
Familie Teichert, Gastwirth.  
Abalbertstr. 15.  
14366

## Danksagung.

Allen Freunden, Bekannten und Kollegen, die meinem Mann die letzte Ehre erwiesen, sage ich besten Dank.  
14296  
Wittwe Dinius.

## Kranzbinderei und

Blumenhandlung 67992\*  
**Robert Meyer,**  
Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.  
Wohnungs-Kränze, Guirlanden, Ball-  
sträußchen, Bouquets u. s. w. werden sehr  
geschmackvoll und preiswerth geliefert.

## „Zum Glühlichter“

Heute: Schlacht-Fest  
nach sächsischer Art. 14326  
Von 8 Uhr früh an: frische Würst  
u. Weißfleisch. ff. Märzweisse.  
Sonntags, Dienstag, Donnerstag:  
Abendunterhaltung. N. Pöhlitz,  
Brandenburgstr. 54.

## Pelerinen - Mäntel

für Knaben v. 3 M., Joppen v. 2,75 M.,  
Schul-Anzüge, garant. haltbar in mod.  
u. blau, v. 4 M., einzelne Hosen von  
75 Pf., sowie einen Posten Arbeiter-  
Hosen v. 1,20 M. an empfiehlt [1431b  
M. Kattoin, Rastanien - Allee 54, part.

## Tuch- u. Bukskin-Reste

zu Knabenanzügen, spottbillig, umsonst  
zugeschnitten, Herrenhosen, Resten von  
2 M. an, gute Qualitäten, Paletot- u.  
Anzug-Reste. Münzstr. 4, Engel.

## Kaufe gegen Kaufe

Waaren jed. Art, sowie ganze Geschäfte,  
Möbel etc., auch übernehme ich dieselben  
zur Auktion gegen sofortigen Vorkauf.  
J. Cohn, Rosenthalerstr. 11/12.

## Meine Fabrikate

sind weit bekannt als gut  
und billig!  
Rem. Nickel M. 6.-  
„ Silber 600/1000  
Goldr. M. 10.-  
Ancre Spir. Bruguët  
15 Stein. M. 16.-  
mit 16 Stein., 1 Chäton,  
System Glashütte  
M. 20.-  
Wecker, leuchtend M. 2.70  
Regulateur 1 Tag Geh. u. Schlagw. M. 8.50  
Regulateur 10 Tag. Geh. u. Schlagw. M. 12.-  
Illustr. Preis-Kourant über Uhren, Ketten,  
Wecker, Regulateure, Gold- und Silber-  
waaren gratis u. frko. Nicht Passend.  
wird umgetauscht oder der Betrag zurück-  
erstattet.

## Eng. Karecker, Uhren-

Fabrik,  
Lindau L. B., Nr. 47, früher Constanz.  
2 Jahre Garantie!

## Lanolinseife!

macht die Haut zart u. geschmeidig.  
1 Stück Lanolinseife und ein reines  
Handtuch liefert ich f. 10 Pf. p. Woche.  
Handtuch-Verleih-Institut L. Fignor,  
1229\* Neue Königsstr. 17.  
Fernsprech-Nr. VII. Nr. 2087.

## Müneh's

Heiz-Apparate  
3,50 Mk.  
unentbehrlich für  
jeden Haushalt.  
Man achte auf  
die Patent-Nr.  
39 427,  
da Nachahmung  
nicht genügend heizen.  
Zu haben in allen Eisengeschäften.  
Intensiv-Oefen gut u. schnell heizend.  
A. Münch, Brunnenstr. 82.

## Hohenzollern-Mäntel,

Joppen, Paletots, Hosen, Anzüge, von  
einer Lieferung zurückgelassen, wor-  
jährige, nach Maß bestellt, nicht ab-  
geholt, verkaufte Hälfte Kostenpreis  
Münzstr. 4, Engel.

## Orts-Frankenkasse

## der Vergolder

und Berufsgenossen.  
Montag, den 23. November d. J.,  
abends 8 1/2 Uhr:

## Generalversammlung

im Louisenstädtischen Klubhaus,  
Annenstr. 16.  
Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und  
Beschlussfassung über den neuen Verzei-  
vertrag für 1897.
  2. Renouveau des Vorstandes.
  3. Wahl des Ausschusses zur Prüfung  
der Rechnungen des laufenden Jahres.
  4. Wahl von Krankenbesuchern.
  5. Verschiedenes.
- Hierzu sind die Vertreter ergebenst  
eingeladen.

Montag, den 30. November d. J.,  
abends 8 Uhr,  
im „Englischen Garten“, Alexander-  
straße 27c:

## Wahl-Versammlung

sämtlicher großjährigen Kassen-  
mitglieder zur Wahl von 176 Vertretern  
der Arbeitnehmer.

Um 9 Uhr:  
**Versammlung**  
sämmtlicher Arbeitgeber zur Wahl  
von 88 Vertretern.

Zu diesen Versammlungen sind sämt-  
liche Herren Arbeitgeber und Arbeit-  
nehmer ergebenst eingeladen.  
Quittungsbuch legitimirt.  
Der Vorstand.  
Paul Höpner, Vorsitzender,  
Bernauerstr. 17.  
Hermann Forchert, Schriftführer,  
Götlicherstr. 57. 225/3

## 6 Pfund Brot für 50 Pf.

liefert  
**Albrecht's Bäckerei,**  
Wrangelstr. 8. Langestr. 28.  
Falkenb. Str. 28. Lausitzerstr. 2.  
Strickwoll-Wecker, Beyb. u. Rodwolle  
zu Partierpreis. Holzmarktstr. 60, S. 1. 12.

## Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!

Die Kollegen der Bauhölzerei von  
Mey, Urbanstraße 102, haben wegen  
Lohnabzüge die Arbeit niedergelegt.  
In der Tischlerei von Albert,  
Hafenstraße 49, werden Arbeiten für die  
streikende Werkstat von Mey, Urban-  
straße 102, angefertigt.  
Ferner theilen wir mit, daß in der  
Werkstatt von Fibbe, Pappel-Allee  
Nr. 10, Arbeiten, welche bei Mey in-  
folge des Streiks liegen geblieben sind,  
fertig gemacht werden.  
Die Kollegen der Werkstatt von  
Neumann, Or. Hamburgerstraße 4,  
haben wegen Differenzen die Arbeit  
niedergelegt.  
Die Kollegen der Werkstatt von  
Seydler, Seydlerstr. 29, haben wegen  
Lohnabzügen die Arbeit niedergelegt.  
Inzug fernhalten! 79/2  
Die Ortsverwaltung  
des Holzarbeiter-Verbandes.

## Junge Mädchen

zum Erlernen der Putzleder-Branchen  
verlangen gegen monatl. Vergütung  
Cohn & Eichel, Ballstr. 12. 14366

Licht. Farbigmacherin auf glatte  
und Pleinleisten verlangt sofort  
Em. Zappert, Goldleisten-Fabrik,  
Königsbergerstr. 7.

Zusammenscher, Bodenmacher.  
14386  
Eltzingerstr. 6.

Einpacker verlangt Goldleistenfabrik,  
Kottbuser Ufer 32. 14056\*

## Ein tüchtiger Klempner,

energischer Charakter, für feinere Massen-  
artikel (Velolaternen) als Vorarbeiter  
event. später als Meister per sofort  
gesucht von 879L\*  
G. P. Schmitt, Metallwaarenfabrik,  
Wannheim.

## 5-6 tüchtige

Ciselenre,  
welche auf Modelle eingearbeitet sind  
und auf dauernde Stellung bei gutem  
Lohn reflektiren,  
gesucht.  
Angebote mit Angabe des Alters und  
der Lohnansprüche unter N. O. 272  
an Baasenstein & Vogler J. G.,  
Frankfurt a. M., erbeten.

Einem Theile unserer heutigen  
Anfrage liegt ein Prospekt  
der Manufaktur-Firma Louis  
Grand, Chaussestr. 62, bei.

## Sozialdemokrat. Wahlverein im 4. Berliner

## Reichstags-Wahlkreis (Südost).

Dienstag, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Südost,  
Waldemarstraße 75:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Otto Räther über: Klassenkampf und  
Sozialreform. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Der Vorstand.

NB. Mittwoch, den 18. November (Bußtag) findet eine Herren-  
Fusspartie statt und werden die Genossen ersucht, sich zahlreich daran zu  
betheiligen. Treffpunkt in der Drachenburg am Schief. Thor (Zuh.: Otto)  
früh 8 1/2 Uhr. Abmarsch 9 Uhr. Für Nachzügler: Mittags 12 Uhr in  
Adlershof bei Wilmersdorf.  
D. O.

## Sozialdemokratischer Verein „Vorwärts“ Berlin.

Mittwoch, den 18. November (Bußtag):  
Fusspartie nach Pichelswerder.

Die Parteigenossen des 6. Wahlkreises werden zur Theilnahme ein-  
geladen. Treffpunkt morgens 9 Uhr bei Thriesetau, Sophie-Charlotten-  
straße 94 (Bahnhof Westend).  
Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahlstelle  
von Obligo zu Forchert, Duffenstr. 18, Ecke Usedomstraße, verlegt ist.  
Der Vorstand.

## Zentralverein der Bildhauer.

Dienstag, 17. November 1896, pünktlich 8 1/2 Uhr, Annenstraße 16:  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Grundmann über: Nervenkrankheit und  
ihre Heilung. - 2. Geschäftliches. - 3. Verschiedenes. 20/11  
NB. Wegen der Dienstag, den 24. November in den Kriemhilden statt-  
findenden öffentlichen Bildhauer-Versammlung fällt die Vereinsversammlung aus.  
Der Vorstand.

## Achtung! Maurer. Achtung!

Am Mittwoch, den 18. November, vormittags 10 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Häbner, Swinemünderstraße 85  
(Swinemünder Gesellschaftshaus):

## Mitglieder - Versammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer  
Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Dr. Weyl über unsere wirtschaftliche und  
politische Lage. - 2. Diskussion. - 3. Vereinsangelegenheiten.  
Die Mitglieder werden ersucht, sämtlich zu erscheinen.  
Neue Mitglieder werden aufgenommen. 129/8  
Der Vorstand.

## Zimmerer.

Central-Franken- und Sterbekasse der Zimmerer  
(G. S. 2 Hamburg), örtliche Verwaltung Berlin.  
am Donnerstag, den 19. November 1896, abends 8 1/2 Uhr, im  
Lokale „Königshof“, Säulowstraße 37:

## Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:  
1. Wahl eines Kassiers für den 1. Bezirk. 2. Kassenangelegenheiten.  
259/4  
Der Vorstand. J. A.: Aug. Grasa, Barnimstr. 41a.

## Metallarbeiter

von Friedrichsberg und Friedrichsfelde!  
Dienstag, den 17. November 1896, abends 7 Uhr,  
in Spitzig's Salon, Frankfurter Allee 193:

## Gr. öffentl. Metallarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den Fabriken von Eckert,  
Lange & Gutzeit, Pichelswerder, Gändrich, Wallis & Co., Esnow.  
Referent Kollege H. Faber-Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Auch die-  
jenigen Arbeiter, die Mitglieder des Hirsch-Pänder'schen Ortsvereins  
der Metallarbeiter sind, sowie die Arbeiter aus der Betriebswerkstätte  
der Ostbahn werden um ihr Erscheinen ersucht.  
118/17  
Der Einberufer.

## Achtung! Rixdorf. Achtung!

Dienstag, den 17. November, abends 8 Uhr, in den Viktoria-Sälen:  
Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes  
(Filiale Rixdorf).

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über Naturheilverfahren. Referent Herr Rixmann. -  
2. Diskussion. - 3. Verbandsangelegenheiten. - 4. Verschiedenes.  
Die Versammlung beginnt pünktlich und werden die Kollegen ersucht,  
recht früh und zahlreich zu erscheinen. 79/3  
Die Ortsverwaltung.

## Feder- und Galanterie - Arbeiter

(Portefeuillier).  
Am Mittwoch (Bußtag) findet eine  
Herren-Fussparthie

statt. Abfahrt vom Schlessischen Bahnhof um 7,21 Uhr, Abfahrt vom Götlicher  
Bahnhof um 7,35 Uhr nach Grünau.  
Bis um 10 Uhr werden Nachzügler im Restaurant Teufelssee (Müggel-  
berge) erwartet.  
Zahlreicher Betheiligung sehen entgegen  
24/1  
Die Vertrauensleute.  
Die nächste Branchenversammlung am Montag fällt der O. Klassen-  
versammlung wegen aus und findet am Sonnabend, den 21. d. M., abends  
8 1/2 Uhr im Lokale von No 11, Abalbertstr. 21, statt.

## Musikinstrumenten-Arbeiter.

## Herren-Parthie

am Mittwoch, den 18. November 1896 (Bußtag),  
nach Grünau-Müggelberge-Friedrichshagen.  
Abfahrt: Götlicher Bahnhof 7,30 Uhr, Schlessischer Bahnhof 7,21 Uhr.  
Treffpunkt für Nachzügler bis 10 Uhr: R. Liedke's Restaurant, Wilhelm-  
und Friedrichsstraßen-Ecke in Grünau. - Um zahlreiche Betheiligung ersucht  
141/9  
Der Vorstand des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter.

## Färberei

und chemische Waschanstalt für Herren und  
Damen-Garderobe empf. allen Bekannten W. Neumann,  
NO, Gollnowstr. 25 u. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 132.

# Warenhaus A. Wertheim

Nur für 3  
Tage gültig  
Ausnahme-Preise

Dienstag 17. Dennerstag 19. Freitag 20. November.

Die neue Haupt-Preisliste ist erschienen.  
Versand-Abteilung Berlin W., Leipziger-Strasse 111.

Obstservietten Dtzd. 1,20, Theeservietten Dtzd. 1,75 Mk.

Theedecken, weiss mit farbiger Bordüre, 55 Pf.  
Kaffeedecken, bunt gestreift, 1,50 und 1,95 Mk.  
Tischtücher 95 Pf. und 1,20 Mk.  
Damastservietten, gesäumt, Dtzd. 6,50 Mk.  
Taschentücher, mit farb. Kante, gesäumt, Dtzd. 2,80 Mk.

Staubtücher Dtzd. 95 Pf. u. 1,50 Mk.  
Wischtücher Dtzd. 2,40 Mk.  
Gerstenkornhandtücher Dtzd. 3,60 u. 4,40 Mk.  
Stubenhandtücher Dtzd. 4,30, 5,75, 7,50 Mk.  
Paradehandtücher mit farbiger Kante und geknüpften Fransen 50 Pf.

## Stickereien und Languetten

Stücklänge 4—4 $\frac{1}{2}$  Meter, das Stück 25 Pf. bis 2 Mk.

## Wirtschaftsschürzen

Gingham weiss 55 Pf.  
Dowlas 1,25  
gestreift. Köpersatin 1,10 u. 1,60  
imitiert Leinen 1,50 u. 1,55 Mk.

## Kinderschürzen

mit Achselband, schwarz mit roth gepaspelt, für ca. 7-8 8-9 10-11 11-12 12-13 Jahre  
1,20 1,30 1,40 1,55, 1,65 Mk.

Hackescher Markt 4 **J. Brünn** Am Stadtbahnhof Börse.  
(Ecke Neue Promenade)

Letzte zurückgebliebene Lagerbestände meiner  
**Teppiche! Gardinen! Steppdecken!**  
Fertige Wäsche! Leinenwaren!  
gelangen nunmehr zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen zum  
**Ausverkauf.**

Hälfte der natürlichen Größe.



Auf Wunsch 8 Tage zur Probe.

## Kräftiges Messer

sendet die Stahlwaren-Fabrik von **Paul Hartkopf in Solingen** dem Empfänger dieser Annonce. Ein hochfeines Taschenmesser mit 2 Klingen und Kortzieher, echte Hirschhorn-Schalen, feine Messing-Beschläge Nr. 203 zu Mark 1,60. Besteller verpflichtet sich, den Betrag hierfür binnen 8 Tagen einzusenden, oder das Messer unbeschädigt zurück zu senden. Preis- und Musterbuch gratis und frei.

## Damen - Mäntel

zu noch nie dagewesenen billigen Preisen!  
Jaquets 4, 5, 6, 7, 8 bis 12 Mk.  
Kragen 4, 5, 6, 8, 10 bis 14 Mk.  
Regenmäntel 4,50, 5, 6, 8-16 Mk.  
Abendmäntel 6,50, 7,50, 8, 10, 18-22 Mk.

Detail-Verkauf zu bedeutend herabgesetzten Engros-Preisen.

Neueste Modelle u. Copien bedeutend unter dem Selbstkostenpreis.

**Damen-Mäntel-Fabrik**  
Neue Grünstr. 2, 1 Tr.  
Verkauf von 9-1 und von 3-6 Uhr.

Beachtenswerth für Schneider!  
Sonnabend: Resterverkauf.

**Angus- u. Dale's Stoffe.**

**Brenner & Cie.**  
Alte Jakobstrasse 57/59.

## Deutscher Vortier.

Deffert- u. Malzkräftbier 1. Ranges.  
Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736, bes. f. Blutarme, Brustk., Weichs., Wöschn., Melon. u. d. leicht bekömmlich, nahebei kräftigste Bier. — Ist blutbild., besch. best. Gesichtsfarbe u. Gewichtszun. überrasch. 14 Pf. drei, 50 Pf. zehn Mk. exkl. In Geb. (1/4, 1/8, 1/30) u. Selbstbad. wesentlich billiger. Allein. Versandst. f. Berlin u. Prov.: Portierkellerei Ringler, Berlin, Brunnenstr. 152. Nicht Flaschenzahl - Qualität entscheidet.



**Künstl. Zähne.**  
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Zehnjahrl. pr. Woche 1 Mk.

## Frauen finden lohnenden Verdienst durch Zeitungsaustragen

(früh 5-8 Uhr und nachmittags 5-7 Uhr).  
Meldungen für den Norden: Schauffstr. 16, I.  
Süden: Pringstr. 41.  
Südwesten: Jerusalemstr. 48/49.  
Nordwesten: Alt-Moabit 198.  
Osten: Große Frankfurterstr. 106, I.  
Westen: Potsdamerstr. 59.  
das Centrum: Königstr. 56/57,  
in den Stunden 8-12 und 2-7 Uhr.

## Echt Kulmbacher Bier.

Erich Erbrecht's Original-Kulmbacher aus der ätesten Brauerei von G. Sandler, Kulmbach i. B.  
Prämiirt auf allen größeren Ausstellungen.  
Anerkannt gesündestes Kulmbacher Bier, von Aerzten wärmstens empfohlen.  
Grösster Umsatz für Berlin und Provinzen.  
General-Depot von Echt Grätzer Bier, Brauerei Th. Grünberg, Grätz.  
do. do. Echt Dortmunder Bier, Phönix-Brauerei, Dortmund.  
Englisch Porter und Ale.  
Ausfucht unter anderen in Aschinger's sämtlichen Bierquellen.  
Flaschen-Verkauf in allen größeren Biergeschäften.  
Abgabe von Original-Gebinden von ca. 20-500 gtr.  
Erich Erbrecht,  
Berlin O., Krautstr. 36, Telephon Amt VII. No. 1112.

## Photograph W. K. Böhme

Berlin, Lindenstr. 43, gegenüber der Zimmerstrasse, liefert für **Vier Mark** zwei Cabinet- und zehn Visitenbilder, auch nach eingelassenen Bildern Verhörbener u. dgl. Das Atelier ist täglich, auch Sonntags, bis 3 Uhr geöffnet.

**Tippenviller**  
in allen Ausverkaufsalen Berlins.  
Fordert nur 97L\*

## Karl Scholz, Brangelstr. 32,

empfehlen sein reichhaltiges Lager von Bildern und Bildern **Tafelle, Marx, Engels u. a.** in diversen Größen, in sauberster Ausführung. Lager von Stahl- u. Kupferstichen, Delgemälde, alle Sorten Rahmen. Besonders zu Geschenken geeignet.  
**Der 1. Mai.**  
Für Vereine und Klubs Preisermäßigung.  
Nach Auswärts brieflich gegen Nachnahme. 291L\*

**Brunnhilde,** selbstgewebte, echtfarbige u. unverwundliche Haus-Kleiderstoffe.  
**Roland - Cheviot,** Spezialität - merericht in Haltbarkeit und Eleganz; andere Herrenstoffe in nur modernen und geschmackvollen Dessins zu sehr billigen Preisen.  
Portieren in größter Auswahl.  
Alle Aufträge von 20 Mark an und Mutter stets franko.  
**Carl H. Klippstein & Co.** in Mühlhausen i. Thür. 11.  
Weberei und Versand-Gesellschaft.

## Kinetographisch-Phonographische Vorführungen

Lebende Photographien.  
21. Unter den Linden 21. Vorstellung v. 10-11 $\frac{1}{2}$  Uhr vorm. und 3-10 Uhr abends.  
Eintrittspreis 50 Pfennig. Sonntags v. 11-10 Uhr abends.  
Vorzugsbillets à 25 Pf. für Arbeitervereine und deren Mitglieder sind vom Kassier der Arbeiter-Bildungsschule, S. Königs, Berlin S., Dieffenbachstr. 30, und in den Schullokale zu haben.  
Künstl. Zähne 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Nervtöden 1 M. Plomb. 1,50. Theilzahl. Rep. sof. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-6 Uhr

Streng reelle Bedienung.

## M. Schulmeister

Schneidermeister, 57948\*  
Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,  
empfehlen zu außergewöhnlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:

**Hohenzollernmäntel** mit einer weiten Polierlinie in schwarz, grau, blau und mod. von M. 25 an.  
**Winter-Baletots** aus Eskimo-Stoffen, Floconné- u. Mouffe-Stoffen, schwarz, blau, braun und mod. farben, 1- und 2reihig, mit Lama gefüttert. von M. 18-45  
**Jaquet-Anzüge** in gedieg. wollenen Zwirnstoffen, 1- u. 2reihig 16-24  
**Jaquet-Anzüge** in glatten Diagonal, Kammgarn-, Satin- u. Cheviot-Stoffen, 1- u. 2reihig 20-35  
**Jaquet-Anzüge** modernster Farben in Satin- u. englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung 22-36  
**Rod-Anzüge** i. guten, wollenen, schwarz, Kammgarn- u. Satin-Stoffen, moderner Façons 25-38  
**Rod-Anzüge** modernster Farben, elegante Schnitt-Façons 30-42  
**Gehrod-Anzüge** von feinen Satin-, Tuch- und Kammgarn-Stoffen, 2reihig 30-45  
**Sport- u. Radfahrer-Anzüge. Loden-Mäntel** von 9 M. an.  
**Beinkleider** in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch. Farben, Kammgarn und Cheviot. von M. 5-10  
**Knabenpaletots, Knabenanzüge, Kleider** Façons in gr. Auswahl.  
**Schulanzüge** in Cheviot, Belour- und dauerhaftem Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig von 5 M an.  
Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Begründung des Geschäfts 1878.

**Lungenleiden** a. sog. unheilbare beh. u. besond. bewährt. Methode m. vorzügl. Erfolge Dr. Thamm, Meanderstr. 31.